



Landtag von Baden-Württemberg

110. Sitzung

16. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 5. Februar 2020 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Mittagspause: 13:42 bis 14:48 Uhr

Schluss: 17:32 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen der Präsidentin.	6777	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6810
Abstimmung über den Einspruch gegen die Ordnungsrufe gegen Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos).	6777	Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos)	6811
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung).	6777	Minister Manfred Lucha	6812
Beschluss.	6778	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) (zur Geschäftsordnung)	6817
Absetzung der Tagesordnungspunkte 7 und 8.	6817, 6847	Beschluss	6817
1. Aktuelle Debatte – Die batterieelektrische Mobilität ist ein Irrweg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP	6778	3. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes – Drucksache 16/7046	
Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP	6778, 6796	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/7599.	6826
Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE	6780	Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE	6826
Abg. Winfried Mack CDU	6782	Abg. Karl Zimmermann CDU	6827
Abg. Andreas Stoch SPD	6784, 6792	Abg. Sascha Binder SPD	6827
Abg. Hans Peter Stauch AfD	6786	Abg. Rüdiger Klos AfD	6827
Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6788	Abg. Nico Weinmann FDP/DVP	6828
Ministerpräsident Winfried Kretschmann	6788	Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos)	6829
Abg. Bernd Gögel AfD	6794	Minister Thomas Strobl	6830
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	6798	Beschluss	6831
Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU	6801		
2. Aktuelle Debatte – Besonnen und entschlossen handeln – Baden-Württemberg ist für mögliche Coronavirus-Infektionen gut gewappnet – beantragt von der Fraktion GRÜNE	6805	4. Regierungsbefragung	
Abg. Petra Krebs GRÜNE	6805, 6814	4.1 Grundsteuer	6817
Abg. Christine Neumann-Martin CDU	6806	Abg. Rainer Stickelberger SPD	6817
Abg. Rainer Hinderer SPD	6807, 6815	Ministerin Edith Sitzmann.	6818, 6819, 6820, 6821
Abg. Dr. Christina Baum AfD	6808, 6816	Abg. Peter Hofelich SPD	6819
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	6810, 6815	Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	6820
		Abg. Anton Baron AfD	6820
		Abg. Gernot Gruber SPD	6821

<p>4.2 Innovationsstrategie BW – Fortschreibung 2020 6822</p> <p>Abg. Claus Paal CDU 6822</p> <p>Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut 6822, 6823, 6824</p> <p>Abg. Dr. Boris Weirauch SPD 6823, 6824</p> <p>Abg. Klaus Dürr AfD 6823, 6824</p> <p>4.3 Mittelabfluss im Straßenbau 2019 6824</p> <p>Abg. Thomas Marwein GRÜNE 6824, 6825</p> <p>Minister Winfried Hermann 6825, 6826</p> <p>Abg. Martin Rivoir SPD 6825</p> <p>Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE 6826</p> <p>5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse – Drucksache 16/7352</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/7600 6831</p> <p>Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE 6831</p> <p>Abg. Ulli Hockenberger CDU 6832</p> <p>Abg. Rainer Stickelberger SPD 6833</p> <p>Abg. Daniel Rottmann AfD 6833</p> <p>Abg. Daniel Karrais FDP/DVP 6834</p> <p>Minister Thomas Strobl 6836</p> <p>Beschluss 6837</p>	<p>6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes BW – Drucksache 16/7511</p> <p>Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales – Drucksache 16/7612 6837</p> <p>Abg. Barbara Saebel GRÜNE 6838</p> <p>Abg. Joachim Kößler CDU 6838</p> <p>Abg. Nicolas Fink SPD 6839</p> <p>Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD 6841</p> <p>Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP 6842</p> <p>Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos) 6843</p> <p>Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos) 6844</p> <p>Minister Guido Wolf 6844</p> <p>Beschluss 6846</p> <p>7. Antrag der Fraktion der AfD und Stellungnahme des Ministeriums der Justiz und für Europa – Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz stoppen – Drucksache 16/2176 abgesetzt (6817, 6847)</p> <p>8. Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Staatsministeriums – Verwaltungsvorschrift Öffentlichkeitsbeteiligung, Planungsleitfaden und Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg – Drucksache 16/2196 abgesetzt (6817, 6847)</p> <p>Nächste Sitzung 6847</p>
---	---

Protokoll

über die 110. Sitzung vom 5. Februar 2020

Beginn: 10:02 Uhr

Präsidentin Muhterem Aras: Guten Morgen, meine Damen und Herren! Ich eröffne die 110. Sitzung des 16. Landtags von Baden-Württemberg.

Von der Teilnahmepflicht befreit sind Herr Abg. Fischer sowie Herr Abg. Dr. Fulst-Blei.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich ganztägig Frau Staatsministerin Schopper, Frau Staatssekretärin Olschowski sowie Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch.

Ebenfalls ganztägig entschuldigt ist Frau Staatsrätin Erler.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt sind Frau Abg. Walker und Frau Abg. Wolle, die Frau Staatsministerin Schopper, Frau Staatssekretärin Olschowski und Frau Staatssekretärin Gurr-Hirsch auf ihrer gemeinsamen Delegationsreise nach Indien begleiten.

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Rechnungshofs vom 6. Dezember 2019 – Prüfungen der Haushalts- und Wirtschaftsführung des ARD ZDF Deutschlandradio Beitragsservice und der Zentralen Dispositionsstelle ARD/ZDF – Drucksache 16/7531

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung des Rechnungshofs vom 6. Dezember 2019 – Prüfungen der Haushalts- und Wirtschaftsführung der ifs internationale filmschule köln gmbh und des Grimme-Instituts Gesellschaft für Medien, Bildung und Kultur mbH – Drucksache 16/7532

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

3. Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit vom 16. Januar 2020 – 35. Datenschutz-Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg für das Jahr 2019 – Drucksache 16/7777

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

4. Mitteilung der Landesregierung vom 4. Februar 2020 – Bericht der Landesregierung nach § 6 Absatz 1 des Auszeichnungsgesetzes (AuszG) – Drucksache 16/7682

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

*

Meine Damen und Herren, wir haben heute noch über den Einspruch – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, zur Geschäftsordnung. Bitte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Einen wunderschönen guten Morgen, Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Ich stelle einen Antrag nach § 84 der Geschäftsordnung, nämlich dass man die Abstimmung über den Ihnen heute Morgen auf Ihren Tischen vorliegenden Widerspruch gegen die Ordnungsrufe der vergangenen Woche, die über mich ergangen sind – zwei an der Zahl, in einer Sitzung –, als ersten Tagesordnungspunkt nach der Mittagspause festlegt.

Ich begründe meinen Antrag wie folgt – Sie wissen: fünf Minuten Redezeit habe ich dafür zur Verfügung –: Der Missbrauch dieses Instruments durch das Präsidium, durch die Präsidierenden zum Schaden der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit nimmt immer groteskere Züge an. Das Parlament hier wird allmählich zur Bühne einer „heute-show“

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt!)

oder einer böhmerrmannschen Sendung – vor allem dann, wenn einzelne Parlamentarier, z. B. ein Herr Sckerl oder auch Herr Rülke, sich damit hervortun, dass man widerspenstige Parlamentarier am besten hinauswerfen sollte, womit ein totalitäres Gedankengut sehr deutlich zum Ausdruck kommt.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, ich verweise Sie zur Sache. Der Geschäftsordnungsantrag von Ihnen lautet: Vertagung auf den Nachmittag.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ja. Aber ich muss ja eine Begründung geben. Und die Begründung ist doch nicht – –

Präsidentin Muhterem Aras: Aber es gibt keine Debatte.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, ich muss Sie daran erinnern: Die Art und Weise, wie ich begründe, ist nicht in Ihre Obliegenheit gestellt. Es ist mir einfach dieses Zeitkontingent zugesprochen, und – auch wenn es schwerfällt – Sie müssen das eben aushalten.

Es kann und darf nicht sein, dass das Parlament oder die Macht im Präsidium dazu missbraucht wird, politisch unliebsame Positionen und Meinungen in Schranken zu weisen, oder dass Äußerungen, Erklärungen und Wortwahl, die dem Präsi-

(Dr. Heinrich Fiechtner)

dium selbst oder vielleicht auch der Mehrheit in diesem Parlament nicht zupasskommen und nicht gefallen, dann mit Sanktionen belegt werden, die ja sehr weitreichende Folgen haben.

Ein Ordnungsruf, der zweite und der dritte haben dann gegebenenfalls zur Folge, dass sich das Abstimmungsverhältnis in diesem Parlament verschiebt –

(Lachen bei den Grünen)

also ein schwerwiegender Eingriff in die Rechte der Bürger, die sich in den Aktivitäten des gewählten Mandatsträgers auswirken.

Ich möchte deswegen die Behandlung auf die Zeit nach der Mittagspause verschieben. Ihnen liegt heute mein Schreiben vom gestrigen Tag vor. Ich möchte Sie ermuntern und bitten, dies sorgfältig zu lesen. Ich habe es extra für Sie in einfacher Sprache verfasst, damit Sie es auch alle verstehen können,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Damit auch Herr Baron es versteht!)

damit auch wirklich keine Zweifel mehr bestehen und jeder Einzelne von Ihnen verstehen kann, egal, wie seine Schulbildung ist, ob er sein Studium nun abgebrochen hat, ob er überhaupt ein Studium angefangen hat, ob er jemals überhaupt intellektuell unterwegs war. Ich habe versucht, mein Schreiben in einem Niveau zu verfassen, das auch ein Zwölfjähriger verstehen kann.

Ich hoffe, daraus resultiert, dass sich dieses Parlament endlich einmal wieder zusammenrauft, um für Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und vor allem für den freien Austausch der Meinungen, den heftigen, kontroversen Diskurs in die Bresche zu springen und diesem Missbrauch des Parlamentarismus durch das Präsidium entgegenzutreten.

Wir hatten schon totalitäre Formen eines Parlamentarismus. Ich möchte nicht die dunkle Zeit von 1933 bis 1945 rekapitulieren. Wir hatten weitere dunkle Zeiten danach bis 1989 in der DDR. Das sollte sich hier eigentlich nicht wiederholen. Sie sind das Kontrollgremium. Sie haben die Macht, darüber zu befinden, und ich bitte Sie, entsprechend zu entscheiden.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, Sie haben den Antrag gehört. Wer dem Antrag von Herrn Abg. Dr. Fiechtner zustimmt, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Der Antrag ist damit mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Die AfD lebt noch! – Abg. Reinhold Gall SPD: AfD und Fiechtner! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Sie haben doch den Einspruch nicht ganz gelesen!)

Meine Damen und Herren, der Antrag ist abgelehnt.

Wir müssen jetzt über den Einspruch von Herrn Abg. Dr. Fiechtner gegen die ihm in der 109. Plenarsitzung am 29. Januar 2020 erteilten Ordnungsrufe abstimmen. Das Schreiben von Herrn Abg. Dr. Fiechtner vom 4. Februar 2020 wurde Ihnen gestern vorab per E-Mail zugesandt und liegt Ihnen heute als Tischvorlage vor.

Nach § 93 Absatz 1 Satz 2 der Geschäftsordnung entscheidet der Landtag über diesen Einspruch ohne Beratung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung über den Einspruch. Wer den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner für begründet hält und die Aufhebung der Ordnungsrufe fordert, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Die Mehrheit des Landtags hält den Einspruch des Herrn Abg. Dr. Fiechtner nicht für begründet und lehnt daher die Aufhebung der Ordnungsrufe ab. – Vielen Dank.

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Mitglieder der Regierung, bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Sie auf Folgendes hinweisen: Sie haben heute im Foyer die Gelegenheit, sich über die Arbeit und die Ziele der Deutschen Zöliakie-Gesellschaft zu informieren.

Nun treten wir in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Die batterieelektrische Mobilität ist ein Irrweg – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtrededzeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Rededzeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Rededzeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Ich darf die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Rededzeiträumen zu halten.

Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Januar 2020, so mussten wir zur Kenntnis nehmen, ist die Arbeitslosigkeit im Land Baden-Württemberg überproportional gestiegen, nämlich von 3,2 % auf 3,5 % nominal, und sie ist auch prozentual stärker gestiegen als in anderen Bundesländern.

Nach Aussagen der Agentur für Arbeit hat das elementar mit Veränderungen zu tun, mit einer Krise in unserer Schlüsselindustrie, der Automobilwirtschaft bzw. den Zulieferern. Dort findet eine tief greifende Veränderung statt, die mit der Frage verknüpft ist, wie denn die Mobilität der Zukunft zu gestalten ist.

Wenn man an den äußersten rechten Rand dieses Hauses blickt, so meint man, es ist nicht notwendig, irgendetwas zu verändern; denn es gibt ja keinen Klimawandel, oder der Klimawandel ist nicht menschengemacht,

(Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Noch immer nicht begriffen!)

also kann man weitermachen wie bisher.

(Abg. Anton Baron AfD: Ihre Unwahrheiten sind ja bekannt!)

Das ist nicht die Auffassung der FDP/DVP, und es ist auch nicht die Auffassung der übrigen Fraktionen dieses Hauses.

(Zurufe)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Unsere Aufgabenstellung ist – ich glaube, so weit reicht der Konsens –, dass wir uns die Frage stellen müssen: Wie gestalten wir die Mobilität der Zukunft so klimafreundlich – möglichst klimaneutral –, wie es nur irgend geht?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Allerdings sind da offensichtlich die Schlussfolgerungen unterschiedlich. Wenn man Herrn Hofreiter hört, so fordert er ein Verbot des Verbrennungsmotors; der Diesel, der Benziner gehörten verboten. Ich höre in diesem Haus – Herr Ministerpräsident, von Ihnen, und auch von Ihnen, Herr Kollege Schwarz – Bekenntnisse zur Technologieoffenheit.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: So ist es!)

– Ja, Sie sagen: „So ist es!“ Was hat denn ein Verbot des Verbrennungsmotors mit Technologieoffenheit zu tun?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das müssten Sie uns nun wirklich mal erklären.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Denn dieses Verbot des Verbrennungsmotors, das Herr Hofreiter fordert – oder wollen Sie das bestreiten? –,

(Zurufe von den Grünen)

hat tief greifende Folgen für den Automobil- und Zuliefererstandort Baden-Württemberg. Sie brauchen da beispielsweise nur Herrn Denner zu fragen. Er sagt: Wenn wir den Diesel verabschieden und uns ausschließlich auf die batterieelektrische Mobilität konzentrieren, dann vernichtet das 90 % der Arbeitsplätze.

Aber es gibt doch Alternativen, meine Damen und Herren. Eine Alternative ist der umweltfreundliche Verbrenner, etwa auf Basis synthetischer Kraftstoffe oder auf Basis der Brennstoffzelle bzw. der Wasserstoffmobilität. Nach Aussagen von Bosch können Sie damit nicht 10 %, sondern 80 % der Arbeitsplätze erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es ist also doch ein Anschlag auf den Wohlstand des Landes Baden-Württemberg, wenn Leute wie Herr Hofreiter ein Verbot des Verbrennungsmotors fordern. Das ist ein Kahlschlag, der nur dann gerechtfertigt wäre, wenn dies ökologisch unabweisbar wäre. Aber es ist eben nicht unabweisbar, den Verbrennungsmotor zu verbieten.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, meinetwegen. Das wird zwar nicht weiterführen, aber gut.

Abg. Anton Baron AfD: Vielen Dank, Herr Rülke, für das Zulassen der Frage. – Wie hat denn eigentlich Ihre FDP-Fraktion im EU-Parlament abgestimmt, als es darum ging, den Verbrennungsmotor bis 2040 zu verbieten?

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Es geht nicht um das Verbot des Verbrennungsmotors 2040, sondern es geht um einen Green Deal, den Frau von der Leyen verkündet hat.

(Zuruf von der AfD: Ja, ja! – Lachen bei Abgeordneten der AfD)

Über diesen Green Deal und seine Auswirkungen wird noch zu reden sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

In der Debatte um den Haushalt des Ministerpräsidenten –

(Abg. Bernd Gögel AfD: Keine Antwort!)

ich darf vielleicht daran erinnern, Herr Ministerpräsident Kretschmann – hatte ich drei Ziele formuliert: erstens eine Mobilitätswende, die möglichst klimafreundlich sein soll, zum Zweiten möglichst den Erhalt der Arbeitsplätze und drittens möglichst den Erhalt der individuellen Mobilität. Sie hatten anschließend erklärt, zu diesen drei Zielen würden auch Sie sich bekennen.

Jetzt muss man sich die Frage stellen, ob eine Fokussierung auf die batterieelektrische Mobilität diese drei Ziele tatsächlich erreicht. Den Erhalt der Arbeitsplätze jedenfalls erreicht man dadurch mit Sicherheit nicht; das haben wir nach den Aussagen von Herrn Denner festgestellt und sehen es auch an den Entwicklungen am Arbeitsmarkt.

Ob die individuelle Mobilität erhalten bleibt, darüber müssen wir noch diskutieren.

Sie haben – das war, glaube ich, im „Tagesspiegel“ – den Leuten geraten, jeder solle eine Solaranlage aufs Dach setzen, dann könne jeder kostenlos in der eigenen Garage laden. Aber, Herr Ministerpräsident, was ist mit den Leuten, die im Hochhaus wohnen oder im Wohnblock, die ihren Wagen auf der Straße parken, was ist mit Berufspendlern, die diesen Zugang nicht haben? Sie müssen schon aufpassen, dass Sie sich nicht von der Mitte der Gesellschaft entfernen und nur noch Politik für die grüne Halbhöhe machen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jedenfalls ist klar: Für diese Leute ist eine reine Fokussierung auf die batterieelektrische Mobilität eine Begrenzung der individuellen Mobilität. Dazu sage ich sehr eindeutig: Wir wollen das nicht. Wir wollen diese Freiheit für die Menschen erhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wie sieht es mit der Klimafreundlichkeit aus? Die Lithiumgewinnung – etwa in Bolivien – hat nichts mit Klimafreundlichkeit zu tun, ebenso wenig die Kobaltgewinnung. Kobalt – es heißt „Kobalt“; sagen Sie das bitte Ihrer Parteivorsitzenden – wird etwa im Kongo durch Kinderarbeit gewonnen.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Das sind Sachverhalte, die Grüne normalerweise nicht tolerieren.

(Unruhe bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

Weiter bleibt die Frage: Womit wird diese Batterie geladen? Wenn sie beispielsweise mit Kohlestrom aus polnischen Braunkohlekraftwerken geladen wird, ist dem Klima nicht geholfen. Das kehren Sie alles unter den Tisch, meine Damen und Herren –

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Stimmt!)

von der Entsorgung überhaupt nicht zu reden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Vielleicht kann man Ihnen noch helfen, aber dem Klima nicht!)

Ich stelle also fest, Herr Ministerpräsident: Die drei Ziele, hinter denen auch Sie sich versammelt haben, werden mit einer Fokussierung auf die batterieelektrische Mobilität allesamt nicht erreicht.

Deshalb ist es gerade am Standort Baden-Württemberg notwendig, sich weiterhin zum sauberen Diesel zu bekennen. Ich sage das sehr deutlich: Die Diesel der letzten Generation, etwa der Euronorm 6d, sind sauber und umweltfreundlich. Man darf sie nicht verteufeln, meine Damen und Herren; das schadet unserem Standort.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD)

Außerdem muss der Weg hin zu synthetischen Kraftstoffen führen, E-Fuels beispielsweise. Es ist dringend notwendig, dass Sie sich dafür einsetzen, dass diese auf europäischer Ebene ebenfalls in die CO₂-Bilanz eingerechnet werden. Man sollte nicht den Verbrennungsmotor verbieten, der mit synthetischen Kraftstoffen angetrieben werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dasselbe gilt für die Brennstoffzelle und die Wasserstoffmobilität.

Herr Kollege Schwarz, Sie waren kürzlich bei der „Pforzheimer Zeitung“. Der Überschrift habe ich entnommen, dass Sie nicht alle Fraktionsvorsitzendenkollegen dieses Hauses lieben.

(Abg. Reinhold Gall SPD: Das wäre ja noch schöner!)

Aber Sie haben sich auch zur Ökobilanz von E-Autos geäußert. Ich darf aus der „Pforzheimer Zeitung“ vom 24. Januar 2020 zitieren. Frage:

Und was ist mit der negativen Ökobilanz von E-Autos?

Ich habe jetzt erwartet: „Die ist gar nicht negativ! E-Autos sind ganz toll!“ Aber nein, die Antwort des Kollegen Schwarz lautet:

Wir müssen gemeinsam daran arbeiten, dass die Batterie grüner wird.

Das heißt, sie ist nicht grün, diese Batterie. Das heißt, Sie wissen selbst, wie saumäßig die Ökobilanz dieser Batterie ist,

(Abg. Anton Baron AfD: Unter schmutzigsten Bedingungen in China hergestellt!)

und Sie vertreten wider besseres Wissen eine falsche Mobilitätspolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das haben Sie falsch interpretiert! – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Das ist keine Technologieoffenheit. Wir brauchen echte Technologieoffenheit. Dann können wir uns anschauen, wie sich der Wettbewerb entwickelt.

Das heißt erstens: Weg mit Forderungen wie der von Herrn Hofreiter, den Verbrennungsmotor zu verbieten. Zweitens brauchen wir eine ehrliche CO₂-Bilanz der batterieelektrischen Mobilität,

(Zuruf der Abg. Martina Braun GRÜNE)

und zwar entlang der gesamten Prozesskette.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Es reicht nicht aus, einfach nur zu behaupten: Das Ding ist sauber, weil es keinen Auspuff hat.

Wir müssen aufhören mit dem Prinzip: Wir subventionieren diese Batterie so lange, bis die Leute sie endlich kaufen. Das funktioniert nicht. Das haben Sie ja gesehen: Im Januar gab es Einbrüche. Diese Subventionierung ist auch schlecht gemacht.

Wir brauchen auch ein Bekenntnis dazu, dass die synthetischen Kraftstoffe ein Beitrag zum Klimaschutz sind.

Und schließlich muss derjenige, der Ladestationen für Elektroautos baut, auch Wasserstofftankstellen in Baden-Württemberg bauen wollen.

Das wäre der Weg zu echter Technologieoffenheit, dazu, dem Verbrennungsmotor eine Chance zu geben und bei Erhalt der Arbeitsplätze und der individuellen Mobilität für die Bürger dieses Landes Baden-Württemberg echten Klimaschutz zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Lindlohr.

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist Sonntagnacht, der 2. Februar 2020, und rund 800 Millionen Menschen auf der ganzen Welt schauen sich ein großes Sportereignis, den Super Bowl, an. Viele davon sehen eine Autowerbung aus Baden-Württemberg. Es geht vom Porsche Museum um den Kreisel hinaus auf die Straße, hier auf den Schlossplatz, ein kurzer Halt, und ab geht es nach Heidelberg – mit dem Porsche Taycan. Dieses batterieelektrische Auto wird bei uns gebaut – hier in Stuttgart. 6 Milliarden € investiert das Unternehmen. Es entstehen 2 000 neue Arbeitsplätze.

(Zurufe der Abg. Dr. Heiner Merz AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Andrea Lindlohr)

Es ist Mittwochmorgen, 5. Februar, und die FDP erklärt diesem Unternehmen, den Beschäftigten und allen anderen, Elektroautos seien ein Irrweg, alles Schrott. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit einer solchen Technologiefindlichkeit ist kein Staat und auch kein Markt zu machen. Darum folgen wir Ihnen nicht auf Ihrem Irrweg.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Die Grünen fallen auf die Werbung rein! Das ist ja mal was!)

Wir, diese Koalition, gestalten den Automobilstandort und die Transformation der Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg technologieoffen, ökologisch und im vollen Bewusstsein der globalen Veränderung auf den Märkten. So sichern wir Arbeitsplätze in Baden-Württemberg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Frau Abg. Lindlohr, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Nein, danke.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Haben Sie schon einen Taycan bestellt, Frau Kollegin?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Automobilwirtschaft steckt im größten Wandel ihrer Geschichte. Das fossile Zeitalter geht zu Ende, und das ist gut so. Deswegen geht auch das Zeitalter des fossil betriebenen Verbrennungsmotors zu Ende.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Dann kommt die Steinzeit!)

Genau das sagt Anton Hofreiter, das sagt die britische Regierung, das sagt die norwegische Regierung, und das sagt letztlich auch der Plan der Europäischen Kommission. Wollen Sie Teil davon sein,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein!)

oder stehen Sie dann daneben, Herr Rülke?

(Beifall bei den Grünen)

Wer langfristig nicht lernt, klimaneutral zu wirtschaften, der wird irgendwann vom Markt weggefegt. Da müssen Sie jetzt schon sagen, welcher Ihrer Sätze gilt. Wollen Sie die klimaneutrale Mobilität, oder wollen Sie das Bekenntnis zum Diesel? Beides passt nicht zusammen. Deswegen sind Sie völlig unglaubwürdig, Herr Kollege Rülke.

(Beifall bei den Grünen)

Wir wollen, dass das Auto ohne CO₂-Emissionen und die Mobilitätskonzepte ohne CO₂-Emissionen hier entwickelt, gebaut und verkauft werden. Wir bringen Unternehmen, Beschäftigte, Wissenschaft und Politik zusammen, damit das gelingt. Wir fördern die Elektromobilität, z. B. mit der Ladeinfrastruktur, und wir machen Baden-Württemberg zum technologischen Vorreiter beim Wasserstoff, z. B. mit der Forschungsfabrik HyFab Baden-Württemberg. Das ist gut so.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Was will die FDP? Die FDP fordert eine einseitige Fokussierung auf die Wasserstofftechnologie. „H₂“ steht groß auf Ihrer Broschüre, auf Ihrer Kampagne. So haben Sie es ja auch auf Ihrem Landesparteitag diskutiert. Da finden sich jetzt verschiedene Mythen, mit denen Sie versuchen, die Elektromobilität schlechtzureden. Denn Sie gehen ja hier gegen eine Technologie vor. Da steht z. B.: geringe Reichweiten, lange Ladezeiten und ein unzureichendes Netz von Ladestationen.

(Beifall des Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD)

Wie ist es in der Wirklichkeit? Wir haben SAFE, das flächendeckende Sicherheitsladenetz für Elektrofahrzeuge, ein sehr gutes Projekt des Strategiedialogs Automobilwirtschaft.

Seit September haben wir in Baden-Württemberg alle 10 km eine öffentlich zugängliche Ladesäule und alle 20 km eine Schnellladesäule. Das sind mehr als 450 Ladestationen.

Betrachten wir einmal den Markt, z. B. den EQC von Daimler: Wie lange braucht der, um 100 km Reichweite zu laden? An der Schnellladestation zehn Minuten – einmal Kaffee holen. Nun steht ja das Auto doch die meiste Zeit des Tages. Wenn Sie es nachts an der Wallbox haben, während Sie schlafen, dann haben Sie die volle Reichweite über 400 km.

Übrigens: Wie viel fährt der durchschnittliche Pendler laut Bundesverkehrsministerium täglich? 39 km.

Zu der Behauptung in der FDP-Broschüre gibt es einen Fachbegriff, und der heißt Reichweitenangst. Der ist tatsächlich schon in den Neunzigerjahren entstanden. Das Reichweitenproblem ist in der Realität längst gelöst.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Manchmal bleibt trotzdem eine Angst übrig. Dazu ein passendes Zitat: Aus „Made in Germany“ ist längst „German Angst“ geworden. Deutschland traut sich nichts mehr. Risiken werden groß- und Chancen kleingeschrieben, sagte Christian Lindner 2015 auf Ihrem Parteitag, und das sagen Sie ja seither ständig.

Und wer steht mit seiner Elektroautoverdammung für die Angst? Die FDP. Wir dagegen packen an und lösen die Probleme.

(Beifall bei den Grünen – Widerspruch des Abg. Klaus Dürr AfD)

Wasserstoff ist natürlich ein wichtiger Energieträger. Er kann der Türöffner zu neuen Lösungen sein. Deswegen fördern wir ihn auch.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wissen Sie, wie schwierig das ist, Frau Kollegin?)

Aber den Wasserstoff muss man erst einmal herstellen. Dafür braucht man Strom. Jetzt wissen wir ja schon, dass die FDP gegen Elektromobilität ist. Und gegen welche Technologie kämpft hier die FDP auch bereits seit Jahren? Gegen die Windkraft. Seit vielen Jahren betreiben Sie das. 2014 haben Sie z. B. gesagt: „Wir wenden uns von der Windkraft ab.“ Wir alle kennen das hier im Plenum und aus Ihrer parlamentarischen Arbeit. Da waren Sie früher der Radikalste. Das machen jetzt die anderen.

(Andrea Lindlohr)

Brennstoffzellenfahrzeuge haben einige Vorteile. Zugleich haben sie gegenüber den batterieelektrischen Fahrzeugen einen Effizienznachteil. Wenn Sie die Primärenergie nehmen, kommen beim batterieelektrischen Fahrzeug so 60 bis 70 % quasi auf die Straße, bei der Brennstoffzelle sind es je nach Berechnung zwischen 10 und 25 %.

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat Ihnen aber jemand aufgeschrieben!)

Darum muss man hier weiterentwickeln.

Grundsätzlich ist es aber so: Sie können die Energie, die für Umwandlungsprozesse benötigt wird, nicht in Luft auflösen. Ein Effizienzabstand zwischen dem batterieelektrischen Fahrzeug und dem Brennstoffzellenfahrzeug wird immer bleiben. Wenn Sie das Batteriefahrzeug also in die Tonne treten wollen, dann müssen Sie mindestens dreimal so radikal wie wir für jedes Windrad kämpfen, Herr Rülke.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wenn es sich dreht, schon!)

Aber Pustekuchen; man hat fast den Eindruck, Sie meinen, der Strom kommt aus der Steckdose.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Der war gut!)

Sie sagen, industriepolitische Eingriffe in den Markt zugunsten der batterieelektrischen Mobilität seien zu unterlassen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

Ich sage: Industriepolitische Eingriffe durch die Verteufelung einer Antriebsart durch die FDP/DVP-Fraktion sind zu unterlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Klaus Dürr AfD: Warum?)

Um mit einem Delegierten des FDP-Landesparteitags am 5. Januar zu sprechen – er hat sich laut „Stuttgarter Nachrichten“ über Ihre Broschüre beschwert –:

Dass die Lithium-Ionen-Technologie einen Siegeszug in der Welt angetreten habe, liege nicht am Beschluss einer Regierung, sondern daran, dass solche Batterien in jedem Handy benötigt würden. ...

Die Wasserstofftechnologie muss erst noch beweisen, dass sie diese Reife erreichen kann – wir dürfen als Liberale nur nicht den gleichen Fehler machen und einseitig werden.

So hieß es auf Ihrem Parteitag. Der Mann hat etwas erkannt.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Winfried Mack CDU)

Ich fürchte aber, es geht der FDP noch um etwas anderes. Vermutlich wissen auch Sie, dass im Pkw-Bereich – Mobilität ist aber nicht nur Pkw – das batterieelektrische Fahrzeug marktreif ist und das Brennstoffzellenfahrzeug aktuell noch viel teurer ist.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum brauchen Sie dann die Subventionen?)

Ihre eigentliche Agenda ist tatsächlich die Angst – die Angst vor Veränderungen. Sie verteufeln die verfügbare Technologie

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

und machen ein umfassendes Heilsversprechen auf Basis von Wasserstoff.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das machen doch gerade Sie von den Grünen!)

Die Botschaft dahinter ist – das haben Sie hier sehr deutlich zum Ausdruck gebracht –: Im Moment kann alles so bleiben, wie es ist – auch der Verbrennungsmotor, der ja Teil Ihrer Wasserstoffwelt werden soll, mit einer unglaublich aufwendigen Umwandlungskette. Und Sie fordern das Bekenntnis zum sauberen Diesel.

Sie machen klar; Sie wollen den Bürgerinnen und Bürgern versprechen: Wir könnten den Wohlstand im Land halten, wenn wir uns nicht verändern. Das ist falsch. Dieses falsche Versprechen der FDP gefährdet Arbeitsplätze im Land.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf von den Grünen: Richtig!)

Also: Wohin will Baden-Württemberg? Will unser Land mit der FDP in die Angst und in die Technologiefeindlichkeit?

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Mit den Grünen in die Zukunft! – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Oder wollen die Baden-Württemberginnen und Baden-Württemberger mit uns gemeinsam die Transformation der Automobilwirtschaft gestalten? Die Antwort liegt auf der Hand.

(Zuruf des Abg. Andreas Deuschle CDU zur FDP/DVP)

Darum handeln wir – für zukunftssträchtige Arbeitsplätze, für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Andreas Stoch SPD: Die CDU brennt vor Begeisterung!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Mack.

Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg ist im Januar um 10 % gestiegen.

(Abg. Anton Baron AfD: Aha! Die Grünen schönen es noch!)

Das ist der höchste Anstieg unter allen deutschen Ländern.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie waren beteiligt! – Zurufe von der AfD, u. a.: Hört, hört!)

(Winfried Mack)

Ursache ist der Rückgang beim Automobil- und Maschinenbau. Es steht nicht viel auf dem Spiel, sondern alles. Wir dürfen nicht Hasardeuren folgen und denken, wir bräuchten „nicht noch mehr Automobilindustrie“.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der AfD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Jawohl!)

Stattdessen müssen wir wieder verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Automobilwirtschaft schaffen. Zuerst muss Schluss damit sein, unsere Autos schlechtzureden.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Trennen Sie sich von den Grünen!)

Es gab einen Betrugsskandal, aber es gibt keinen Dieselskandal.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der AfD – Vereinzelt Beifall bei der SPD)

Der Diesel wird gerade in Baden-Württemberg stetig weiterentwickelt. Der Diesel ist ein Teil der Zukunftslösung. Mit Scheuklappen werden wir die Herausforderungen bei den Themen Klima und „Arbeitsplätze in der Automobilindustrie“ nicht lösen.

Die einen setzen die Priorität auf die batteriebetriebene E-Mobilität, manche wollen sogar den Verbrennungsmotor ab dem Jahr 2030 verbieten.

(Abg. Daniel Rottmann AfD: Ihr Koalitionspartner!)

Dabei übersehen diese, dass mit einem solchen Plan auch im Jahr 2030 noch mindestens drei Viertel der Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor fahren werden – selbst wenn 50 % der Neuwagen E-Autos wären. Damit könnten die Klimaziele von Paris nicht erreicht werden. Die baden-württembergische Automobilindustrie läge am Boden –

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU und der AfD – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es!)

obwohl die Marktforschung von Bosch sagt, im Jahr 2030 würden weltweit noch zwei Drittel der Neuwagen als Verbrenner verkauft. Das zeigt: Wir werden das CO₂-Problem nicht lösen können,

(Zuruf)

indem wir die Industrie in unserem Land kaputt machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP, Abgeordneten der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner, Harald Pfeiffer und Stefan Herre [fraktionslos] – Vereinzelt Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Mack, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Rottmann zu?

Abg. Winfried Mack CDU: Nein. – Die FDP schlägt heute einen ähnlich einseitigen Weg vor – bloß andersherum:

(Vereinzelt Heiterkeit)

Elektroauto verteufeln, Rest prima. Das ist zu simpel gedacht. Das E-Auto ist ein Teil der Lösung, über Hybrid- und Wasserstofflösungen können sich zudem neue Möglichkeiten ergeben. Jedenfalls sei der FDP gesagt: In der sozialen Marktwirtschaft entscheiden die Kunden über den Erfolg eines Produkts.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen, der AfD und der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das machen sie ja gerade beim E-Auto!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Mack, lassen Sie –

Abg. Winfried Mack CDU: Nein, Frau Präsidentin. – Die entscheidende Frage für uns im Land lautet: Wie schaffen wir es, dass das Auto der Zukunft aus Baden-Württemberg kommt und hier produziert wird?

(Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut!)

Dazu müssen wir klare Ziele formulieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der AfD – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

Erstens: Wir wollen zur Weltspitze der Motorenentwicklung gehören. Früher war das selbstverständlich, heute muss man das extra sagen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: „Wir wollen“!)

Japan reaktiviert gerade seine Grundlagenforschung für den Verbrennungsmotor – übrigens nach deutschem Vorbild. China fährt ein massives Langfristprogramm zur individuellen Mobilität, in dem der Verbrennungsmotor ein unabdingbarer Bestandteil ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

Es gibt Berichte, wonach baden-württembergische Hersteller ihre Grundlagenforschung zu Motoren nach China verlegen.

(Abg. Dr. Rainer Podeswa AfD: Natürlich! Das ist doch klar!)

Tja, der Anschluss an die Weltspitze ist schnell verloren.

Deshalb zweitens: Der Weg zur emissionsfreien Mobilität muss wirklich technologieoffen sein. Nur so bleibt die Mobilität für einen großen Teil der Bevölkerung bezahlbar. Erfahrene Wissenschaftler sagen, dass eine Sektorentrennung – also Scheuklappen – zu falschen Anreizen und eindimensionaler Technologieförderung führt. Deshalb muss ganz klar technologieoffen gehandelt werden.

Drittens: Wir müssen ein Programm für Investitionssicherheit auflegen und stringent verfolgen, und zwar investiv und regulatorisch, weil die Zeit drängt.

Nach der geltenden EU-Flottenregel dürfen Automobilhersteller seit dem 1. Januar praktisch nur dann einen Verbrenner verkaufen, wenn sie zuvor ein E-Auto verkauft haben. Dies muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Sie dürfen nur dann einen Verbrenner verkaufen, wenn sie zuvor ein E-Auto ver-

(Winfried Mack)

kauft haben. Diese Vorschrift wird zu Recht als „E-Auto-Wette“, als eine Wette gesehen. Im Moment ist also die Technologiepolitik bei uns ein Lotteriespiel.

Manche in diesem Haus fordern, dass man die EU-Flottenregel auch noch verschärfen soll. Wir brauchen aber stattdessen innovative Lösungen, und das heißt: Synthetische Kraftstoffe und grüner Wasserstoff müssen rasch für den Auto- und Schwerlastverkehr zugelassen werden. Dazu gibt es im Moment eine aktuelle Diskussion in der Bundesregierung. Synthetische Kraftstoffe und Wasserstoff müssen in der EU-Flottenregel umgehend anerkannt werden.

(Abg. Anton Baron AfD: Ah!)

Denn die EU-Flottenregel geht davon aus, dass nur der Strom aus der Steckdose CO₂-neutral sei. Das ist natürlich eine Milchmädchenrechnung.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es! Aber das haben Sie doch mitbeschlossen!)

Synthetische Kraftstoffe, die im Verbrennungsmotor genutzt und aus erneuerbaren Energien erzeugt werden, sind nämlich tatsächlich CO₂-neutral.

(Abg. Anton Baron AfD: Das haben Sie doch mitbeschlossen!)

Also: Volle Kraft voraus für synthetische Kraftstoffe, für die Weiterentwicklung der Wasserstofftechnologie, volle Kraft für Hybridlösungen, volle Kraft für die Weiterentwicklung des Verbrennungsmotors, und zwar bei uns in Baden-Württemberg, und unbedingt auch für die Weiterentwicklung der Batterie, auch bei uns in Baden-Württemberg. Baden-Württemberg war doch immer das Zukunftslabor Europas, und wir wollen, dass das auch weiterhin so bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt Beifall bei der SPD, der AfD und der FDP/DVP)

Deshalb: Runter mit den Scheuklappen! Wir sind jetzt stark gefordert als Möglichmacher. Noch haben wir beim Auto die Chance, den Anschluss Baden-Württembergs an die Weltspitze zu halten. Es ist aber nicht fünf vor zwölf, es ist eins vor zwölf.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Rainer Stickelberger SPD, Anton Baron AfD und Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Debatte, die wir heute hier im Landtag von Baden-Württemberg führen, ist eine zentrale – wenn nicht die zentrale – wirtschafts- und industriepolitische Debatte für die Zukunft unseres Landes.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir uns eines eingestehen: Wir alle wissen nicht, wie die technologische Entwicklung im Bereich des Fahrzeugbaus, wie

die technologische Entwicklung im Bereich der Mobilität weitergeht. Letztlich stellt sich die Frage: Wer von uns kann besser in die Zukunft schauen? Es ist auszuschließen, dass jemand in unserem Parlament weiß – und zwar mit Sicherheit weiß –, wie wir uns in 20 Jahren fortbewegen. Wüsste es jemand, wäre er wahrscheinlich schon längst in die Wirtschaft gewechselt; er würde dort sehr viel Geld bekommen.

Wir wissen nicht, welche Antriebsarten sich auf Dauer durchsetzen werden. Es ist aber längst klar, dass es wohl nie wieder eine Monokultur der Verbrennungsmotoren geben wird, so wie früher. Vielleicht werden sich die Brennstoffzellen durchsetzen, vielleicht alternative Kraftstoffe, vielleicht immer bessere und umweltfreundlichere Batterien. Auch dort findet technologische Innovation statt. Womöglich – das halte ich sogar für sehr wahrscheinlich – werden sich unterschiedliche Antriebskonzepte für unterschiedliche Einsatzmöglichkeiten durchsetzen.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Genau!)

Wir wissen es nicht. Deswegen sind wir gut beraten, keine dieser Möglichkeiten auszuschließen.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, halte ich es für falsch, wenn wir an den Anfang der Debatte eine Überschrift stellen, die lautet: „Die batterieelektrische Mobilität ist ein Irrweg“. Wenn wir die ideologische Festlegung auf eine Antriebsart und Technik kritisieren, können wir doch nicht ideologisch motiviert einen Feldzug gegen eine von mehreren möglichen Antriebsarten führen.

(Zuruf von den Grünen: Genau!)

Das ist genauso blind, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Winfried Mack CDU)

Deswegen steht das Stichwort Technologieoffenheit, das auch von Ihnen, Herr Kollege Rülke, häufig gebraucht wird, im krassen diametralen Gegensatz zu einem Ausschluss der batteriebetriebenen Mobilität. Das hat Ihnen übrigens Ihre eigene Parteibasis beim Parteitag Anfang des Jahres mitgeteilt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und wie ging die Abstimmung aus? Wie ging die Abstimmung aus, Herr Kollege Stoch? – Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Es war ein Antrag vorgelegt worden, dass die batteriebetriebene Mobilität ausgeschlossen werden soll. Dem wurde nicht gefolgt. Da steht offensichtlich dann die Führung der FDP quer in der Garage, und für mich riecht es auch ein Stück weit schon nach heraufziehendem Wahlkampf. Dieses Thema ist aber zu ernst,

(Zuruf des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

als dass wir damit Wahlkampf betreiben sollten, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Nehmen wir Daimler. Dort nimmt man Milliarden in die Hand, um die Modellpalette neu auszurichten, bringt eine gan-

(Andreas Stoch)

ze Reihe vollelektrischer Modelle auf den Markt, Arbeitgeber und Arbeitnehmer entwickeln gemeinsam die Standorte weiter. Für die E-Mobilität baut man dort um, um Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu halten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen wir behaupten, dass die Politik, dass in diesem Fall die FDP/DVP-Fraktion besser weiß als die Wirtschaft in Baden-Württemberg, was richtig und wichtig ist für die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg?

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Dr. Wolfgang Reinhart und Winfried Mack CDU)

Aber es spielt natürlich auch in diese Debatte eine Metadebatte hinein. Sie haben das vorhin gemerkt, als die Sprecher der beiden Regierungsfractionen geredet haben. Auf der einen Seite wird vonseiten der Grünen die Technologieoffenheit auch im Munde geführt – eine starke Hervorhebung der batteriebetriebenen Mobilität –, gleichzeitig steht aber immer der Verdacht im Raum, dass man eigentlich das Auto, den Individualverkehr gar nicht haben möchte.

Da kommen dann Sätze wie: „Mir sind Arbeitsplätze in Baden-Württemberg gar nicht so wichtig“; da kommt dann der Ausdruck „dreckiger Diesel“ – alles eine von starken ideologischen Motiven getriebene Sichtweise auf Verkehr und Mobilität. Das ist die Metadebatte, über die wir heute auch reden.

Auf der anderen Seite gibt es aufseiten der CDU doch immer wieder – Herr Mack, ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das an diesen Stellen, wo es notwendig war, auch korrigiert haben – den Verdacht, man hänge doch daran fest, dass man sagt: So, wie wir bisher jahrzehntelang erfolgreich waren, werden wir auch zukünftig erfolgreich sein.

Die Verteufelung der individuellen Mobilität trifft nicht die Lebenswirklichkeit der Menschen in Baden-Württemberg, vor allem aber spielt auch die Überhöhung des Verbrennungsmotors für Baden-Württemberg eine verhängnisvolle wirtschaftspolitische Rolle, wenn wir Baden-Württemberg erfolgreich in die Zukunft führen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Tragik, weil in diesem zentralen Politikfeld die beiden Regierungspartner offensichtlich unterschiedlicher Meinung sind. Deswegen kommen wir an dieser Stelle auch nicht weiter, und deswegen ist an dieser Stelle Politik zum Nichtstun verurteilt, weil sich diese Landesregierung in dieser zentralen Frage nicht einig ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das passt ja überhaupt nicht!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir, die Politik, die politischen Entscheider müssen das tun, was wir tun müssen, um Baden-Württemberg erfolgreich zu halten, das heißt, gemeinsam mit Wirtschaft und Industrie dafür zu sorgen, dass die technologischen Lösungen ohne Scheuklappen – Herr Kollege Mack, ich nehme Ihr Wort auf; es ist richtig – weiterentwickelt werden. Es geht darum, dass wir für die unterschiedlichen Einsatzzwecke, z. B. was die Frage der Mobilität in unseren Städten angeht, das Thema „Batteriebetriebene Mobilität“ fördern, aber auch die wasserstoffbetriebene Mobilität als

wichtigen Entwicklungsstrang betrachten und gleichzeitig die synthetischen Kraftstoffe weiterentwickeln. Denn es ist noch nicht das Ende des Verbrennungsmotors gekommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wenn wir daraus einen Technologie- und Antriebsmix bekommen, kann Baden-Württemberg an der Spitze der technischen Innovation stehen und Arbeitsplätze in Baden-Württemberg halten und weiterhin ausbauen.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Darum geht es! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deswegen komme ich an dieser Stelle zu einer für mich zentralen Frage: Wie geht es weiter mit diesen Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg? Herr Kollege Rülke hat zu Recht angesprochen, dass im Moment in Baden-Württemberg stärker als in anderen Bundesländern schon Arbeitsplatzabbau stattfindet. Doch unterhalten Sie sich einmal mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten. Die haben vor einigen Wochen auf dem Schlossplatz eine Demo mit gut 15 000 Teilnehmern organisiert. Ich war dort. Die Aussage, die dort getroffen wurde – das kommt aus den Betrieben, von den Betriebsräten –, ist sehr eindeutig: Wir müssen aufpassen, dass wir in der aktuellen Debatte um Arbeitsplatzabbau niemandem auf den Leim gehen. Was uns dort von den Betriebsrätinnen und Betriebsräten gesagt wurde, ist, dass der gegenwärtig stattfindende Arbeitsplatzabbau noch gar nichts mit der technologischen Transformation zu tun hat, sondern mit Gewinnmaximierungsmaßnahmen und mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen in Länder mit niedrigeren Arbeitskosten. Meine Damen und Herren, die Politik kann sagen, technologischer Wandel ist notwendig. Aber technologischen Wandel als Vorwand für Arbeitsplatzabbau zu nehmen trifft auf entschiedenen Widerstand des Landtags von Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD)

Es gehört zu den zentralen Aufgaben des Landes, sich um die Beschäftigten zu kümmern. Denn die Beschäftigten, die von diesem Arbeitsplatzabbau oder dem kommenden technologischen Wandel betroffen sind, haben Fragen, etwa: Wie geht es für mich weiter? Wie geht es für meine Familie weiter?

Deswegen lassen wir, die SPD, bei unseren Forderungen nach Unterstützung für Weiterbildung in diesem Land nicht locker. Ich bin Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sehr dankbar, dass er den Impuls bereits seit Monaten verfolgt. Wenn wir in einem Land wie Baden-Württemberg zurückgehende Auftragszahlen haben und damit Kurzarbeit im Raum steht, dann müssen wir ein Instrument wie das Transformationskurzarbeitergeld einsetzen, dann müssen wir die Auftragsschwäche, die im Moment besteht oder noch kommen wird, dafür nutzen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fit für die technologische Zukunft zu machen. Dann können wir Arbeit in Baden-Württemberg sichern.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Da reicht es eben nicht, wenn die Landesregierung nur auf Berlin oder die Privatwirtschaft zeigt. Wir haben bereits vor drei Jahren beantragt, dass gerade für kleine und mittlere Un-

(Andreas Stoch)

ternehmen in unserem Land ein Weiterbildungsfonds aufgelegt wird, durch den diese Unternehmen auf Mittel für Weiterbildung und Weiterqualifizierung zurückgreifen können.

Deswegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollten wir bei diesem wichtigen Prozess nicht einfach nur zuschauen. Wir können es uns auch nicht leisten, eine Landesregierung aus Grünen und CDU zu haben, die sich in diesem zentralen Politikfeld überhaupt nicht einig sind. Wenn wir in diesem Bereich keine Lösungen finden – und zwar Wirtschaft, Politik und Gesellschaft gemeinsam –, dann wird Baden-Württemberg großen Schaden erleiden.

Es ist kein Naturgesetz, dass Baden-Württemberg das Automobilland ist, aber wir müssen hier in diesem Haus alles dafür tun, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Menschen in Baden-Württemberg auch weiterhin arbeiten, ihr Geld verdienen und ihre Familien unterhalten können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die AfD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stauch.

Abg. Hans Peter Stauch AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werde Abgeordnete! Ein Loblied der Grünen auf das batteriebetriebene Fahrzeug – das ist schon verwunderlich.

Vielen Dank, Herr Mack. Sie machen sich aus der Koalition heraus zum Sprecher für die Opposition. Das hat uns sehr gut gefallen. Das sieht schon gut aus.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Die AfD wirkt eben.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Es ist immer wieder interessant zu sehen, wie die Altparteien Ideen von uns aufnehmen und dann als ihre eigenen neuen verkaufen wollen. Kritik von unserer Seite an rein batteriebetriebener E-Mobilität – seit unserem Einzug in den Landtag – wurde als populistisch, rückwärtsgewandt oder gar als durch die Ölindustrie gesponsert verächtlich gemacht. Von uns vorgeschlagene Alternativen wie beispielsweise E-Fuels wurden als Unsinn bezeichnet. Auch unsere Kritik an der angeblich alternativlosen Energiewende wurde als klimaschädlich und unwissenschaftlich abgetan.

Jetzt, da das von uns vorhergesagte Scheitern der Verkehrs- und der Energiewende immer deutlicher sichtbar wird und die Bürger bemerken, wie ihnen jetzt und in Zukunft das Geld aus der Tasche gezogen und ihre freie Mobilität eingeschränkt wird, entdecken Teile der Altparteien nun Initiativen der AfD und verkaufen sie als ihre eigenen Ideen.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Hört, hört!)

Selbst Wirtschaftsminister Altmaier hat plötzlich sein Herz für E-Fuels entdeckt, und sogar der Fernsehpropagandist Harald Lesch wettet gegen die batteriebetriebenen E-Autos.

(Vereinzelt Lachen bei den Grünen)

Beim Thema Energie denkt die CDU offen über Kernkraft nach – ein Wunder. Und die FDP schießt gegen Batteriebetrieb und macht sich für Wasserstoff stark – bemerkenswert. Das alles wurde von uns, der AfD, schon vorgeschlagen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Es wird sich bald herausstellen, dass wir auch bei der Klimathematik richtigliegen.

Doch zurück zum Batteriebetrieb. Die Akzeptanz bei privaten Nutzern, sich ein E-Auto anzuschaffen, liegt auf einer bis 6 reichenden Skala derzeit bei 2,9. Das stammt aus der Begleitforschung des BMVI zur E-Mobilität.

Einmal abgesehen von den allseits bekannten Problemen wie kurzer Reichweite, langen Ladezeiten und inzwischen höheren Energiekosten als beim Diesel ergeben sich weit größere und auch umweltproblematische Risiken.

Zuerst sei das Rohstoffproblem genannt. Bei der heute großtechnisch machbaren Batterietechnik kommen wir an Lithium nicht vorbei. Als leichtestes Alkalimetall ist Lithium aufgrund seiner Energiedichte nicht ersetzbar. Lithium wird großtechnisch in Salinen mit viel Wasserverbrauch gewonnen, was die Lebensgrundlage der indigenen Bevölkerung in den trockenen Abbaugebieten sehr stark beschränkt.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Das ist grüne Ideologie!)

Zudem sind diese technisch einfach zu gewinnenden Lithiumvorräte weltweit auf 20 bis 50 Millionen t begrenzt.

Zu Kobalt – also Kobalt, nicht Koblode –: Kobalt wird größtenteils durch menschenverachtende Kinderarbeit – diesen Kindern wird tatsächlich die Kindheit geraubt, liebe Greta – im Kongo gewonnen. Zwar ist Kobalt in der Batterietechnik inzwischen ersetzbar, jedoch sind alle Ersatzstoffe deutlich teurer, sodass aus wirtschaftlichen Gründen noch viele Jahre an Kobalt festgehalten werden wird.

Als Nächstes kommen wir zu technischen und sicherheitsrelevanten Problemen bei Lithium-Ionen-Batterien. Lithium-Batterien neigen zum thermischen Durchgehen. Das heißt, bei Kontakt mit Sauerstoff aus der Luft brennt elementares Lithium mit extrem hoher Temperatur. Tritt dieser Fall ein, ist Löschen nicht möglich, sondern nur die Lagerung in einem mit Wasser gefüllten mobilen Container. Dies stellt vor allem in Tiefgaragen ein hohes Sicherheitsrisiko dar.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ist eigentlich unsere Landtagstiefgarage sicher?)

Hierbei entstehen neben der im Auto herrschenden Hochspannung zusätzliche Gefahren für Rettungs- und Sicherheitskräfte. Wir, die AfD, haben deshalb in einem Antrag schon ein Verbot von Ladesäulen in Tiefgaragen gefordert. Dieser Antrag wurde aber abgelehnt.

(Zuruf von der AfD: Hört, hört!)

(Hans Peter Stauch)

Nicht zu vergessen ist, dass nach einer bestimmten Lebensdauer der komplette Batterieblock je nach Leistung unter sehr hohen Kosten ausgetauscht werden muss,

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Betrifft das Auto der Präsidentin!)

wobei das Recycling dieser Batterien immer noch problembehaftet ist. Die Idee von einer Million Schnellladesäulen sowie dem notwendigerweise zu errichtenden Stromnetz wird wohl schon an der Menge von benötigtem Kupfer scheitern.

Nun, der gewöhnliche Pendler wird seinen Ladevorgang in die Nacht verlegen, in der bekanntlich keine Sonne Strom in Solarkollektoren erzeugt. Das Problem im Winter wiederum wird sein: Wegen stark eingeschränkter Leistung der Akkus bei Kälte und Mehrverbrauch durch Heizung und Licht im Auto muss noch öfter nachgeladen werden.

Den Einsatz batterieelektrischer Fahrzeuge sehen wir nur im stadtnahen Raum als sinnvoll an – als Liefer-, Taxi- und Sharingfahrzeuge.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig!)

Batterieelektrische Fahrzeuge haben in einem Mix aus verschiedenen Technologien natürlich auch ihren Platz – ganz klar. Den entscheidenden Aspekt gegen die Batteriemobilität stellt jedoch der Energiesektor dar. Mit Ihrer auf Gedeih und Verderb durchgezogenen unsinnigen Energiewende sind die politisch angestrebten Mengen von E-Fahrzeugen nicht mit Energie zu versorgen. Grundlastsichere Kohle und Kernenergie werden durch eine kompromisslose grüne Energiewende vom Netz genommen. Der neueste Vorstoß der Grünen: Nun sollen auch Gaskraftwerke außer Betrieb gestellt werden.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Was für ein Schwachsinn, was für ein – – Nein, ich kann es nicht sagen.

Ein auf sichere Energie angewiesenes Industrieland soll auf unsteten Strom aus Solaranlagen und Windkraft umgestellt werden. Dieses Projekt wird mit Stromrationierungen bis hin zum Blackout ein Ende finden – so meine Vorhersage. Wir sind im letzten Jahr schon mehrmals an einem Stromkollaps vorbeigeschrammt. Das werden Sie, meine Damen und Herren, wahrscheinlich auch schon wissen.

Alle sogenannten erneuerbaren Energien erbringen zurzeit laut „Handelsblatt“ erstmals 40 % der benötigten Strommenge. Meine Damen und Herren, so wird ein Industrieland von ausländischen Stromlieferungen abhängig gemacht. Ist das wirklich Ihr Ansinnen?

Akkumulatoren Speicher zur Stromspeicherung von überflüssigem Windstrom sind aufgrund von Millionenkosten völlig utopisch. Man kann eben nicht, wie Frau Baerbock von den Grünen laienhaft meint, Strom im Netz speichern

(Heiterkeit bei der AfD)

oder, wie Professorin Claudia Kemfert, die sogenannte Energiewendespezialistin der Bundesregierung, zum Besten gibt,

die Stromverteilung verbessern, indem man den Molekülstau im Netz verhindert.

(Heiterkeit bei der AfD)

So viel nur zur Expertise gewisser sogenannter Experten.

Kurz gesagt: Die sogenannte erneuerbare Energie reicht bei Weitem nicht und ist zu unsicher.

(Beifall bei der AfD)

Auf die Reaktionen der Bürger auf die steigenden Strompreise und wohl schon geplante Strombeschneidungsgängelei darf man gespannt sein. Schon jetzt ist klar, dass für die deutschen Bürger die Kosten für Energie und E-Fahrzeuge niemals zu stemmen sein werden – wobei auch noch die Eigentumsvernichtung bei den vorhandenen Dieselbesitzern mit eingerechnet werden muss.

Durch das von Ihnen totalitär durchgesetzte Batterieauto und den dadurch absehbaren Totalverlust der Kernindustrie Automobil und von Tausenden von Arbeitsplätzen in praktisch jeder Industriesparte stellt sich die Frage, wer überhaupt noch in der Lage ist, individuell mobil zu sein. Die Menschen, die Sie mit Ihrer Politik in die Arbeitslosigkeit schicken, werden sich sowieso kein E-Mobil mehr kaufen

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! Sehr richtig!)

und auch nicht mehr leisten können.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Gewinner des ganzen Unterfangens sind wohl Subventions schnorrer wie Tesla, das, ohne je eine schwarze Zahl geschrieben zu haben, einen höheren Börsenwert besitzt als VW und Daimler zusammen.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig!)

Kommen wir zum Fazit: Die Verkehrswende zum Batterieauto dient einzig der Beschränkung der individuellen Mobilität und Freiheit der Bürger in unserem Land. Ihre unsinnige Energiewende kann nie – niemals! – die erforderliche Energie bereitstellen. Die Zukunft unseres Verkehrs liegt bei E-Fuels, Wasserstofftechnologie und einem Kraftstoff-Batterie-Mix sowie einer Batterietechnologie in einem ausgewogenen Maß.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Die Zukunft der Energieversorgung in unserem Land liegt in der Kernkraft, mit Technologien der vierten Generation, beispielsweise dem Dual-Fluid-Reaktor und in hoffentlich naher Zukunft auch dem Fusionsreaktor, an dem wenigstens international geforscht wird. Sorgen Sie endlich dafür, die Forschung auf diesen Gebieten voranzutreiben, damit wir überhaupt noch Anschluss an die Weltwirtschaft halten können

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! Richtig!)

und die Bürger in Deutschland nicht schlotternd im Dunkeln sitzen, während die restliche Weltwirtschaft uns davongaloppiert.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Nun erteile ich das Wort Herrn Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Das war jetzt ein letztes Lichtfunkeln und Zucken der FDP. Eine im Untergang begriffene Partei, die ehemals liberal war, hat sozusagen eine letzte Gehirnaktivität gezeigt. Allerdings zeigt dieses Funkeln auch, wie kurz sie greift.

„Die batterieelektrische Mobilität ist ein Irrweg“. Sie kommen mit dieser Überschrift zum einen auf einen Irrweg – denn die batterieelektrische Mobilität mag durchaus ein Weg sein –, und Sie benennen zum anderen überhaupt nicht des Pudels Kern. Der eigentliche Irrweg ist nämlich der Klimawahn, dieser hexenwahnähnliche, paranoide Prozess, der mittlerweile den ganzen Globus erfasst hat

(Abg. Winfried Mack CDU: Was erfasst er?)

und Menschen zu Handlungen nötigen soll, die sie sonst nie vornehmen würden.

Nennen wir doch die Sache beim Namen. Hier werden über Postulate einer diktatorischen Institution, der UNO und des IPCC, auch bestehend aus von Diktaturen und Zwangsregimen entsandten sogenannten Wissenschaftlern, Thesen aufgestellt, die einzig und allein dazu dienen, einer linken Elite die Macht zu geben.

Das hören wir auch hier. Die Staatsgläubigkeit, die hier aus den Postulaten atmet, ist unüberhörbar: „Wir schaffen.“ – Herr Stoch, Sie schaffen gar nichts. Haben Sie denn überhaupt schon einmal etwas Gescheites geschaffen?

(Widerspruch bei der SPD – Abg. Andreas Stoch
SPD: Was sind Sie eigentlich für eine Figur?)

Das gilt auch für die Grünen. Haben Sie denn überhaupt jemals etwas geschaffen?

Schaffen tun die Bürger – wenn man sie überhaupt schaffen lässt.

Aber wir unterliegen einer EU-Flottenregel.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Was soll denn das? Schaffen Sie doch endlich Regeln ab. Diese EU-Flottenregel beweist ja geradezu die Richtigkeit der Entscheidung Großbritanniens, diesem „EUdSSR“-Zwangssystem entronnen sein zu wollen, um endlich frei entwickeln zu können, was zu entwickeln ist.

Am Ende dieses Prozesses, egal, welche Mobilität jetzt von Staats wegen gefördert wird, werden leere Städte stehen, zerbrochene Fenster, durch die der Wind weht, leere, überwucherte Fabrikgebäude. Dann haben wir endlich das, was die Grünen wollen:

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und dann kommt
Lucky Luke!)

eine grüne Wende. Das ist die grünste Revolution seit Dschingis Khan, der so viele Menschen umgebracht hat, dass die Wälder wieder wachsen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Fiechtner, kommen Sie bitte zum Schluss.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Aber auch das wird kommen. Wenn nichts mehr wächst, wenn nichts mehr gedeiht, werden die Wälder dort wieder wachsen, wo Fabriken waren, und sie werden hungernde Menschen hinterlassen. Das ist die Frucht Ihrer Arbeit.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Hans Peter Stauch AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Ministerpräsident Kretschmann das Wort.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rülke, ich gebe Ihnen recht: In einer idealen Welt würden wir mit Wasserstoff oder synthetischen Kraftstoffen fahren. Wir hätten erneuerbare Energien im Überfluss mit Solarstrom aus der Sahara, um diese

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Sie wissen, was die ideale Welt ist!)

nachfossilen Kraftstoffe zu produzieren. Wir müssten die Fabriken nicht besonders umbauen, bräuchten die Arbeitnehmer nicht weiterzubilden, könnten einfach weitermachen wie immer.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Woher nehmen Sie diese Chuzpe?)

Aber in so einer Welt leben wir nun einmal nicht.

Was Sie heute geboten haben, erinnert mich doch ein bisschen an ein Kind, das einfach die Decke über den Kopf zieht und sich seine eigene Welt zusammenbastelt

(Zuruf des Abg. Hans Peter Stauch AfD)

und das sich nicht mehr für das interessiert, was draußen los ist. Aber wir können uns der Realität nicht verweigern und so tun, als könnten wir heute die Probleme, die wir haben, mit Wasserstoff oder der Brennstoffzelle ganz einfach lösen. Ich glaube nicht, dass wir mit dieser Decke über dem Kopf die Zeitenwende beim Auto meistern werden. Wenn wir so vorgehen, wird Baden-Württemberg in 20 Jahren nicht mehr das führende Automobil- und Mobilitätsland sein

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Dazu tragen aber Sie leider bei!)

und werden wir nicht sichere Arbeitsplätze für die Zukunft schaffen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Herr Kretschmann verschiebt Arbeitsplätze nach China!)

Von Kurt Schumacher stammt der berühmte Satz: „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit.“ Wie sieht diese aus?

Da ist Elon Musk, der unsere Autohersteller massiv angreift. Jedes vierte in Europa zugelassene Batterieauto ist ein Tesla.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Der Konzern hat aber noch nie Profite gemacht! Das ist Ihnen auch bewusst!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Weltweit ist Tesla bei den ausgelieferten Elektroautos deutlich auf Platz 1. Auf dem Kapitalmarkt ist Tesla mittlerweile mehr wert als Daimler und VW zusammen.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Ohne je einen Gewinn gemacht zu haben! – Abg. Anton Baron AfD: Das sind Spekulanten!)

Das ist die eine Seite.

(Zurufe von der AfD)

Auf der anderen Seite sind unsere Automobilhersteller, die eine klare Strategie haben. „Elektrifizierung ist der Kern unserer Strategie“, sagt Ola Källenius, der Chef von Daimler.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Da kann man die Arbeitsplätze abschreiben!)

„2025 wird voraussichtlich jeder zweite neue Porsche einen Elektroantrieb haben“, sagt Oliver Blume, Chef von Porsche. „Die Zukunft ist elektrisch“, sagt Bram Schot, der Chef von Audi. „E-Mobilität ist auf dem Vormarsch, unaufhaltsam“, sagt Herbert Diess,

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Was sagen die Chinesen?)

der Chef des weltgrößten Automobilkonzerns VW. Glauben Sie mir, Herr Rülke: Die sagen das doch nicht, weil sie jetzt auf einmal ein grünes Parteibuch haben. Nein, sie sagen das, weil sie nur so die Märkte bedienen können und weil sie nur so ihre Unternehmen für die Zukunft fit machen können. Und das ist schwierig genug.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, weil die Politik sie dazu zwingt! – Unruhe)

Das heißt, die batteriebetriebene Automobilität ist nicht irgendein Hirngespinnst; es ist eine Realität, und es ist eine knallharte Konzernstrategie der Automobilindustrie, weil die Hersteller wissen,

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Sie müssen!)

dass sie im Moment mit der Brennstoffzelle überhaupt kein Geld verdienen können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident – –

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Deswegen setzen sie zurzeit mit voller Kraft auf die Batterie. Denn dort wird jetzt erst einmal bei den Pkws der Markt für saubere Autos entschieden, und zwar heute und jetzt und nicht irgendwann in der kommenden Dekade,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Sauber und elektrisch passt nicht zusammen!)

Herr Rülke, wenn andere Technologien endlich marktreif sind. Das ist der entscheidende Unterschied, um den es heute geht.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Ministerpräsident, lassen Sie Zwischenfragen von – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich verzichte! Er ist dem nicht gewachsen! Ich verzichte!)

– Moment! – Lassen Sie die Zwischenfrage des Herrn Abg. Voigtmann zu oder nicht?

Ministerpräsident Winfried Kretschmann: Nein. – Für Sie ist also – das ist ja die Überschrift Ihrer Aktuellen Debatte – die batterieelektrische Mobilität ein Irrweg.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja!)

Da muss man sich doch schon fragen: Was ist jetzt aus der Marktwirtschaftspartei FDP geworden?

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat mit Marktwirtschaft überhaupt nichts zu tun! Das sind Zwänge, die aufgebaut werden! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Was ist daraus geworden?

(Zurufe)

Glauben Sie wirklich, dass wir alle hier besser wissen, wie die Konzernstrategien von Automobilunternehmen aussehen sollen?

(Abg. Klaus Dürr AfD: Es geht darum, wo die Subventionen sind!)

Also besser als Herr Blume oder Herr Schot oder Herr Diess? Das glauben Sie doch im Ernst nicht.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Warum machen sie das dann? Sie machen das doch nicht aus Überzeugung! Sie machen das, weil die Politik sie dazu zwingt!)

Also, ich glaube, das sind einfach merkwürdige Anwandlungen. Der Stamokap hat ja noch nicht mal in der SPD überlebt.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aber bei den Grünen! – Zuruf von der AfD: Der kommt wieder!)

Den wollen wir jetzt nicht mit der FDP wiederbeleben.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Herr Rülke, wir leben nicht in einer abgeschlossenen Nationalökonomie, wir müssen uns an den Weltmärkten orientieren; denn dort müssen sich unsere Automobilhersteller schließlich behaupten. Fakt ist, dass immer mehr Staaten Elektroquoten verhängen und schärfere Emissionsgrenzwerte setzen

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, genau! Das ist nämlich der Grund!)

oder dass sie auf das Auslaufen des Verbrennungsmotors hinwirken. Das tun sie aber nicht aus Jux und Tollerei, sondern aus Klimaschutzgründen.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Anton Baron: Dann machen wir unsere Industrie dafür kaputt! Sehr gut!)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Immer mehr Städte planen Verbote für Verbrennungsmotoren,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau! Da sind wir doch bei den Gründen! Nicht wegen der Marktwirtschaft!)

und immer mehr Unternehmen drängen auf den Elektromarkt; auch das ist eine Tatsache.

(Abg. Anton Baron AfD: Na ja! Gezwungenermaßen! – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Das heißt, die Wende zum postfossilen Auto ist nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch geboten.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch völlig falsch! Eine völlig falsche Rechnung, Herr Kretschmann!)

Wer da zu spät kommt, den bestraft halt der Markt. So einfach ist das.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Das ist völlig falsch!)

Es geht doch darum: Sehen wir die Rücklichter von Elon Musk, oder ist es umgekehrt? Das ist die Frage, um die es gerade geht.

(Abg. Anton Baron AfD: Der hatte über 860 Millionen € Verluste im Jahr 2019! – Weitere Zurufe von der AfD, u. a.: Welche Rendite gab es denn? – Wo gab es Profite? – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Dirigistische Strömung in der Regierung! – Unruhe)

Man hat bei Ihnen den Eindruck, das Wettrennen hätte noch gar nicht begonnen. Das ist aber nicht der Fall.

(Abg. Anton Baron AfD: Wer hat denn überhaupt schon richtige Profite damit gemacht?)

Wir stecken mittendrin, und die Transformationsgeschwindigkeit ist wirklich schwindelerregend; da gebe ich Ihnen recht.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Und das fällt Ihnen erst jetzt auf?)

Der Sturm geht jetzt erst los; das hat VW-Chef Diess in einer bemerkenswerten Rede gesagt. Wir haben also keine Zeit zu verlieren und müssen uns richtig reinhängen; denn wenn wir den Markt für batterieelektrisch betriebene Autos anderen überlassen, dann sind unsere Unternehmen in ein paar Jahren komplett aus dem Spiel. Dann brechen die Absatzmärkte weg, und dann stellt sich die Frage nach dem Wasserstoff überhaupt nicht mehr. So sieht es nämlich aus.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Also: technologieoffen, aber nicht beliebig. Es ist schlicht eine Falschbehauptung, meine Landesregierung setze allein auf den batterieelektrischen Antrieb, und wir würden nicht auch andere Technologien vorantreiben. Denn mittel- und langfristige werden wir auch Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe brauchen. Ihre Behauptung wird nicht wahrer, wenn Sie sie dauernd wiederholen.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Nur weil Sie nicht technologieoffen sind, gilt das nicht gleich auch für andere; das müssen Sie sich einfach mal klarmachen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir sind überzeugt, es braucht eben einen sinnvollen Mix der verschiedenen Antriebsarten. Ein Sowohl-als-auch, aber kein Entweder-oder – das ist der richtige Weg. Nur das heißt überhaupt „technologieoffen“ und ergibt Sinn. Deswegen haben wir uns bei unserer Forschungs- und Technologiepolitik breit aufgestellt.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Sie subventionieren nur das eine! Das ist nicht „breit aufgestellt“! Das sind Fake News!)

Ich will Ihnen sagen: Es gibt wirklich zuweilen Differenzen in dieser Regierung und bei den sie tragenden Fraktionen, aber Differenzen in dieser Frage habe ich im Regierungshandeln noch kein einziges Mal festgestellt.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das hat der Kollege Stoch behauptet! – Abg. Andreas Stoch SPD: Das ist das Pfeifen im Walde! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Was heißt das konkret?

(Zuruf von der SPD: Genau! – Heiterkeit)

Wir gehen bei der Batterietechnologie in die Offensive – von der Herstellung übers Ladenetz bis zum Recycling. Mit unserem Zentrum für Digitalisierte Batteriezellenproduktion schaffen wir die Grundlage für eine hocheffiziente digitale Serienproduktion von Batteriezellen im Land.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Für Kinderarbeit!)

Mit unserem Prüf- und Kompetenzzentrum für Batterien und Energiespeichersysteme in Freiburg schließen wir eine weltweite Lücke in der Qualitätssicherung und Zertifizierung von Batteriesystemen.

Wir haben das erste flächendeckende Ladenetz für Elektroautos in Deutschland geschaffen. Es nennt sich SAFE: alle 10 km eine Ladesäule, von Mannheim bis zum Bodensee, von Offenburg bis Heidenheim.

(Zuruf von der SPD: Ulm?)

Wir etablieren eine deutschlandweit einmalige Demontagefabrik für E-Autos.

Schließlich haben wir in Baden-Württemberg den größten Forschungsverbund für Nicht-Lithium-Ionen-Batterien geschaffen.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Weil wir technologieoffen agieren und nicht einseitig, forcieren wir seit 2013 mit dem Cluster Brennstoffzelle BW – jetzt sollten Sie wirklich zuhören, Herr Rülke, jetzt kommt Ihr Thema – den Ausbau der Wasserstoff- und Brennstoffzellentechnologie.

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Wir machen die Metropolregion Rhein-Neckar mit dem Projekt „H2 Rivers“ zur Wasserstoff-Vorzeigeregion, Gesamtinvestition: rund 100 Millionen € von Land, Bund und Industrie. In Ulm etablieren wir eine hochmoderne Forschungsfabrik für Brennstoffzellen, HyFab, Gesamtinvestition: 80 Millionen €. Das KIT machen wir zum Zentrum für synthetische Kraftstoffe, Gesamtinvestition: 20 Millionen €.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Gut so!)

Daran sieht man: Die Landesregierung setzt auf Technologieoffenheit. Wir bilden uns aber nicht ein, dass die Politik statt der Unternehmen die Autos bauen kann.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Beifall des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Das ist aber nicht „Beliebigkeit“ und kein Gießkannenprinzip. Deshalb setzen wir beim Pkw die Priorität auf batteriebetriebene E-Mobilität,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Also doch!)

ohne dabei Wasserstoff oder synthetische Kraftstoffe zu vernachlässigen. Wir orientieren uns aber erst einmal an den Realitäten. Der Markthochlauf beginnt jetzt nun einmal mit E-Fahrzeugen und nicht mit irgendwelchen anderen. Das kann niemand, der die Welt betrachtet, ernsthaft bestreiten.

(Beifall bei den Grünen und der CDU – Abg. Klaus Dürr AfD: Das will ich hinterfragen, was der Ministerpräsident hier erzählt!)

Wo das enden wird, weiß heute in der Tat noch niemand. Aber wir können davon ausgehen, auch angesichts der Fortschritte in der Batterietechnologie, dass die Batterie für Pkws die erste Wahl ist. Wir können davon ausgehen, dass in fernerer Zukunft für den Bereich stärkerer Pkws, kleiner Transporter usw. Wasserstoff die Technologie der Wahl sein wird. Man kann davon ausgehen, dass für Schiffe, Flugzeuge und andere große Gefährte E-Fuels die Zukunft sind.

(Abg. Winfried Mack CDU: Auch für Autos!)

Das wird wahrscheinlich so sein. Ob es sich tatsächlich so entwickelt, wissen wir nicht. Wir wissen aber, was heute geschieht und was wir heute tun müssen: massiv in die Infrastrukturen für E-Mobilität investieren. Das haben wir gemacht.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Deswegen haben wir, diese Landesregierung, mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft ein neues Format gegründet, in dem all diese Themen in einem ständigen Gesprächsprozess mit allen Beteiligten klar strukturiert besprochen werden: mit den Automobilfirmen, mit den Zulieferern,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Außer mit denen, die sich diese Dinger nicht leisten können!)

mit der Wissenschaft, mit der Energiewirtschaft, mit den Kommunen, mit den Gewerkschaften.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Nur nicht mit den Verbrauchern!)

Alle sind in diesem Prozess mit dabei, sodass wir immer schauen können: Was kommt als Nächstes auf uns zu? Was sind die nächsten Schritte, die wir umsetzen müssen?

(Abg. Bernd Gögel AfD: Planwirtschaft!)

So wird das gemacht. Wir befinden uns nicht im luftleeren Raum oder spekulieren irgendwie herum. Vielmehr sind all die, die dafür zuständig sind, die damit etwas zu tun haben – von der Wissenschaft bis zur Fabrik –, zusammen in Gesprächen. Auch die Zivilgesellschaft bleibt nicht außen vor. Deswegen ist das ein zukunftsweisendes Modell,

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

das nach und nach alle anderen Bundesländer und auch die Bundesregierung – Gott sei Dank – nun kopieren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Die Verantwortung, die wir haben, ist in der Tat sehr groß. Wir alle wissen: Die baden-württembergische Automobilindustrie steht wirklich vor großen Herausforderungen. Es geht in der Tat um Arbeitsplätze und um deren Zukunft.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Auch Sie sind ein entscheidender Faktor darin!)

Aber man muss auch sehen: Die Krise, die sich jetzt andeutet, hat ganz unterschiedliche Gründe.

(Zuruf des Abg. Daniel Rottmann AfD)

Einmal sind das konjunkturelle Effekte, dann geht es um die Themen Zölle, Handel, Produktivitätsfortschritte – also Wettbewerbsfähigkeit – und natürlich um die Transformation, den technologischen Wandel.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Und hauptsächlich die grüne Ideologie!)

Dabei müssen Sie sehen: Zurzeit ist der Anteil der Elektrofahrzeuge höchst gering.

(Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Eben!)

Er ist höchst gering. Daran sehen Sie –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Und da erzählen Sie etwas von Markthochlauf!)

– Der wird jetzt kommen, Herr Rülke, weil die ganzen Automobilunternehmen ihre Portfolios auf diese Elektromobilität hin auslegen.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Ich bin jedenfalls nicht schlauer als die Automobilunternehmen. Ich denke schon, dass sie richtige Marktanalysen machen. Davon gehe ich jetzt erst einmal aus.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

(Ministerpräsident Winfried Kretschmann)

Man muss also sehen, dass unterschiedliche Effekte, die sich verlagern, eine Rolle spielen. Natürlich habe ich großen Respekt vor den Unternehmen, die technologieoffen sind, die jetzt zwar massiv in die Batterieelektrik investieren müssen,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Weil die Politik sie zwingt!)

die aber auch die anderen Strategien nicht liegen lassen, weil man diese in Zukunft mit Sicherheit auch brauchen wird.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Geben Sie da auch Geld hin?)

Ich habe es ausdrücklich nochmals abgefragt, Herr Kollege Mack: Selbstverständlich investieren die Firmen auch weiter in die Verbesserung des Verbrenners

(Abg. Winfried Mack CDU: Hoffentlich! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Den Herr Hofreiter verbieten will!)

– auf Herrn Hofreiter komme ich gleich noch –,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gut! – Vereinzelt Heiterkeit)

weil wir in Zukunft auch den Verbrenner – wenn auch anders betrieben, über Wasserstoff oder E-Fuels – haben werden. Die Frage ist nur: für welche Fahrzeugklassen? Das wird sich dann herausstellen; das ist gar keine Frage. Deswegen arbeiten sie auch weiter an der Verbesserung des Verbrenners. Diese Sorge muss man sich jetzt also nicht machen.

Allerdings wird zurzeit massiv in Elektromobilität investiert. Es geht nur um das Auslaufen des Verbrenners, der fossil betrieben wird. Herr Rülke, nehmen Sie das jetzt einfach einmal zur Kenntnis.

(Abg. Winfried Mack CDU: So einfach ist die Welt aber nicht!)

Etwas anderes vertritt auch Herr Hofreiter nicht. Insofern können Sie jetzt erst mal einfach beruhigt sein.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich bin aber nicht beruhigt!)

Es geht also darum, dass wir uns jetzt in dieser Weise richtig aufstellen. Das tut diese Landesregierung sehr wohl.

Ich will aber noch etwas dazu sagen, warum das jetzt so ist, wie es ist. Erst einmal müssen Sie sehen, dass selbst beim batterieelektrisch betriebenen Fahrzeug die Deckungsbeiträge sehr viel geringer sind als beim Verbrenner. Das hängt mit den hohen Kosten der Batterie zusammen.

(Abg. Anton Baron AfD: Und wo werden die hergestellt?)

Aber für ein Brennstoffzellenauto, das verkäuflich sein soll, gibt es überhaupt noch keine Geschäftsmodelle. Sie können doch von den Automobilisten nicht erwarten, dass sie Fahrzeuge auf den Markt bringen, an denen sie nichts verdienen, weil sie wegen der viel zu hohen Preise nicht gekauft werden. Da muss man einfach auch ein bisschen an Physik denken.

(Abg. Anton Baron AfD: Ach!)

Ein wasserstoffbetriebenes Auto braucht schon einmal doppelt so viel Energie wie ein batteriebetriebenes Auto. E-Fuels brauchen etwa das Sechsfache der Energie. Da kann man sich also vorstellen, dass das der Hauptkostenfaktor ist, dass es dafür mit den Technologien, die wir heute haben, keine Geschäftsmodelle gibt, die sich am Markt auch etablieren können. Das ist doch der Kern der ganzen Frage, warum sie gerade nicht das machen, was Sie unbedingt wollen.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Deshalb muss ich mich darüber schon sehr wundern.

Ich will nur einmal sagen, Herr Kollege Stoch: Es ist richtig, wir müssen uns um Weiterbildung kümmern. Deswegen legt die Regierung – sie ist gerade dabei – gerade für diese Branche ein Weiterbildungskonzept auf – das ist auch ein Ergebnis des Strategiedialogs Automobilwirtschaft; es ist daraus geboren –, und wir werden uns gezielt überlegen, wie wir im Zusammenspiel mit der Wirtschaft, aber auch mit den Gewerkschaften und Betriebsräten solche Weiterbildungskonzepte auf die Beine stellen können. Also, auch darum kümmert sich diese Regierung.

Ich will noch einmal sagen: Es geht um den richtigen Mix. Aber dies ist ein Mix, der sich im Moment nicht darstellen lässt; es ist ein Mix für die Zukunft. Im Moment geht es um die Batterieelektrik. Alles andere sind Pilotprojekte. Ja, die sind wichtig, auch die betreiben wir. Deswegen hat die Landesregierung die richtige Strategie. Sie ist technologieoffen, aber sie schaut auch darauf, dass für den kommenden Markthochlauf der Elektromobilität die richtigen Infrastrukturvoraussetzungen geschaffen werden.

Ich biete Ihnen noch einmal an, dass Sie bei unserer Agentur e-mobil BW einen Termin machen und sich dort einen Tag lang auf den Stand der Diskussion bringen lassen. Das möchte ich Ihnen einfach anbieten, damit wir hier zu einer Debatte kommen, die so ist, dass wir den Automobilstandort im Auge haben, aber auch wissen, es kommt zu einer Mobilitätswende im nachfossilen Zeitalter, und die zeigt, dass es uns darum geht, dass wir Arbeitsplätze, Wertschöpfung erhalten und unser Land auf diesem Gebiet Spitze bleibt.

Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen – Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, nachdem Herr Ministerpräsident Kretschmann das Wort ergriffen hat, löst dies die sogenannte Fraktionsvorsitzendenrunde aus.

Für die SPD erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Stoch.

Abg. Andreas Stoch SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Herr Ministerpräsident, ich denke, während Ihrer Rede wurde deutlich, dass das, was Sie über das Einvernehmen in dieser Landesregierung zu diesem Themenfeld gesagt haben, nicht der Realität entspricht. Bei einer Rede des Ministerpräsidenten habe ich noch selten einen von beiden Koalitionspartnern mit derart schweren Händen gesehen.

(Heiterkeit bei der AfD)

(Andreas Stoch)

Obwohl vieles von dem, was Sie hier heute in Ihrer Rede aufgenommen haben, in diesem Haus Konsens ist, wurde deutlich: Was die Frage nach der Technologieoffenheit und die Frage nach den Arbeitsplätzen in Baden-Württemberg angeht, besteht, glaube ich, in vielen Punkten Konsens. Dennoch schwebt über dieser Debatte ein tief sitzendes Misstrauen zwischen den beiden Regierungspartnern bei der Frage: Was steckt denn wirklich dahinter?

Wir führen also, wenn wir heute über die einzelnen Punkte reden, die auch Sie angesprochen haben, eine Metadebatte, eine Debatte, die hinter der Sachdebatte steht. Diese Debatte möchte ich noch einmal deutlich machen:

Bei den Grünen kommt immer wieder, gerade wenn es um die Zukunft des Verbrennungsmotors geht, wenn es um die Frage geht, wann ein Ende des Verbrennungsmotors gekommen ist, zum Ausdruck, dass man das Auto – eigentlich den Individualverkehr, aber in dem Objekt Auto verkörpert er sich dann – eigentlich nicht haben möchte,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: So ist es!)

dass es einem eigentlich querliegt, weil es den eigenen Ideen, wie zukünftig Mobilität aussehen könnte, widerspricht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen: Baden-Württemberg wird in der Zukunft für alle Menschen in diesem Land Mobilität gewährleisten. Viele Menschen werden auf den Individualverkehr und auf das Auto angewiesen sein. Deswegen ist diese Verteufelung des Autos, die dahintersteckt, garantiert falsch und hat nichts mit der Lebenswirklichkeit vieler Menschen in Baden-Württemberg zu tun.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Deswegen brauchen wir keine Verbotsdebatten, sondern wir brauchen eine von wirtschafts- und industriepolitischen Fragen, aber auch von arbeitsmarktpolitischen Fragen geprägte Debatte, die lautet: Wie sieht die Zukunft dieses wichtigen Industriezweigs in Baden-Württemberg aus, und zwar gerade im Hinblick auf die Frage, welche Produkte dort gebaut werden?

Dann kommen wir zur anderen Seite. Es wird ganz sicher so sein – bei all den Mutmaßungen, die wir hier über die Zukunft anstellen –, dass wir mit der bisherigen Dogmatik, nur der Verbrennungsmotor sei die Lösung, nicht weiterkommen. Baden-Württemberg ist keine Insel, und wir können nicht nur in Deutschland regeln, wie viele Autos bei uns gekauft werden. Deutschland ist auf den Export angewiesen. Wenn in anderen Ländern aufgrund von Restriktionen, aufgrund von gesetzlichen Vorgaben emissionsfreie Mobilität gewünscht wird, wenn dort Mobilität gewünscht wird, die auf andere Antriebsarten setzt, dann wäre Deutschland dumm, dann wären deutsche Unternehmen dumm, wenn sie weiter auf diesen Pfad setzen würden. Deswegen ist Ihre Argumentation schlicht dumm, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen wir zur Frage: Wie bilden wir eine Schnittmenge? Wie bilden wir eine Schnittmenge unter dem Obersatz,

den auch Herr Kollege Rülke ganz zu Beginn seiner Rede formuliert hat: „Wir sind uns klar, dass wir zukünftig bei der Frage des Ressourceneinsatzes, bei der Frage der Antriebstechnologie nicht so weitermachen können wie bisher“?

Was ist die richtige Technik? Ich glaube nicht, dass die Politik in der Lage ist – sie sollte es auch nicht tun –, eine einzelne Technik rigoros auszuschließen, vor allem dann nicht – das verstehe ich eben an der heutigen Debatte durch den Beitrag der FDP/DVP auch nicht –, wenn unter den vorhandenen Optionen diese Option, nämlich die batteriebetriebene Mobilität, im Moment – das sagen uns ja verschiedene Wissenschaftler – im Vergleich zum Verbrennungsmotor noch die wirtschaftlichste Alternative ist und wenn aus diesem Grund die baden-württembergischen Automobilunternehmen jetzt sehr stark auf diesen Entwicklungspfad setzen. Dann muss es doch gerade die Aufgabe von Politik sein, das Vertrauen in diese Option zu setzen – das hat auch etwas mit Infrastruktur zu tun –, so dass diese Produkte auch einen Markt haben und in Baden-Württemberg, Deutschland und in der Welt verkauft werden können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen bringen Angstdebatten nichts – eine Angstdebatte, die dann doch wieder lautet: „Der Verbrenner ist nichts, den muss man abschaffen.“ Das ist eine Angstdebatte. „Das elektrisch betriebene Fahrzeug ist ein Irrweg; das muss man verbieten, das muss man abschaffen, das darf man nicht weiterverfolgen.“

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das habe ich nicht gesagt!)

Ich habe hier am Pult heute für Sie in der FDP die Botschaft: Lassen Sie diesen Entwicklungsstrang. Sie haben nämlich genau so argumentiert; Sie haben gesagt, man sollte sich nicht ideologisch auf diesen einen Entwicklungspfad verengen.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Genau!)

Aber aus diesem Satz zu schließen, dass dies ein Irrweg ist, ist doch der Denkfehler in Ihrer Argumentation, Herr Dr. Rülke. Ich glaube, die batteriebetriebene Technologie wird in Baden-Württemberg in den nächsten Jahren für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Automobilsektor wichtig sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Thomas Blenke CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Jetzt geht es darum, zu fragen: Was müssen wir, was kann Politik überhaupt tun? Es ist in der Tat richtig: Politik wird nicht die neuen Autos entwickeln, und sie wird sie nicht erfinden. Sie wird auch nicht neue Antriebskonzepte entwickeln. Es geht darum, dass wir, die Politik, mit den Geldern, die uns der Steuerzahler vertrauensvoll anvertraut, dafür sorgen, dass die richtigen Entscheidungen getroffen werden, dass auch die richtigen Entscheidungen unterstützt werden. Das hat mit Fragen von Forschung und Entwicklung zu tun.

Deswegen muss es natürlich wichtig und zentral sein, dass wir in Baden-Württemberg, dem Automobilland Deutschlands, z. B. auch bei der Batteriezellenforschung, bei der Batteriezellenentwicklung ganz vorn sind. Deswegen ist es noch im-

(Andreas Stoch)

mer nicht akzeptabel, dass dieser Standort aufgrund einer Entscheidung, die im Bundesbildungsministerium bei Frau Karliczek getroffen wurde, nicht Ulm ist. Die Entwicklung dieser Batteriezellen der Zukunft, und zwar vor allem auch der umweltfreundlicheren Batteriezellen, muss in Baden-Württemberg stattfinden, weil wir in Baden-Württemberg diese Antriebsmodelle, diese Batterien brauchen, um unsere Autos hier zu fertigen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Deswegen brauchen wir – das ist die Aufgabe von Politik – Unternehmen, die endlich diese Entscheidungen treffen. Auch dort sind, glaube ich, in den letzten Jahren Versäumnisse zu verzeichnen gewesen.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Politik und Wirtschaft haben sich im Prinzip gegenseitig angeschaut, und jeder hat gewartet, bis der andere reagiert. Das war ganz sicher ein Fehler. Deswegen ist es richtig, gemeinsam die richtigen Konzepte zu entwickeln. Niemand hat heute eine Garantie für die Richtigkeit dieser Konzepte. Aber wir müssen versuchen, diesen Wandel so zu gestalten, dass er zum Nutzen möglichst vieler Menschen in Baden-Württemberg erfolgt. Das kann nur gelingen, wenn wir die richtigen Produkte an den Markt bringen, und das kann nur dann gelingen, wenn diese Produkte von Menschen in Baden-Württemberg gebaut werden.

Deswegen brauchen wir massive Investitionen in neue, ressourcenschonende Technologien, Produkte und Prozesse. Wir brauchen die Sicherung und den Ausbau von Zukunftsarbeitsplätzen. Wir brauchen ganz sicher eine moderne, leistungsfähige Infrastruktur, und zwar sowohl bei der Verkehrswende als auch zur Umsetzung der Energiewende. Wir brauchen eine intelligente Regional- und Strukturpolitik – ich habe das Thema „Ansiedlung der Zellfertigung“ angesprochen.

Und noch etwas brauchen wir dringend: Herr Ministerpräsident, ich freue mich ja, wenn Sie sagen: „Wir machen uns jetzt daran, uns auch um die Weiterbildung zu kümmern.“ Aber wir, die SPD, stehen hier an diesem Pult und haben seit drei oder vier Jahren, in mehreren Haushalten, beantragt, dass diese Landesregierung gerade kleinen und mittleren Unternehmen Geld für Weiterbildung in diesem Bereich zur Verfügung stellt. Passiert ist nichts. Ich kann das nur Ignoranz vor den Problemen der Menschen in diesem Land nennen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen geht es nicht darum, dass hier einer steht oder sich irgendjemand hinstellt und sagt, er wisse, wohin es geht. Niemand kann das mit Garantie tun. Aber wir alle müssen die Verantwortung wahrnehmen, die heißt: Wir müssen diesen Wandel in der Automobilindustrie, der gestartet, der eingetreten ist, diesen sogenannten Transformationsprozess, mit all den Veränderungsprozessen – die da heißen: Digitalisierung, Globalisierung; die aber auch heißen: technologischer Wandel in der Antriebstechnologie – so gestalten, dass er nicht zum Schaden Baden-Württembergs, sondern zum Nutzen Baden-Württembergs führt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich nenne ein Beispiel: Bereits vor etwas mehr als zwei Jahren hat die Friedrich-Ebert-Stiftung mit vielen Fachleuten gemeinsam eine Schrift herausgebracht mit dem Titel: „Die Zukunft der deutschen Automobilindustrie“. Der Untertitel lautet: „Transformation by Disaster or by Design?“

(Abg. Winfried Mack CDU: Guter Titel!)

Will ich diesen Wandel als Disaster, als strukturellen Bruch erleiden? Oder kann ich diesen Wandel auch gestalten? Gestalten – „by design“ – heißt in diesem Fall, nicht nur zu warten, was die Wirtschaft tut, sondern politische Rahmenentscheidungen zu treffen, die nicht einseitig einzelne dieser technologischen Stränge überhöhen, sondern die all diesen technologischen Entwicklungssträngen die Möglichkeit geben, zu zeigen, welches das richtige Produkt sein wird, das in Deutschland, in Baden-Württemberg zu entwickeln ist. Wenn wir das schaffen, „by design“, dann wird Baden-Württemberg auch in Zukunft ein erfolgreiches Automobilland sein und vielen Menschen in diesem Land Arbeit geben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die AfD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Gögel.

Abg. Bernd Gögel AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Aktuelle Debatte zur E-Mobilität fängt an, das Pferd von hinten aufzuzäumen. Wir müssen zunächst das Problem von vorn anschauen. Das Problem ist Planwirtschaft, und die beiden Vorredner haben für die Parteien, für die sie stehen, in den letzten Jahrzehnten immer bewiesen, dass für sie eigentlich Wirtschaftskompetenz nicht zutreffend ist.

(Beifall bei der AfD)

Das ging über die SPD-geführten Regierungen bis hin zu den grünen Verantwortlichkeiten in der Vergangenheit in diesem Land. Wirtschaftskompetenz gehörte nie zu den Stärken dieser beiden Parteien. Die beiden Parteien sprechen und träumen von Planwirtschaft, von Lenkung, von Gängelung, von Bevormundung

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

und von einer Flut von Vorschriften, die sie hier über die Menschen streuen und ergehen lassen.

In dieser Debatte um Klimaschutz – nach unserer Sicht wäre „Klimawandel“ eigentlich gerechterweise das Unwort des Jahres gewesen – möchte ich allen, damit Sie mal wieder Boden unter die Beine bekommen, erklären, dass die Stadt Turin schon immer in der Geschichte eine um zwei Grad höhere Durchschnittstemperatur als Stuttgart gehabt hat. Ich wüsste jetzt nicht, dass die Italiener speziell in Turin darunter gelitten hätten oder ums Leben gekommen

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

oder mit diesem Unterschied nicht klargeworden wären.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

(Bernd Gögel)

Sie vernichten mit Ihrer Klimahysterie, mit Ihrem Klimawahn unsere Wirtschaft und unseren Wirtschaftsstandort.

(Beifall bei der AfD)

Sie gefährden aktuell mit Ihrer Politik 410 000 Arbeitsplätze in Deutschland – diese Studie haben Sie selbst in Auftrag gegeben, und das Ergebnis haben Sie auch zu tragen – und vernichten sie ohne Grund, einfach weil Sie sich von EU-Vorschriften gängeln lassen.

(Zuruf von den Grünen)

Ich weiß nicht, ob Sie überhaupt wissen, was aktuell eine Fahrzeugflotte laut EU-Vorschrift durchschnittlich an CO₂ ausstoßen darf. Ein Fahrzeug darf aktuell 95 g CO₂ pro Kilometer ausstoßen. Das ist der zulässige Flottendurchschnitt.

(Abg. Anton Baron AfD: Das weiß er nicht!)

Es ist gut, wenn man das weiß. Das entspricht 3,5 l Diesel Durchschnittsverbrauch auf 100 km. Jetzt überlegen Sie mal, welche Fahrzeuge einen Durchschnittsverbrauch von 3,5 l Diesel haben.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

Dann wissen Sie, dass die Hersteller, wenn sie einen Diesel, der tatsächlich 6 l oder 7 l durchschnittlich verbraucht, verkaufen wollen, schon ein E-Auto verkaufen oder auf Halde stellen müssen,

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! So ist es!)

was sie im Moment zum Teil auch tun.

Das ist aber noch nicht alles. Bis 2030 schreibt diese Vorschrift vor, dass sie auf 59,4 g CO₂-Ausstoß pro 100 km kommen müssen. Das entspricht 2,3 l durchschnittlich auf 100 km. Das ist – da reichen meine spärlichen physikalischen Kenntnisse aus – mit dem Verbrennungsmotor nicht erreichbar.

(Beifall bei der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Genau! Das weiß der Ministerpräsident ganz genau!)

Infolgedessen kommt es einem Verbot des Verbrennungsmotors gleich. Das ist vielleicht der falsche Ausdruck dafür, aber mit dieser Vorschrift stirbt der Verbrenner, und damit sterben viele Hunderttausend Arbeitsplätze auch in Baden-Württemberg.

Die Firma Tesla – das hat der Ministerpräsident hervorgehoben und hat die Firma Tesla gelobt – hat allein im Jahr 2019 862 Millionen Dollar Verlust erwirtschaftet. Das sind jetzt keine Erfolgsbilanzen.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Die Firma Tesla baut sich aber in Brandenburg eine neue Fabrik aus dem Zertifikatehandel. Sie hat dort keinen Euro zu bezahlen

(Abg. Anton Baron AfD: Genau!)

und wird sicherlich auch entsprechend unterstützt, was ihren Energieverbrauch in Brandenburg betrifft. Ich bin mal gespannt, was Tesla für die Kilowattstunde in Brandenburg be-

zahlen muss und ob sie dort die Wasserzufuhr nicht auch noch kostenlos zur Verfügung gestellt bekommen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja, selbstverständlich! – Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Das nenne ich keine Unterstützung der deutschen Automobilindustrie, das ist Politik gegen die deutsche Wirtschaft. Die Grünen haben sich eigentlich seit ihrer Existenz noch nie um Wirtschaft und um Wirtschaftspolitik gekümmert. Sie haben immer die These vom alten Kaiser Wilhelm vor sich hergetragen:

Das Auto ist eine vorübergehende Erscheinung. Ich glaube an das Pferd.

Oder in diesem Fall an den Drahtesel.

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

Diese Hysterie und diese vor sich her getragene Welle „Am deutschen Wesen soll die Welt genesen“ hatten wir schon mal. Das hat zur Katastrophe geführt, und auch diese Politik der Klimawandelhysterie führt genauso ins Verderben, allerdings speziell hier in unserem Land, einhergehend mit einem Wohlstandsverlust und einem Verlust von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der AfD)

Wir werden in den nächsten Tagen und Wochen sicherlich auch noch die Green-Deal-Philosophie der EU ausführlich thematisieren; das ist ja nur eine Folgeerscheinung. Auch das Eckpunktepapier der Landesregierung zur Biodiversität werden wir hier noch ausführlich behandeln, und auch die Auswirkungen auf den Verbraucher, die daraus entstehen, werden wir noch ausführlich diskutieren.

Gängelung, Bevormundung, Einschränkung – der Bürger soll Wohlstandsverlust erleiden. Der Ministerpräsident hat den Bürger schon vor geraumer Zeit darauf vorbereitet, dass es schwer werde und er Einschränkungen hinnehmen müsse. Ich sage Ihnen eines: Der Bürger muss gar nichts. Er muss nur die richtige Partei wählen, dann hat er nichts entgegenzunehmen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau! Jawohl! – Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig! – Abg. Hans-Ulrich Secker! GRÜNE: Meine Güte!)

Zum Thema Verbrennungsmotor bzw. Rohölproduktion: Haben Sie eigentlich mal mit den Rohölproduzenten gesprochen? Wohin verkaufen die Rohölproduzenten ihr Öl? Oder stellen die die Produktion ein?

(Abg. Anton Baron AfD: Genau so ist es!)

Wenn ein Tanker in Rotterdam nicht anlegt, fährt er dann zurück nach Saudi-Arabien, oder wohin fährt er?

(Zuruf: Nach Amerika!)

Er wird im nächsten Land gelöscht,

(Abg. Martin Rivoir SPD: Sie werden auch gelöscht!)

und zwar zu günstigeren Konditionen, als er in Rotterdam erzielt hätte.

(Bernd Gögel)

Wenn Sie die Welt retten wollen, dann müssen Sie global mit allen Ländern Vereinbarungen treffen, und Sie müssen die Rohölproduzenten zwingen, ihr Öl in der Erde zu lassen. Anders geht es nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die Frage ist: Wo lebt er überhaupt? In welcher Welt lebt er denn? – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Als Hausmeister ins Weiße Haus!)

Sie wollen, dass der deutsche Bürger den Wohlstand einbüßt und den wesentlichen Beitrag zur Rettung der Welt leistet. Sie wissen aber, was wir tatsächlich zum weltweiten CO₂-Ausstoß beitragen. Unser Beitrag liegt unterhalb von 2 %.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! – Abg. Klaus Dürr AfD: Null Effekt!)

– Null Effekt. – Das heißt nicht, dass wir nichts dazu beitragen wollen. Aber es muss vom Bürger bezahlbar sein, es muss vertretbar sein, es muss technologisch offen sein. Wir können der Wirtschaft nicht vorschreiben, was sie entwickeln soll, und wir können dem Verbraucher nicht vorschreiben, was er kaufen soll.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das machen Sie doch gerade in Ihrer Rede!)

In einer Marktwirtschaft entscheidet der Verbraucher, was er an der Theke kauft.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

Entscheidend ist nicht, was Sie ihm da hineinlegen wollen. Das gab es in der DDR schon: Es gab nur das, was hineingelegt wurde. Das will der Bürger hier bei uns nicht.

(Beifall bei der AfD)

Zur E-Mobilität in Baden-Württemberg: Dass Sie jetzt das Tanksäulennetz verdichten, ist auch ein einmaliger Vorgang in der Nachkriegsgeschichte. Dass der Steuerzahler einem Wirtschaftsunternehmen den Wirtschaftszweck, den Grund seiner Tätigkeit bezahlt, damit dieses ihm dort etwas verkaufen kann, habe ich noch nie erlebt.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Ich auch nicht!)

Das ist einmalig, das ist der erste Fall. Das ist die einseitige Unterstützung eines ideologisch getriebenen Zweigs.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau so ist es!)

Das wollen wir nicht weiter zulassen. Wir wollen das offen gestalten.

Der Ministerpräsident hat die Frage gestellt: Regierungshandeln, was ist das eigentlich? In der Betonung war es sicher falsch, aber wenn man das zusammenfasst, war es eine gute Frage. Regierungshandeln bedeutet, dass man in einem Technologiedialog mit der Automobilwirtschaft nicht der Wirtschaft aufzwingt, was man von ihr erwartet, sondern dass man hört, was sie zu leisten in der Lage ist und in welchem Zeitraum sie es zu leisten in der Lage ist,

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Genau!)

dass man das aufnimmt, in Politik umsetzt und damit eine sichere Zukunft für die Bürger in Baden-Württemberg gestaltet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Rülke.

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Kollege Stoch, Sie haben den Eindruck erweckt, ich wollte die batterieelektrische Mobilität verbieten.

(Zuruf: „Ein Irrweg“! – Zuruf des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Davon war nirgends die Rede.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Niemand hat die Absicht –“! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Niemand hat die Absicht, eine Batterie zu verbieten!)

Das habe ich nicht gesagt. Das können Sie aus meinen Worten auch nicht herauslesen. Ich sage auch: Vieles, was die SPD sagt, ist ein Irrweg. Aber ich habe noch nie verlangt, die SPD zu verbieten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Boris Weirauch SPD)

Das wäre eine unzulässige Schlussfolgerung.

Aber man muss sich die Frage stellen – Herr Ministerpräsident, Sie sagen, demnächst würde der Markthochlauf kommen –: Wo ist er denn, dieser Markthochlauf? Die Bundeskanzlerin hat einmal angekündigt: 2020 eine Million batterieelektrische Fahrzeuge. Zu Ihrer Information: Das Jahr 2020 ist da. Wo ist sie denn, die von Frau Merkel angekündigte Million?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich sehe sie nicht. Und im Januar sind die Zahlen bei den Neuzulassungen batterieelektrischer Fahrzeuge sogar eingebrochen.

(Zuruf: Wo denn?)

Sie warten also – wie auf Godot – auf einen Markthochlauf und warten und warten, aber er kommt nicht,

(Abg. Klaus Dürr AfD: Das sind Fake News!)

und dies angesichts der Tatsache, dass man politisch für diese Technologie ja gar nicht mehr tun kann.

Sie haben es gesagt. Sie haben z. B. Herrn Diess von VW zitiert: „Das ist die Zukunft.“ Ja, glauben Sie im Ernst, Herr Diess baut batterieelektrische Fahrzeuge, weil er davon einen so großen Gewinn erwartet? Das wurde doch beschrieben. Kollege Mack hat es doch beschrieben. Wie haben Sie es ge-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

nannt? Die „Elektroautowette“. Die EU erlässt Flottenwerte, aus denen ganz klar hervorgeht, dass der Hersteller für jedes Fahrzeug, das er wirklich gewinnbringend in den Markt bringen kann, mindestens auch ein E-Mobil in den Markt bringen muss, da er andernfalls Strafzahlungen in Milliardenhöhe finanzieren muss.

(Abg. Anton Baron AfD: Sehr richtig!)

Das ist doch Politik. Das hat doch mit Marktwirtschaft nichts zu tun, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD sowie des Abg. Stefan Herre [fraktionslos])

Herr Diess macht seine Gewinne mit SUVs. Mit den SUVs, die manche verteufeln, macht er Gewinne. Wenn er aber nur SUVs baut, muss er diese Gewinne in Brüssel abliefern. Das ist Politik. Deshalb werden die Leute durch politische Maßnahmen dazu gezwungen, batterieelektrische Fahrzeuge zu bauen, die sie eigentlich gar nicht bauen wollen und mit denen sie keinen Gewinn machen. Und das nennen Sie Markthochlauf und Marktwirtschaft, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Dann wird erklärt: „Wir sind sehr technologieoffen. Der mit Benzin betriebene Verbrennungsmotor muss wegen CO₂ verboten werden. Der mit Diesel betriebene Verbrennungsmotor muss wegen NO_x verboten werden. Von den synthetischen Kraftstoffen halten wir nichts, dafür wird zu viel Energie benötigt, und Wasserstoff vielleicht einmal in der Zukunft.“ Das Einzige, was dann noch übrig bleibt, ist die batterieelektrische Mobilität. Und dann behaupten Sie, das wäre Technologieoffenheit und Marktwirtschaft. Also, meine Damen und Herren, man kann sich mit seiner eigenen Politik auch selbst in die Tasche lügen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie der Abg. Harald Pfeiffer und Stefan Herre [fraktionslos] – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Ich stelle fest: Brüssel zwingt die Automobilhersteller durch Flottengrenzwerte zur batterieelektrischen Mobilität.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: So ist es!)

Brüssel zwingt die Unternehmen dazu, zu sagen: „Die synthetischen Kraftstoffe sind es nicht, weil sie für die CO₂-Bilanz nicht angerechnet werden.“ Sie erklären hier: Da braucht man zu viel Energie.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Und dann bleibt noch die batterieelektrische Mobilität, da in der Zukunft vielleicht – in fernen Tagen; so haben Sie es formuliert – die Brennstoffzelle und die Wasserstoffmobilität marktreif werden. Und da wollen Sie uns ernsthaft erzählen, das wäre der Markt. Da wollen Sie uns ernsthaft erzählen, aufgrund von marktwirtschaftlichen Prozessen würden die Automobilhersteller auf die batterieelektrische Mobilität setzen. Gleichzeitig stellen wir fest: Die Menschen wollen diese Fahrzeuge nicht, sonst würden sie sie ja kaufen; sie kriegen ja auch noch Subventionen.

Immer wieder gibt es einen Automobilgipfel, und dann zieht man Bilanz. Dann sagt Frau Merkel: „Eine Million habe ich versprochen. Wie viele sind es? So 80 000? Das sind aber wenig. Was machen wir? Dann verdoppeln wir die Subventionen.“ Dann werden die Subventionen weiter erhöht. Und dann machen Sie die nächste Bilanz und stellen fest: Die Leute kaufen das Ding immer noch nicht, aber der Ministerpräsident Kretschmann – da sind wir vielleicht an der Stelle, an der sich auch manche auf der Regierungsbank die Bettdecke über den Kopf ziehen – guckt dann unter seiner Bettdecke hervor und sagt: „Bald kommt der Markthochlauf.“ Wo ist er denn, Ihr Markthochlauf, Herr Ministerpräsident?

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich sehe diesen Markthochlauf nicht. Deshalb sage ich Ihnen – –

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Dr. Rülke, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Poreski zu?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Bitte schön. – Ein bisschen sozialpolitische Kompetenz kann in dieser Frage nicht schaden.

(Heiterkeit)

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Empathie hilft immer, Herr Kollege, das kann ich Ihnen auch aus Erfahrung sagen.

Kollege Rülke, ist Ihnen bekannt, dass in Europa vom Tesla Model S mehr Fahrzeuge verkauft werden als von der S-Klasse von Mercedes, gleiche Preisklasse?

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ich bin dankbar – –

Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ist Ihnen bekannt, dass vom Tesla 3, der ja künftig auch in Brandenburg produziert wird, mehr verkauft wird als von der Limousine des 3er BMWs – alle Modelle zusammengerechnet –, als von der Limousine des Audi A 4 – alle Modelle zusammengerechnet – und als von der C-Klasse von Mercedes – alle Modelle zusammengerechnet? Halten Sie das für erfolglos?

(Zurufe)

Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Herr Poreski, ich bin dankbar für das Stichwort Tesla. Herr Verkehrsminister Hermann, Stichwort Tesla.

(Zurufe: Heute noch? – Sie wollten es doch nicht!)

– Ja, ja. Ich wollte später noch zu Tesla kommen. Aber ich bin dankbar, dass Sie Ihren Verkehrsminister ins Spiel bringen.

(Heiterkeit)

Offensichtlich gibt es ja große Begeisterung für Tesla. Es gibt auch große Begeisterung des Ministerpräsidenten, der gelobt hat und von den Rücklichtern von Tesla gesprochen hat usw. Wenn Tesla so toll ist, warum sagt Winfried Hermann dann, er will sie in Baden-Württemberg nicht? Warum sagt Winfried Hermann, er will sie in Baden-Württemberg nicht? Da hat man ihn gefragt: Tesla hätte ja auch nach Lahr gehen können und nicht nach Brandenburg. Wie hat Kollege Mack es formuliert? Hasardeur. Es ging um Hasardeure, die dann sagen: Wir wol-

(Dr. Hans-Ulrich Rülke)

len nicht noch mehr Automobilwirtschaft in Baden-Württemberg. Das sagt er: „Nein, wollen wir nicht.“ Eines kann man ihm nicht absprechen: Er ist wenigstens ehrlich, er macht die Motivlage klar. Die Motivlage ist: „Wir seitens der Grünen wollen aus der individuellen Mobilität aussteigen.“ Das ist Ihr eigentliches Ziel.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD
– Zurufe von den Grünen)

Deshalb sind Sie auch so begeistert von der batterieelektrischen Mobilität, weil Sie wissen: Die Leute wollen es nicht. Und dann gibt es weniger Autos in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der AfD – Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Das ist das eigentliche Ziel Ihrer batterieelektrischen Mobilitätswende, meine Damen und Herren. Das haben Sie im Hinterkopf.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD)

Deshalb sage ich, Herr Kollege Stoch: Ich brauche keine Batterie zu verbieten, um zu sehen, dass diese batterieelektrische Mobilität ein Irrweg ist, sondern die Menschen erkennen das. Trotz Subventionen, trotz Flottengrenzwerten in Brüssel, trotz der Ankündigung, das Infrastrukturnetz auszubauen, trotz Maßnahmen gegen synthetische Kraftstoffe, trotz Verbotsankündigungen hinsichtlich des Verbrennungsmotors kaufen die Leute das Ding immer noch nicht.

Daraus, Herr Kollege Stoch, ziehe ich die Schlussfolgerung: Diese batterieelektrische Mobilität ist ein Irrweg. Ich will sie nicht verbieten, ich muss sie nicht verbieten; die Leute wollen sie nicht. Das ist das Thema, und deshalb der Titel dieser Debatte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wenn Sie dann fragen: „Was ist die Alternative?“, sage ich Ihnen, Herr Ministerpräsident: Einigen wir uns doch auf faire Rahmenbedingungen. Und faire Rahmenbedingungen wären: Wenn Sie ein Netz für die batterieelektrische Mobilität bauen, bauen Sie auch Wasserstofftankstellen.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Wenn Sie damit einverstanden sind, haben wir Waffengleichheit. Wenn Sie sich für Flottengrenzwerte auf europäischer Ebene einsetzen, setzen Sie sich auch dafür ein, dass die E-Fuels genauso behandelt werden, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Wenn Sie der Meinung sind, der Markthochlauf kommt, dann setzen Sie sich in Berlin dafür ein, dass dieser Subventionswahnsinn aufhört. Wieso müssen Sie die Dinger subventionieren, wenn der Markthochlauf unmittelbar bevorsteht? Das sind die Forderungen.

Aber ich stelle halt fest: Trotz aller dirigistischen Maßnahmen, um die batterieelektrische Mobilität durchzusetzen, funktioniert es immer noch nicht. Wenn man dann nicht zu der Schlussfolgerung kommt, das Ganze ist ein Irrweg, dann

weiß ich auch nicht weiter, meine Damen und Herren. Das kann offensichtlich nicht der Weg sein.

Ich will nichts verbieten, ich brauche nichts zu verbieten. Hören wir einmal auf mit all diesen dirigistischen Maßnahmen, und dann schauen wir einmal, wer noch so ein Ding baut.

Deshalb liegt es doch wirklich in unserem Interesse. Sie haben gesagt, Herr Ministerpräsident: „In 20 Jahren wollen wir immer noch führend sein bei der Fahrzeugtechnologie.“ Glauben Sie, auf diesem Weg sind wir führend? Unsere Kompetenz liegt im Bereich des Verbrennungsmotors.

(Abg. Anton Baron AfD: So ist es!)

Den Verbrennungsmotor kann man mit synthetischen Kraftstoffen antreiben, und den Verbrennungsmotor kann man perspektivisch mit Wasserstoff bzw. mit der Brennstoffzelle antreiben. Wenn Sie die Arbeitsplätze erhalten wollen und wenn Sie auch in der Zukunft technologisch führend bleiben wollen, dann müssen Sie endlich erkennen, dass der Weg der batterieelektrischen Mobilität ein Irrweg ist, und Sie müssen zu einer wirklichen Technologieoffenheit die politischen Rahmenbedingungen öffnen, meine Damen und Herren. Das ist im Interesse unseres Standorts und im Interesse der Arbeitsplätze.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das Einzige, was Sie als Argument anführen, nämlich das Argument der Umweltfreundlichkeit, ist eben auch kein Argument, wie wir gesehen haben, weil diese batterieelektrische Mobilität auch nicht umweltfreundlicher ist als beispielsweise der moderne Diesel.

Sie erfüllen also keines dieser Ziele. Sie verordnen dem Land Baden-Württemberg eine Mobilitätswende, die Zigtausende Arbeitsplätze kostet, die der Umwelt nichts bringt und die die Menschen nicht kaufen wollen. Das ist Ihre Mobilitätspolitik, und das ist eine einzige Katastrophe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Herrn Fraktionsvorsitzenden Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will noch einmal auf den Punkt bringen, welchen Standpunkt meine Fraktion vertritt: Nicht die Batterie ist der Irrweg, sondern die FDP/DVP ist mit dem Schlechtreten einer Technologie auf dem Irrweg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Frau Lindlohr hat die Argumente von Herrn Rülke sehr gut zerlegt und ihnen den Boden entzogen.

(Lachen des Abg. Rüdiger Klos AfD – Abg. Klaus Dürr AfD: Was haben Sie gehört, Herr Schwarz?)

Ich will es noch einmal deutlich machen. Dass Porsche 6 Milliarden € hier investiert

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja, warum?)

(Andreas Schwarz)

und 2 000 zusätzliche Arbeitsplätze schafft, hängt doch nicht damit zusammen, dass die Grünen sich für Elektromobilität aussprechen

(Abg. Anton Baron AfD: Wie viele haben sie denn verkauft?)

oder dass ein Bundesverwaltungsgericht Fahrverbote verhängt, sondern das hängt damit zusammen, dass der Markt sagt: „Wir wollen Elektrofahrzeuge“, und Porsche als ein gut aufgestelltes Unternehmen ebendiesen Markt bedient, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Anton Baron AfD: Schauen Sie die Neuzulassungen an!)

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Reich-Gutjahr zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja.

Abg. Gabriele Reich-Gutjahr FDP/DVP: Vielen Dank für die Zwischenfragemöglichkeit. – Herr Schwarz, heute wurde ja schon mehrfach gesagt: Wir werden 2 000 neue Arbeitsplätze bei Porsche sehen. Das ist sicherlich richtig. Können Sie auch sagen, wie viele Arbeitsplätze in der Zulieferindustrie, die bisher den Verbrennungsmotor geliefert hat, wegfallen werden?

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! Die Bundesregierung hat ja eine Studie in Auftrag gegeben!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Kollegin, ich bin mir über diese Thematik und die Situation in der Zulieferindustrie sehr wohl im Klaren. Ich komme später in weiteren Teilen meiner Rede noch auf unseren Strategiedialog zu sprechen, in dem genau darüber gesprochen wird, welche Auswirkungen der Transformationsprozess auf die Zulieferindustrie hat.

Aber weil Sie ja immer den Markt so sehr ansprechen, lassen Sie mich noch eine aktuelle Zahl aus dem aktuellen Bericht des Kraftfahrt-Bundesamts zitieren. Das Kraftfahrt-Bundesamt hat die Fahrzeugzulassungen im Januar 2020 erhoben. Im Januar 2020 hatten wir bei den Neuzulassungen eine Steigerung um 60 % bei den Elektrofahrzeugen.

(Abg. Anton Baron AfD: Von was ausgehend?)

Das heißt, Frau Kollegin, der Markt geht genau in diese Richtung. Es werden tendenziell mehr Elektrofahrzeuge in Deutschland zugelassen, nicht weil wir das vorgeben, sondern weil der Markt entsprechend reagiert, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen)

Für mich ist klar: Baden-Württemberg ist ein Mobilitätsstandort, und hier ist Verkehrspolitik daher auch immer Wirtschaftspolitik. Baden-Württemberg soll dieser Mobilitätsstandort bleiben. Deswegen setzen wir auf Forschung und Entwicklung; wir setzen auf Technologieoffenheit, und wir denken Wirtschaft und Umwelt zusammen.

Ich bin froh – Herr Ministerpräsident, Sie haben ausgeführt, was die Landesregierung tut –; ich finde, der Strategiedialog

Automobilwirtschaft ist eine Erfolgsgeschichte. 450 Ladestationen in Baden-Württemberg, das ist ein wichtiger Beitrag, um die neue Mobilität hier im Land sichtbar zu machen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU)

Ich habe erst vor zwei Wochen gelesen, dass Herr Bundesminister Altmaier jetzt auch der Kanzlerin empfiehlt, einen solchen Strategiedialog in Berlin umzusetzen. Ich denke also, Herr Ministerpräsident, da haben wir sehr frühzeitig die richtigen Weichen gestellt, dies zusammen mit den Herstellern, mit den Zulieferern, mit Expertinnen und Experten und den Mitarbeitervertretungen, den Betriebsräten zu besprechen.

Denn die Herausforderungen sind klar: Neue Mobilität, das ist der Markt von morgen. Digitalisierung und neue Fahrgeohnheiten verändern die Geschäftsmodelle der Automobilhersteller, und zwar in schnellem Tempo. Wer den Strukturwandel nicht mitgestaltet, wird vom Wandel weggeschwemmt. Deswegen ist für meine Fraktion Weiterbildung so zentral.

(Beifall bei den Grünen)

Herr Kollege Rülke, die Liberalen – oder die vormals Liberalen – müssten doch eigentlich solche Begriffe lieben: „Der Markt ändert sich“, „Die Nachfrage ändert sich“ –

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wo ist denn die Nachfrage? Wo ist sie denn?)

möglicherweise auch disruptiv. Und wenn sich der Markt ändert, dann muss die Politik darauf reagieren.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, dann müssen die Unternehmen reagieren, nicht die Politik!)

Diese Änderung des Marktes birgt die Chance für neue Geschäftsmodelle.

Ich sage es ganz klar: Wir wollen diese Chance für Baden-Württemberg nutzen. Egal, was die FDP macht, wir in der Koalition werden diese Chance zum Wohle des Landes nutzen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Grath GRÜNE: Richtig!)

Denn wer die Interessen des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg im Blick hat, der kommt an einer schlichten Wahrheit nicht vorbei: Kurz- und mittelfristig geht es um den Umstieg auf batterieelektrische Fahrzeuge.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Aha!)

Ich spreche hier bewusst vom Pkw, von der individuellen Mobilität, insbesondere vom Individualverkehr in den Städten. Bei anderen Fahrzeugen, bei Omnibussen, bei Lastkraftwagen, bei Schiffen, Zügen und Flugzeugen sieht es anders aus. Hier sehe ich sehr gute Möglichkeiten, dass die Wasserstofftechnik, die Brennstoffzellentechnik und synthetische Kraftstoffe zum Einsatz kommen. Ich bin froh, dass wir in der Koalition für Forschung und Entwicklung in diesen Feldern noch einmal deutlich mehr Geld im Doppelhaushalt zur Verfügung stellen.

(Andreas Schwarz)

Ich sage es ganz offen: Wer die Interessen des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg im Blick hat, wer sieht, dass 60 % der Wegstrecke in den Städten mit dem Auto zurückgelegt werden, der muss dafür sorgen, dass das Elektroauto der Zukunft bei uns erforscht, entwickelt, gebaut, produziert und dann auch gefahren wird.

(Abg. Anton Baron AfD: Das passiert aber nicht!)

Wir brauchen einen sinnvollen Mix aller Maßnahmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Martin Grath GRÜNE: Ja! – Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Die Ökobilanz der Elektroautos ist gut.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Sie kann noch besser werden, Herr Kollege; das ist doch vollkommen klar. Wenn Sie mit uns übereinstimmen und sagen: „Wir machen die Batterie grüner, wir machen die Elektromobilität grüner“, dann lade ich Sie gern ein, mit uns diesen Weg zu gehen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Schwarz, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Baron zu?

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Nein. – Für die Elektromobilität, für die Batterietechnik spricht eben, dass die Verluste bei der Energieumwandlung gering sind. Das ist schlichte Mathematik, schlichte Physik. Deswegen sind momentan batterieelektrische Fahrzeuge die beste Lösung.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Deren Ökobilanz wird noch besser, nämlich dann, wenn wir im sogenannten Postlithiumzeitalter sind, wenn dort die Batterien marktreif sind. Und daran wird in Baden-Württemberg geforscht. Wir können das doch; Baden-Württemberg ist doch ein super Forschungsstandort! Gehen Sie mit uns diesen Weg, die Ökobilanz der Batterietechnik noch besser zu machen.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Ulli Hockenberger CDU)

Wenn ich Ihnen zuhöre – das war auch schon im Dezember der Fall, und heute ist es wieder so –, dann habe ich den Eindruck, die FDP möchte quasi staatliche Steuerung und Kontrolle, in welche Richtung geforscht wird.

(Zuruf von der AfD: Das kennen wir von den Grünen!)

Ist das die neue Haltung der FDP, dass Sie vorschreiben wollen, in welche Richtung geforscht wird, während in eine bestimmte andere Richtung nicht geforscht werden darf?

(Zurufe)

Da gibt es einen klaren Unterschied zu uns Grünen. Wir stehen hier für den Markt, für Innovation, für Technologieoffenheit. Das ist eine moderne Wirtschaftspolitik, die wir betreiben.

(Beifall bei den Grünen)

Bei der Batterieelektrik ist der Markt reif. Wir rollen Ladesäulen aus, wir setzen Anreize: alle 10 km ein Ladepunkt, alle 20 km eine Schnellladesäule.

(Zuruf von der AfD: Eine?)

Beim Wasserstoff, bei der Brennstoffzelle, bei synthetischen Kraftstoffen ist noch einiges an Forschung notwendig. Wir haben daher in diesem Doppelhaushalt in erheblichem Umfang Fördermittel für die Brennstoffzellentechnik, für Wasserstoff vorgesehen. Das Wirtschaftsministerium, das Wissenschaftsministerium, das Verkehrsministerium und das Umweltministerium haben, wenn man alles zusammenzählt, 100 Millionen € bereitgestellt, um in diesem Feld zu forschen. Da hat die Koalition ihre Hausaufgaben gemacht. Hier investieren wir kraftvoll, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Vielleicht muss man all diese Maßnahmen einmal darlegen. Ich weiß, dass der Verkehrsminister die Brennstoffzelle im Schienenverkehr einsetzt.

(Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Ich weiß, dass es HyFab Baden-Württemberg gibt, eine Wasserstofffabrik, in der genau zu diesem Thema geforscht wird.

Auch die „reFuels“ können wir in Baden-Württemberg voranbringen. Das wird zwar nicht überall passen, aber wenn der Rahmen stimmt, können auch „reFuels“ einen Beitrag leisten – im Flugverkehr, beim Güterverkehr, auch im Straßengüterverkehr. Dort können „reFuels“ eingesetzt werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Auch beim Auto!)

Deswegen bin ich froh, dass der Verkehrsminister gerade für die synthetischen Kraftstoffe ein Forschungsprojekt präsentiert hat.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir Grünen sind technologieoffen. Bei Ihnen, Herr Rülke, habe ich manchmal den Eindruck, Ihre vorgeschobenen Argumente seien im Grunde eine faule Ausrede, damit man sich momentan nicht bewegen muss.

Ich halte es aber gerade jetzt für notwendig, dass wir uns in Forschung und Entwicklung breit aufstellen. Denn eines haben die Lösungen für die Automobilität von morgen gemeinsam: Eine positive Ökobilanz gibt es nur, wenn der Strommix stimmt. Das gilt für die Batterietechnik genauso wie für Wasserstoff und „reFuels“. Wenn der Ausgangspunkt Kohlestrom ist, dann hilft das nicht gegen die Klimakrise.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Deswegen ist es logisch: Das Auto von morgen muss auf grünen Strom angewiesen sein. Deswegen setzen wir Grünen uns so stark für den massiven Ausbau erneuerbarer Energien ein.

(Zuruf des Abg. Rainer Hinderer SPD)

Das sollten Sie von der FDP auch tun. Wer Ja sagt zu Wasserstoff, wer Ja sagt zur Brennstoffzellentechnik, der muss auch

(Andreas Schwarz)

Ja sagen zu mehr Strom aus Sonnen- und Windenergie in Baden-Württemberg und darüber hinaus.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Martin Grath GRÜNE: Richtig!)

Sie müssen sich entscheiden: Wollen Sie an Lösungen von gestern festhalten? Wollen Sie Fakten von heute nicht sehen? Wollen Sie den Weg in die Zukunft verbauen? Oder gehen Sie mit uns diesen Weg? Sind Sie davon überzeugt, dass Wasserstoff einen Beitrag dazu leisten kann, den Mobilitätsstandort in die Zukunft zu bringen? Dann müssen Sie sich für Windkraft, für Fotovoltaik, für den Ausbau der Übertragungsnetze von Nord nach Süd aussprechen. Dann brauchen wir mehr erneuerbaren Strom im Netz.

Wir Grünen, wir in der Koalition handeln tatkräftig und entschlossen. Das dient dem Wohl der Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg. Da sind wir gut aufgestellt.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Abg. Martin Grath GRÜNE: Bravo! Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Reinhart das Wort.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Kommt jetzt etwas über den freien Markt?)

Abg. Dr. Wolfgang Reinhart CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Titel der von der FDP/DVP beantragten Debatte lautet: „Die batterieelektrische Mobilität ist ein Irrweg“.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ja! – Zuruf von der FDP/DVP: Genau!)

Da sagen wir: Das ist eine falsche und zu enge Betrachtung. Wir stehen für Technologieoffenheit. Hätten Sie wenigstens eine Frage gestellt, statt eine Aussage zu treffen! So kann man das nicht titulieren.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Wir sind nicht insolvent!)

Insoweit muss man aufpassen, dass man keinen Irrweg einschlägt. Denn Baden-Württemberg ist Autoland. Darauf sind wir stolz, und das soll auch so bleiben.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wir wollen auch in Zukunft Autos bauen, Autos verkaufen und natürlich Auto fahren. Dieser technologische und ökonomische Wandel in der Automobilwirtschaft gehört unstrittig zu den großen Aufgaben in unserem Land. Das ist die Herausforderung. Wir haben Umbrüche. Im Grunde genommen ist das ein Wandel, der seit 100 Jahren die größte Herausforderung für diesen Automobilstandort darstellt.

Wir müssen sehen: Die Produkte aus Baden-Württemberg – von Daimler, Porsche, Audi – waren immer die Innovations-treiber Nummer 1 in der Automobilwirtschaft. Wir wollen deshalb, dass wir auch in Zukunft in diesem Land Spitze bleiben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Von den 4,6 Millionen Beschäftigten in Baden-Württemberg sind rund 470 000 vom Automobil abhängig. Gerade Baden-Württemberg ist von der Herausforderung besonders betroffen.

Die „Rhein-Neckar-Zeitung“ ging am 9. Januar 2020 auf den FDP-Parteitag und die Werbekampagne ein. Die Überschrift lautete:

Werbekampagne geht selbst Parteifreunden zu weit

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Stimmt!)

Das, was in der Broschüre gefordert wird, sei den Parteifreunden zu dick aufgetragen, steht da.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Waren Sie bei der Abstimmung dabei?)

– Ich sehe nur diese Berichterstattung über den Landesparteitag in Fellbach.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Sie sehen nur, was in der Zeitung steht!)

Zitat:

„Viel Ideologie, viel Polemik“, schimpfte eine Delegierte über die Broschüre. „Das ist das glatte Gegenteil von Technologieoffenheit“, ein anderer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Da kann ich nur sagen: Herr Kollege Rülke, wir sind für Technologieoffenheit.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nein, Sie sind insolvent! Das haben Sie doch selbst gesagt!)

– Das ist zu eng, Herr Kollege Rülke.

(Lachen des Abg. Sascha Binder SPD)

Als Lehrer müssten Sie wissen, wo man ein Fragezeichen setzen muss und kein Ausrufezeichen setzen darf.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: An der Insolvenz war kein Fragezeichen!)

Deshalb will ich in der Sache sagen: Für uns ist klar, dass neue Zeiten anbrechen. Diesen müssen wir uns stellen. Baden-Württemberg ist Innovationsland und damit auch – noch – weltweit führender Automobilstandort. Wir wollen und dürfen deshalb nicht zusehen, dass andere weltweit diese Märkte aufrollen. Von 111 Regionen in Europa ist Baden-Württemberg noch immer die Innovationsregion Nummer 1. Wir müssen alles dafür tun, dass das auch in Zukunft so bleibt. Darum muss es gehen.

Wir wollen deshalb in Baden-Württemberg den Wandel in der Automobilindustrie von der Spitze her führen. Wir müssen der Welt weiterhin beweisen, dass man mit Know-how aus Baden-Württemberg auch in Zukunft am besten fährt.

Deshalb haben wir im Doppelhaushalt 2020/2021, der ein Gesamtvolumen von über 104 Milliarden € umfasst, enorm viel – dreistellige Millionensummen – für diesen Transformations-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

prozess, den der Kollege Schwarz zu Recht angesprochen hat, etatisiert.

Ich will hinzufügen: Natürlich brauchen wir einen Mix. Das hat der Ministerpräsident zu Recht angesprochen. Wir haben beispielsweise eine Initiative am Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Lampoldshausen, bei der es um die Frage geht, wie man aus regenerativen Energien – selbst aus Windenergie – synthetische Kraftstoffe gewinnt, damit auch der Antrieb der Zukunft in Baden-Württemberg produziert werden kann. Darum muss es gehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau! Richtig!)

Für uns ist klar: Mobilität ist ein wesentliches Bedürfnis der Menschen. Natürlich geht es da auch um Exportmärkte.

Herr Kollege Stoch, wir alle sollten und müssen uns verantwortungsvoll dieser Herausforderung stellen, und zwar ohne Ideologie.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So ist es!)

Physik kann durch Ideologie nicht geschlagen werden.

(Abg. Andreas Stoch SPD: So sieht es aus!)

Das Zweite – das haben Sie zu Recht angesprochen –: Natürlich entscheiden auch die Kunden und damit die Märkte sowie die Bedürfnisse der Menschen. Darauf müssen wir uns einstellen. Deshalb gehört bei uns alles dazu.

Natürlich haben wir eine exzellente Technologie. Das hat der Bosch-Chef in Bezug auf den Euro-6d-Diesel – ein Verbrenner! – gesagt. Wir haben aber jetzt auch die Möglichkeiten von Wasserstoff, von Brennstoffzellen, von synthetischen Kraftstoffen, von „reFuels“.

Wir waren im KIT in Karlsruhe, als wir unsere Fraktionsklausur in Ettlingen durchgeführt haben. Dort sind exzellente Forscher. Das, was dort gemacht wird, sind Leuchttürme der Forschung in ganz Europa.

Wir müssen ja erst einmal beschreiben, was wir unter Elektroautos verstehen.

(Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Ja!)

Zum einen sind das Systeme, die den Strom aus einer Ladestation beziehen, und zum anderen Systeme, die den Strom im Fahrzeug aus Wasserstoff gewinnen. Aber beides sind Formen der Elektromobilität. Dennoch sagen wir: All das, was wir brauchen, ist wichtig.

Wir haben gerade die Zahlen hinterfragt. Im letzten Jahr betrug der Bestand an Elektromobilen 63 000 – von 60 Millionen Fahrzeugen. Wir hatten im Jahr 2019 bei den Neuzulassungen einen Anteil der elektromobilen Fahrzeuge von 1,7 %.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Gewaltiger
„Markthochlauf“!)

Deswegen will ich auch das KIT zitieren. Die Professoren haben uns dort eine Prognose gegeben – es kann ja jeder einmal dagegenhalten – und haben gesagt: „Der Anteil der Verbren-

nungsmotoren in Deutschland und in der Welt wird auch im Jahr 2040 noch deutlich über 50 % liegen.“

(Abg. Nicole Razavi CDU: So ist es! – Zuruf des
Abg. Winfried Mack CDU)

Weil ich diese Professoren ernst nehme, sage ich noch einmal: Wir wissen nicht – das ist hier zu Recht gesagt worden –, wie die Zukunft in zehn und in 20 Jahren aussieht. Aber wir müssen die Rahmenbedingungen ernst nehmen. Die sind unterschiedlich. So wird z. B. in Frankreich, in Norwegen und in Großbritannien ab 2025 der Verbrenner per Gesetz zum Teil verboten. Das muss eine Industrie ja auch beachten.

Jawohl, Herr Kollege Rülke, das sind politische Rahmenbedingungen. Wir bedauern auch vieles, was in Europa aus Ideologie zu intensiv vorgegeben wird – das will ich für meine Fraktion deutlich sagen –,

(Abg. Sascha Binder SPD: Dann sagen Sie das der
Kommissionspräsidentin!)

aber das Leben beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Das wurde hier zu Recht zitiert.

Darauf müssen wir uns einstellen. Insoweit: Die Bedürfnisse werden weltweit wachsen, und unsere Aufgabe ist es, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sowohl der Kunde als auch die Industrie dem Alltag der Menschen standhalten können. Das Auto wird dabei immer – auch in Zukunft – eine zentrale Rolle spielen. Ich meine, das ist aus unserer Sicht, aus der Sicht des Industrielandes Baden-Württemberg auch gut so.

Die Politik hat dabei die Aufgabe, auch die Mobilitätsbedürfnisse der Menschen zu erfüllen, sie nicht zu beschränken, sie nicht zu reglementieren, das Auto nicht gar zu verbieten, nein, sondern auf Zukunft, auf Forschung und Entwicklung, auf Innovationen zu setzen, den Wandel zukunftsfähig zu bewältigen. Darum muss es gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der Grünen und
der SPD)

Wir haben hier im Land doch die großen Namen wie Daimler, Bosch und Porsche, aber wir haben auch tausend Zulieferer. Der Mittelstand ist der Joker im Standortpoker.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

Insoweit sollten wir auch all das im Auge haben, wenn wir über den Automobilstandort sprechen. Sie alle müssen wir mitnehmen auf dem Weg in die automobilen Zukunft. Es geht dabei um nicht weniger als um die industrielle Zukunft unseres gesamten Landes. Dabei ist für uns klar: Die Zukunft des Automobils ist technologieoffen. Es geht um die richtige Technologie für den richtigen Einsatzzweck.

Einen batterieelektrischen Lkw auf der Langstrecke können wir uns aktuell noch nicht vorstellen. Das sagen alle Forscher. Aber wir setzen eben nicht einseitig auf einen einzigen – batterieelektrischen – Antrieb, sondern wir sehen, dass die Batterie ihren Platz hat – deswegen fördern wir diese Technologie auch – und insoweit kein Irrweg ist. Aber wir dürfen nicht über das Ziel hinausschießen. Da gibt es überhaupt keinen Dissens.

(Dr. Wolfgang Reinhart)

Die batterieelektrische Mobilität allein ist nicht das Allheilmittel. In der Zukunft wird auch nicht nur batterieelektrisch gefahren werden. Wenn wir technologieoffen sind, müssen wir schauen, dass wir den innovativen Vorsprung, den wir jetzt noch haben, halten. Natürlich geht es dabei auch um Arbeitsplätze, es geht um Technologie, aber vor allem auch um Technologieführerschaft. Darum muss es im Wettbewerb der weltweiten Auseinandersetzung gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Wir haben bei einer der letzten Debatten mehrfach das Zitat aus einem Interview mit Bosch-Chef Denner gehört:

Was wir können, ist Strukturwandel. Was wir nicht können, ist Strukturbruch.

Wir sollten auf ihn hören. Denn bei Anhörungen sagen uns doch alle Experten, dass der Verbrenner noch lange gebraucht wird. Ebendeshalb wird auch im Jahr 2040 über die Hälfte der Fahrzeuge mit einem Verbrennungsmotor unterwegs sein.

(Abg. Anton Baron AfD: Ihre Fraktion hat auch dagegen gestimmt!)

Ein starres, ein pauschales Verbotsdatum

(Abg. Anton Baron AfD: 2040!)

für den Verbrenner ist weder ökonomisch noch ökologisch noch technologisch noch industriepolitisch gewollt oder sinnvoll.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Anton Baron AfD: Herr Reinhart, schauen Sie mal, was Ihre Fraktion in der EU macht!)

– Wissen Sie, mit Ihren Redebeiträgen werfen Sie nur den Blick zurück. Deswegen ist es auch gut, dass Sie Kaiser Wilhelm zitiert haben. Wir müssen nach vorn blicken, nicht nach hinten.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Richtig! – Abg. Udo Stein AfD: So ein Blödsinn! – Abg. Anton Baron AfD: Sie haben doch gerade noch erwähnt, Sie wollen keine Verbote! Aber was tut Ihre Fraktion in der EU denn?)

– Ja, ja.

(Zurufe von der AfD, u. a. Abg. Klaus Dürr: Ja, ja!)

Die weltweite Herausforderung müssen wir mit Forschung und Entwicklung bewältigen. Das ist die Aufgabe.

Wer hat kürzlich die erste integrierte Anlage zur Herstellung von synthetischem Kraftstoff aus Luft und Strom aufgenommen? Sie wissen es nicht. Ich sage es Ihnen, ich gebe Ihnen die Antwort: das KIT in Karlsruhe.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist schön! – Abg. Nicole Razavi CDU zur AfD: Da sollten Sie mal hin!)

Die sind in der Forschung so weit. Damit muss man sich befassen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Anton Baron AfD: 75 bis 80 % Energieverlust bei der Herstellung von Wasserstoff und synthetischer Kraftstoffe!)

Ich kann Ihnen sagen: Die Forscher dort gehen davon aus, dass bereits bis 2030 eine CO₂-Substitution von über 20 % durch „reFuels“ realistisch ist. Langfristig, sagen sie, könnten es über 90 % werden. Da sollten wir einfach entlang der Entwicklung der Forschung klug dabei sein.

Ich denke, das ist auch die Politik, die wir mit dem Haushalt dargelegt haben. Das ist aber auch die Politik, die der Ministerpräsident hier für die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen dargestellt hat. Ich will hinzufügen: Den Strategiedialog Automobilwirtschaft haben wir bereits im Jahr 2008 in der Villa Reitzenstein begonnen – damals noch unter Ministerpräsident Oettinger.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Ergebnisse haben Sie nicht!)

Auch da war uns wichtig, dass dieser Standort wettbewerbsfähig bleibt. Auch das ist die Aufgabe für die Zukunft, wenn wir in diesem Land verantwortungsvolle Politik machen wollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Neben den „reFuels“ sind natürlich die erwähnten synthetischen Kraftstoffe mit enormen Chancen verbunden, um damit auch unsere bestehende Technologieführerschaft beim Verbrenner zu erhalten, aber auch, um sie in die Zukunft mitzunehmen. Regenerativ-synthetisierte Kraftstoffe sind übrigens auch ein wichtiger Schlüssel, um die Paris-Ziele im Sektor Mobilität zu erreichen. Auch das ist Politik, die weltweit unterschrieben worden ist.

(Abg. Anton Baron AfD: Deutschland geht ja wieder einen eigenen Weg!)

Insoweit: Wir könnten den CO₂-Ausstoß vielleicht sogar in der bestehenden Flotte senken. Das ist im Moment das Thema – auch für uns strategisch hochinteressant und vielversprechend.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Es gibt offene Fragen. Gerade bei batterieelektrischen Fahrzeugen werden die künftigen CO₂-Grenzwerte pauschal mit null angesetzt. Das sorgt auch für Verzerrungen.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau! Das ist das Problem! – Abg. Bernd Gögel AfD: Aha! – Weitere Zurufe, u. a. des Abg. Klaus Dürr AfD)

Tatsächlich setzt ein aktuelles SUV auf der Fahrt von Berlin nach München im deutschen Strommix gut 100 kg CO₂ frei. Das blenden die EU-Grenzwerte manchmal aus. Fachleute nennen die EU-Gesetzgebung deshalb unphysikalisch. Deshalb will ich schon noch einmal sagen: Wir setzen nicht auf Ideologie, sondern auf Physik.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Physik kann man nicht befehlen. Das ist im Grunde genommen der Kern. Dazu kommen natürlich auch das Rohstoffpro-

(Dr. Wolfgang Reinhart)

blem bei der Batterieherstellung – das wurde zu Recht angesprochen –, aber auch die Reichweitenangst oder der Batterieverschleiß oder auch die Entsorgungsfragen, die noch nicht plausibel gelöst sind.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

All dies müssen wir mitdenken. Das heißt, die Zukunft des Autos verlangt Kreativität statt Ideologie.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Baden-Württemberg ist Autoland, und wir wollen, dass das auch in Zukunft so ist. Darum muss es uns gehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

– Das ist nicht angesprochen worden. – Wir hätten uns übrigens auch gewünscht, dass die IAA nach Stuttgart kommt.

(Zurufe, u. a. Abg. Anton Baron AfD: Mit so einem Verkehrsminister!)

Wir hätten auch begrüßt, dass Tesla hier investiert. Vielleicht sollten wir deshalb – darum geht es mir – in Zukunft das Auto nicht so sehr als Problem diskutieren, sondern als Chance sehen, auch für die Zukunft an diesem Standort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU – Abg. Winfried Mack CDU:
Sehr gut! – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Ich habe vorhin gesagt: Unsere Automobilindustrie war immer der Innovationstreiber. Deshalb ist sie die Chance unserer Zeit. Wir wollen Mobilität ermöglichen, Technologien voranbringen, Wertschöpfung im Land erhalten. Das heißt: in Zukunft smarte Fahrzeuge, weniger Staus, saubere Luft, mehr Komfort, mehr Freiheit. Deshalb will ich hier dazusagen: Unser Menschenbild ist das der Freiheit und nicht das der Verbote. Auch das will ich in diesem Zusammenhang unterstreichen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf: Bravo!)

Insoweit, glaube ich, ist es auch wichtig, dass wir nicht mit Arbeitslosenzahlen Angst schüren, sondern ehrlich die Herausforderung angehen. Das muss die Verantwortung von uns allen, die wir davon betroffen sind, sein.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Ja, was macht ihr gerade?
Angst schüren, sonst nichts!)

In diesem Zusammenhang hat Kollege Mack auf vieles hingewiesen. Er hat gesagt: „Wir lösen kein CO₂-Problem, wenn wir die Autoindustrie kaputt machen.“ Das ist der Kern, der das Ganze trifft.

(Zuruf des Abg. Klaus Dürr AfD)

Insoweit, glaube ich, sollten wir schon festhalten: Diese Regierungsfractionen und diese Landesregierung haben viel investiert; es wurde auch vom Ministerpräsidenten angesprochen. Ich verweise auf den Forschungsverbund für die Lithi-

umbatterien, auf den Cluster Brennstoffzellentechnologie. Es gibt in diesem Land jetzt eine Wasserstoffvorzeigeregion mit Land und Bund, wir haben Ulm als exzellenten Forschungsstandort – die 80 Millionen € wurden angesprochen –, und ich habe das KIT in Karlsruhe erwähnt. Es gibt Fortschritte in allen Bereichen: bei der Batterie, beim Wasserstoff und darüber hinaus natürlich auch beim Strategiedialog. Es sind zweistellige Millionensummen im Haushalt etatisiert worden, damit er konstruktiv und zukunftsgerichtet weitergeführt werden kann.

Natürlich ist die Analyse auch zutreffend. Die Probleme, die wir derzeit haben, gehen auf mehrere Ursachen zurück. Zum einen haben wir im Moment eine Konjunkturkrise, aber es gibt bei Maschinenbau und Fahrzeugbau auch strukturell große Herausforderungen.

(Abg. Anton Baron AfD: Das hat etwas mit der Neuzulassung von Dieselfahrzeugen zu tun!)

Darüber hinaus haben wir die Zolldiskussion – Stichwort Trump, um nur eines zu nennen. Wir haben die Situation mit China. Ich kann nur Dr. B. zitieren, der uns gesagt hat: Wir müssen in Zukunft aufpassen, dass wir in der Technologie nicht der Greenkeeper der Chinesen werden – das ist die große Frage –,

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Ja!)

dass wir nicht zwischen „America first“ und chinesischer Seidenstraße zerrieben werden, zurückfallen.

(Abg. Anton Baron AfD: Ja! Bei dieser Klimapolitik!
Ja, ja!)

Vielmehr wird das Ziel schon sein – bei demnächst acht Milliarden Menschen auf diesem Planeten –,

(Abg. Anton Baron AfD: Eine Million in Klimapolitik!
Da wünsche ich gute Nacht!)

dass wir als Deutsche, die wir noch 1 % der Weltbevölkerung ausmachen, im großen Orchester nicht nur einer von hundert Orchesterspielern sind, der hinten die Triangel spielt, sondern dass wir weiterhin vorn stehen und mit die erste Geige spielen. Das ist die große Thematik, vor der wir stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Winfried Mack CDU: Bravo!)

Deshalb, meine Damen und Herren, geht es uns darum – da gibt es keinen Dissens –, dass wir die Arbeit, die Wertschöpfung hier halten wollen.

Lothar Späth hat schon früher gesagt: Unser Land muss spitze bleiben. Darum geht es.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Winfried Mack CDU: Sehr gut!)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet und Punkt 1 unserer Tagesordnung erledigt.

(Präsidentin Muhterem Aras)

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Besonnen und entschlossen handeln – Baden-Württemberg ist für mögliche Coronavirus-Infektionen gut gewappnet – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte eine Gesamtredezeit von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die Aussprache steht eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion zur Verfügung. Auch hier darf ich die Mitglieder der Landesregierung bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort Frau Abg. Krebs.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Viele Bürgerinnen und Bürger im Land sind durch die schnelle Verbreitung des Coronavirus verunsichert. Es bestehen Verunsicherungen darüber, ob das Virus auch für die Menschen in Baden-Württemberg eine gesundheitliche Bedrohung darstellt und, wenn ja, wie sie sich davor schützen können.

Diese Verunsicherungen sind durchaus verständlich und auch nachvollziehbar. Deshalb ist es mir wichtig, die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen dieser Aktuellen Debatte aufzugreifen.

Vorab kann ich Ihnen aber schon einmal versichern, dass wir in Baden-Württemberg vor den möglichen Gefahren des Coronavirus gut gewappnet sind; denn das bisherige Krisenmanagement zeichnet sich durch Besonnenheit und Entschlossenheit aus.

(Beifall bei den Grünen)

An dieser Stelle schon einmal vielen Dank an Minister Lucha und auch an die vielen anderen Akteurinnen und Akteure, die dieses Thema schnell aufgegriffen und umfassende Infektionsschutzmaßnahmen in Baden-Württemberg in die Wege geleitet haben.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Konrad Epple CDU)

Wenn es um neuartige Krankheitserreger geht, scheint eine sachliche Diskussion kaum möglich zu sein. Auch bei dem hier vorliegenden Fall, also dem Coronavirus, gibt es die verrücktesten Verschwörungstheorien über die Entstehung des Virus oder Untergangsszenarien mit apokalyptischem Ausmaß.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Trump ist schuld! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Woher wissen Sie das?)

Die Weltgesundheitsorganisation zeigt sich extrem besorgt über eine solch massive „Infodemie“. Das heißt, die gegenwärtige Diskussion zum Coronavirus ist durch eine massive Flut an Desinformationen

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Woher wissen Sie, dass das Fehlinformationen sind? Vielleicht sind es Informationen!)

wirklich ausgesetzt. Dies erschwert es den Menschen, zwischen Fakten und Mythen zu unterscheiden, und es schürt häufig unnötige Ängste.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, bei aller Brisanz und Betroffenheit sollten wir uns das Geschehen sachlich anschauen und dann entscheiden.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Das neuartige Coronavirus ist ein aggressives und ernst zu nehmendes Virus – keine Frage. Es kann zu schwerwiegenden Infektionen der Atemwege, es kann zu Lungenentzündungen führen. Gerade in China zeigen sich die Auswirkungen. Es gibt dort ansteigende Zahlen von Infizierten und auch tödlich verlaufende Krankheitsgeschehnisse. Hieran gibt es überhaupt nichts zu beschönigen, und jeder Todesfall ist tragisch.

Wir befinden uns im Moment an einem Punkt, an dem wir nicht mit hundertprozentiger Sicherheit voraussagen können, wie sich der Verlauf bei diesem Virus entwickeln wird.

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Das können Sie nie!)

Man erkennt aber auch schnell – sei es auf globaler oder auf nationaler Ebene –, dass die Behörden, die Wissenschaft und die Politik aus früheren Epidemien oder gar Pandemien, wenn sie wie z. B. das SARS-Virus 2003 weltweit auftraten, viel dazugelernt haben. Der wissenschaftliche Austausch innerhalb der internationalen Forscher-Community läuft sehr gut und transparent ab.

Amerikanische, chinesische und auch deutsche Wissenschaftler bündeln ihre Kapazitäten und ihr Wissen und suchen gemeinsam nach Lösungen. Diese Transparenz ermöglichte es der Charité, innerhalb kurzer Zeit einen Infektionstest zu entwickeln, der mittlerweile den Universitätsklinika in Deutschland zur Verfügung steht. Auch die Weltgesundheitsorganisation, die WHO, nimmt bei dieser Koordinierung des Infektionsschutzes eine tragende Rolle ein.

Meiner Meinung nach ist die Einschätzung des Coronavirus als gesundheitliche Notlage mit internationaler Tragweite eine wichtige und richtige Entscheidung gewesen. Dies ermöglicht nämlich einen länderübergreifenden Ansatz bei der Krisenbewältigung.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nicht nur global funktioniert der Krisenschutz, auch auf nationaler Ebene sind wir wirklich gut aufgestellt. Schauen wir uns mal die Zahlen an: Bisher sind in Deutschland zwölf Personen als infiziert gemeldet – zwölf! Allen geht es gesundheitlich gut. In Baden-Württemberg sind uns keine Bürgerinnen und Bürger bekannt, die mit dem Virus infiziert sind.

Das Robert Koch-Institut hält einzelne Übertragungen oder den Import von weiteren Fällen nach Deutschland zwar weiterhin für möglich. Generell verläuft die Infektion in Europa aber wirklich sehr mild. Auch schätzt das Robert Koch-Institut die Gefahr für die Bevölkerung in Deutschland durch diese neue Atemwegserkrankung als sehr gering ein.

(Petra Krebs)

Wir sind weit davon entfernt, eine Epidemie in Baden-Württemberg zu bekommen. Der Gesundheitsstandort, die Gesundheitswirtschaft und die Gesundheitsforschung hier in Baden-Württemberg machen einen top Job.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

So gibt es zahlreiche vielversprechende Fortschritte bei der Forschung zum Impfschutz. Hier nehmen baden-württembergische Unternehmen international eine führende Rolle bei der Suche nach einem Impfstoff gegen das Coronavirus ein. Auch Forschungsinstitutionen wie das Deutsche Zentrum für Infektionsforschung, welche u. a. in Tübingen und Heidelberg sitzen, beteiligen sich an der Forschung zum Coronavirus.

Die hiesigen Gesundheitsbehörden sind beim Auftreten von Infektionskrankheiten gut eingespielt und gut ausgestattet. Wir haben ein umfassendes Infektionsschutzgesetz und detaillierte Pandemiepläne, die in Notfällen zum Greifen kommen. In Stuttgart gibt es ein Behandlungszentrum im Robert-Bosch-Krankenhaus und ein Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz am Landesgesundheitsamt, welche sich ausschließlich mit dem Umgang mit hoch pathogenen Keimen befassen. Die Universitätsklinik, das Landesgesundheitsamt und die Gesundheitsämter in Baden-Württemberg sind in der Lage, schnell Ergebnisse zu liefern, mögliche Infektionsketten auszumachen und diese auch zu unterbrechen.

Meine Damen und Herren, in diesen Zeiten zeigt sich, wie wichtig ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst – also der ÖGD – ist, um den kollektiven Schutz der Gesundheit der Bevölkerung gewährleisten zu können. Die grün geführte Landesregierung steht für einen öffentlichen Gesundheitsdienst ein. Ich bin wirklich froh, dass es uns gelungen ist, im Doppelhaushalt 2020/2021 die finanziellen Mittel für den Infektionsschutz ordentlich zu erhöhen.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, der Entwicklungsverlauf eines Virus lässt sich nicht voraussagen, aber mit vorausschauendem und entschlossenem Handeln kann man mögliche Risiken stark minimieren. Die Bürgerinnen und Bürger von Baden-Württemberg können sich auf ein starkes Gesundheitssystem verlassen. Gute Versorgungs- und Behandlungsmöglichkeiten sind vorhanden.

(Zuruf des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Zum Schluss möchte ich noch Folgendes sagen: Angesichts der Tatsache, dass aus China abstammende Menschen oder Menschen, welche nur asiatisch ausschauen, in der Debatte um das Coronavirus schon heute stigmatisiert werden,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Von wem denn?)

zeigt sich mal wieder: Die schlimmsten Viren sind hierzulande das Virus der Ausgrenzung,

(Beifall der Abg. Martina Braun GRÜNE – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

das Virus des Rassismus und das Virus der Angstmacherei. Diesen müssen und werden wir uns mit aller Kraft entgegenstellen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

In diesem Sinn: Bleiben Sie gesund!

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt spricht für die CDU Frau Kollegin Neumann-Martin.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Nehmen Sie erst mal Ihre Getränkedose vom Tisch! Wir sind hier nicht in der Kneipe! – Gegenruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich habe keinen Raum! Wenn ich in Ihren Raum gehen darf, dann mache ich das! – Weitere Zurufe)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, es ist jetzt gut. – Frau Abg. Neumann-Martin, Sie haben das Wort.

Abg. Christine Neumann-Martin CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Weltgesundheitsorganisation schreibt in ihrem Situationsbericht von Montag dieser Woche, dass der Ausbruch des neuartigen Coronavirus sowie die Reaktionen und Ereignisse seitdem mit einer massiven „Infodemie“ einhergehen, einer Überfülle an Informationen, die es den Menschen schwer macht, vertrauenswürdige Quellen und verlässliche Orientierungshilfen zu finden, wenn sie diese benötigen.

Diese Feststellung der Weltgesundheitsorganisation kann ich nur bestätigen. Wir spüren in diesen Tagen nicht nur selbst eine Verunsicherung, sondern erleben auch, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht wissen, was sie glauben können, welchen Informationen sie vertrauen können und welche Schutzmaßnahmen sie treffen können oder sogar müssen, wie ernst die Lage in der Welt, aber natürlich auch ganz konkret bei uns ist. Die Besorgnis der Menschen ist nachvollziehbar, zumal die Weltgesundheitsorganisation selbst den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen und damit auch den Ernst der weltweiten Lage verdeutlicht hat.

Für die konkrete Einschätzung ist es aber wichtig zu wissen, was das überhaupt bedeutet. Ziel des internationalen Gesundheitsnotstands ist es in erster Linie, die Verbreitung eines Erregers über Landesgrenzen hinweg einzudämmen. Um dies zu erreichen, empfiehlt die WHO mit dem Ausruf des Notstands verschiedene Maßnahmen, sodass ein gewisses standardisiertes Programm ablaufen kann. Von den mehr als hundert WHO-Mitgliedsstaaten wird zwar erwartet, dass sie diesen Empfehlungen folgen, sie sind aber nicht dazu verpflichtet. Ein weiteres Ziel ist es, die Maßnahmen der einzelnen Länder aufeinander abzustimmen, damit diese koordiniert ablaufen können.

Besorgt ist die WHO insbesondere darüber, dass sich der Erreger in Ländern mit schlechten Gesundheitssystemen ausbreiten könnte und dort wichtige Maßnahmen nicht durchgeführt werden können, weil das Gesundheitssystem einfach nicht darauf vorbereitet ist. Diese Länder sollten unterstützt werden, um die weltweite Ausbreitung in den Griff zu bekommen.

Neben den gesundheitlichen Risiken hat dieses Virus inzwischen auch massive wirtschaftliche Auswirkungen. Das öf-

(Christine Neumann-Martin)

fentliche Leben sollte nach dem traditionellen Neujahrsfest Ende Januar in China wieder voll in Gang kommen. Stattdessen stehen aber Teile in China still. Viele Unternehmen haben vorsorglich geschlossen. Die Börse in China schwankt.

Wir in Baden-Württemberg haben enge wirtschaftliche Verbindungen in den asiatischen Raum. China ist nach den USA der zweitgrößte Markt für die Exporte aus Baden-Württemberg. Deshalb können sich diese Ereignisse auch ganz direkt auf die Wirtschaft in unserem Land auswirken. Es gibt bereits Automobilwerke außerhalb von China, die aufgrund von fehlenden Teilen aus China ihre Produktion zum Teil schon eingeschränkt haben.

Gerade erfahren wir aber auch nachdrücklich, dass durch die Globalisierung nicht nur Menschen und Waren in unglaublich kurzer Zeit rund um den Globus reisen können, sondern eben auch Krankheiten und Erreger und vor allem auch Informationen und Nachrichten – damit einhergehend aber auch Gerüchte und Verschwörungstheorien.

Auf den Homepages verschiedener Institutionen kann jeder von uns die aktuelle Entwicklung mitverfolgen: den Stand der von der Infektion Betroffenen, die Zahl der Toten, das Verbreitungsgebiet des Erregers. Aber kann ich, können Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, diese Daten auch wirklich auswerten, einschätzen und womöglich mit den Daten zu anderen Epidemien und Pandemien vergleichen? Ich meine, das ist gar nicht so einfach. Mir geht es nicht darum, irgendetwas zu verharmlosen. Jeder Tote ist einer zu viel. Aber wir sollten angesichts der Flut von Informationen, die der Öffentlichkeit gerade in diesem Fall zur Verfügung stehen, sehr sorgfältig damit umgehen.

Auch beim Gesundheitsamt Karlsruhe, das für die Stadt Karlsruhe und den Landkreis Karlsruhe und damit auch für meinen Wahlkreis zuständig ist, fragen in den letzten Tagen und Wochen vermehrt besorgte Bürger, aber auch Institutionen wie Schulen und Kindergärten sowie Ärzte nach, wie die Lage konkret in unserer Region aussieht, welche Vorsichtsmaßnahmen zu treffen sind. Dabei ist die Verunsicherung mit Händen zu greifen. Diese wird auch dadurch verstärkt, dass niemand voraussagen kann, wie sich die Lage in den kommenden Wochen oder gar Monaten entwickelt.

Viele Eigenschaften des Virus sind noch nicht genau einzuschätzen, beispielsweise wie ansteckungsfähig es ist, wie häufig die Krankheit tatsächlich schwer verläuft und was die genaue Quelle des Ausbruchs in China war. Dieser Verunsicherung können wir nur mit großer Offenheit und großer Transparenz entgegenwirken.

(Zuruf: Sehr gut!)

Diese verständliche Verunsicherung sollte uns aber nicht dazu verleiten, Menschen unter Generalverdacht zu stellen und diese aus unserer Gesellschaft auszugrenzen. Ich habe in den letzten Tagen immer wieder gehört, dass Menschen aus Asien Anfeindungen ausgesetzt waren. Dies ist für mich absolut inakzeptabel.

(Beifall bei der CDU und den Grünen sowie Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist jetzt albern! Das ist albern, so etwas!)

Die Zahl der Menschen in Deutschland, die nachgewiesen infiziert sind, beträgt derzeit zwölf. Bisher wurde aber noch kein Fall in Baden-Württemberg bestätigt. Das heißt, wir sollten wachsam sein und sollten insbesondere die internationale Lage beobachten und immer wieder neu bewerten. Insbesondere der Vergleich mit der Influenza, die sich aktuell ebenfalls ausbreitet, gibt keinen Anlass, die Gefahr für die Gesundheit durch dieses neue Virus völlig überzubewerten.

Die Gesundheitsämter in Baden-Württemberg sind vorbereitet. Das internationale Geschehen wird genau beobachtet und aktuell bewertet. Sobald ein Fall in Baden-Württemberg bestätigt werden sollte, unterstützt das Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz am Landesgesundheitsamt die Gesundheitsämter vor Ort und koordiniert diese im ganzen Land. Die Krankenhäuser haben ihre Notfallpläne und können innerhalb kurzer Zeit Schutzmaßnahmen ergreifen. Wir alle hoffen jedoch, dass es nicht so weit kommt. Ich bin aber davon überzeugt: Sollte der Fall eintreten, werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Krankenhäusern und den Gesundheitsämtern für diese Menschen alles in ihrer Macht Stehende tun.

Bei der Bewältigung dieser Krise, aber vor allem auch im Nachgang wird es unsere Aufgabe seitens der Politik sein, genau hinzuschauen, wo wir die Rahmenbedingungen in diesem für uns alle so wichtigen Sektor verbessern müssen,

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

wo wir die Krankenhäuser und die Gesundheitsämter mehr unterstützen müssen, damit sie ihre Aufgabe für die Bürgerinnen und Bürger in Baden-Württemberg optimal erfüllen können. Dies ist wichtig, damit wir auch zukünftig für medizinische Krisensituationen gut gewappnet sind.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die SPD spricht Herr Kollege Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Um den Titel der Aktuellen Debatte gleich aufzugreifen: Ja, auch wir denken: Baden-Württemberg ist für mögliche Coronavirus-Infektionen gut gewappnet.

Aber wir denken auch: Das hat relativ wenig mit der Landesregierung und auch relativ wenig mit der Regierungskoalition zu tun.

(Heiterkeit der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Anton Baron AfD: Da hat er recht!)

Die Institutionen, Behörden und das Gesundheitssystem in Baden-Württemberg sind gut aufgestellt, und ich räume ein, Frau Kollegin Krebs, Frau Kollegin Neumann-Martin: Es ist ein aktuelles Thema, aber ob es für eine Aktuelle Debatte taugt, sei dahingestellt.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Vielleicht ist die Erklärung dafür: Es ist einmal eine Debatte, in der sich die Regierungsfaktionen relativ einig zu sein

(Rainer Hinderer)

scheinen. Da gibt es keinen großen Dissens, und das ist schon einmal etwas wert.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Dr. Christina Baum
AfD – Abg. Andreas Stoch SPD: Das macht es wertvoll!)

Es wurde schon gesagt: Die WHO hat Ende Januar festgestellt, dass durch das Coronavirus in China eine gesundheitliche Notlage mit internationaler Tragweite entstanden ist. Die Tragweite insbesondere mit Blick auf China und auf Fernost ist in der Tat enorm. Das wirtschaftliche und öffentliche Leben ist dort weitgehend heruntergefahren. Viele internationale Verkehrsverbindungen sind gekappt. Stellen wir uns das einmal vor: In der Region Hubei, in der Metropole Wuhan, sind elf Millionen Menschen isoliert. Das ist die Bevölkerungszahl von Baden-Württemberg. Ich glaube, wir können uns gar nicht so richtig vorstellen, was das für die dortige Region bedeutet.

Insofern gibt es für uns alle keinen Grund, diese Pandemie zu verharmlosen. Es gibt aber mit Blick auf Baden-Württemberg auch keinen Grund, in Panik zu verfallen. Es gibt in ganz Deutschland zwölf Infizierte, noch keinen in Baden-Württemberg. Wenn man das – Frau Kollegin Neumann-Martin hat es gerade schon angesprochen – ins Verhältnis zur ganz normalen Grippe mit in dieser Saison mittlerweile 14 000 Infizierten und 42 Toten in Deutschland setzt, kann man, glaube ich, das eine oder andere schon zurechtrücken.

Aber ich sage auch: Die Institute und Behörden in Baden-Württemberg sind gut aufgestellt, angefangen beim Robert Koch-Institut in Berlin, wo es immer wieder Hinweise zur Diagnostik und zur Prävention sowie zur Information der Bevölkerung gibt, über die Gesundheitsämter in unserem Land, wobei hier auch das Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz in Stuttgart zu nennen ist. Regierungspräsidium, örtliche Gesundheitsämter, die Krankenhäuser und die niedergelassenen Ärzte sind gewappnet. Also: Das System funktioniert; das Land ist gewappnet.

Jetzt haben Sie, Frau Kollegin Krebs, gesagt: „Der Minister hat viele Vorsichtsmaßnahmen ergriffen.“ Er ist durch das Labor beim Landesgesundheitsamt gegangen und hat eine Pressekonzferenz gemacht.

(Heiterkeit des Abg. Andreas Stoch SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Na, immerhin!)

Das haben wir zur Kenntnis genommen, aber ansonsten, glaube ich, ist alles, was zu tun ist, auch schon in der Vergangenheit getan worden.

Herr Kollege Teufel, Sie haben im Oktober 2014 eine Kleine Anfrage gestellt. Damals war das Thema Ebola brisant. Ich glaube, die Antwort, die Sie damals aus dem Gesundheitsministerium bekommen haben, würde heute noch ähnlich aussehen. Also, dieses Haus war schon damals gut aufgestellt.

Drei Punkte möchte ich noch ansprechen, bei denen wir vielleicht nicht ganz so gut gewappnet sind, Herr Minister. Wir haben einmal geschaut, wo der aktuelle Seuchenalarmplan zu finden ist, und haben auch beim Gesundheitsamt nachgefragt. Es gibt einen. Da steht drauf: „Zur Überarbeitung“. In anderen Bundesländern gibt es entsprechende Pläne, die aktuell

sind. Wir haben hier keinen gefunden. Vielleicht können Sie uns nachher auf die Sprünge helfen, ob dieser Seuchenalarmplan – er hat durchaus Relevanz, denn er sagt, wie die Alarmketten zu funktionieren haben – mittlerweile überarbeitet und aktuell ist. Darauf sind wir gespannt.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stefan Teufel
CDU)

Ein weiteres Thema haben Sie, Kollegin Krebs, angesprochen. Sie haben das Hohelied auf unseren öffentlichen Gesundheitsdienst gesungen. Da sind wir mit Ihnen einig. Er hat eine wichtige Funktion und muss ausgebaut werden. In einer aktuellen Stellungnahme der Landesregierung zu einem SPD-Antrag vom September letzten Jahres schreiben Sie selbst, Herr Minister:

*Die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD)
werden durch das Auftreten neuer Infektionserkrankungen,*

– die haben wir mittlerweile –

durch die Auswirkungen des demografischen Wandels

– und einige andere Punkte –

... immer umfassender und komplexer.

In der gleichen Stellungnahme berichten Sie aber auch, dass im ÖGD insgesamt 61 Stellen derzeit unbesetzt sind. Jetzt ziehen wir einmal 20 davon ab, die für Untersuchungen nach dem Asylgesetz mit einem k.w.-Vermerk versehen sind. Dann bleiben noch immer 41 unbesetzte Stellen. Aktuell haben Sie 20 Stellen ausgeschrieben. Vielleicht können Sie uns sagen, wie es derzeit um die Personalsituation im öffentlichen Gesundheitsdienst bestellt ist.

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen. Das sind – ich habe es eingangs schon gesagt – die enormen Auswirkungen in China und Fernost. Sie wissen, China exportiert sehr viele Güter – Maschinen, Elektrotechnik, Autoteile, Textilien und vieles andere mehr –, aber China ist auch einer der größten Exporteure – und Baden-Württemberg einer der größten Importeure – von Medikamenten. Viele Wirkstoffe werden mittlerweile nur noch in Fernost produziert. Wir wissen auch: Wir haben an verschiedenen Stellen Lieferengpässe in der medizinischen Versorgung bei den Medikamenten. Vielleicht können Sie, Herr Minister, noch einen Satz dazu sagen, ob hier größere Lieferengpässe zu erwarten sind und wie groß unsere Abhängigkeit hierbei von der Wirtschaft in China ist.

Das soll es für die erste Runde gewesen sein.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Stefan Teufel
CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Dr. Baum, Sie haben das Wort.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nichts anderes hatte ich erwartet als eine Selbstbeweihräucherung der grün-schwarzen Regierung, als ich den Titel der Debatte las.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

(Dr. Christina Baum)

Wie besonnen und entschlossen die Landesregierung tatsächlich auf eine solche Pandemie vorbereitet sein wird, wird sich erst im Ernstfall herausstellen. Bisher können wir, die Bevölkerung, nur darauf vertrauen. Ich hoffe für uns alle, dass wir nicht die Probe aufs Exempel machen müssen.

Dass wir in Deutschland nicht in der Lage wären, innerhalb von zwei Wochen zwei bis vier neue Krankenhäuser zu errichten, darauf würde ich allerdings eine Wette eingehen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Das schafft wahrscheinlich nur ein Land wie China, an das wir übrigens noch immer große Summen an Entwicklungshilfe zahlen.

Was mich jedoch sehr verärgert, ist die Tatsache, dass selbst wir Abgeordneten keine detaillierten und substanziellen Auskünfte von der Landesregierung erhalten. Auch wir sind – wie alle anderen Bürger – leider ausschließlich auf Informationen aus der Presse angewiesen. An uns gerichtete Anfragen aus der besorgten Bevölkerung können wir deshalb nur sehr unbefriedigend beantworten. Das ist für mich als Abgeordnete ein untragbarer Zustand.

Persönlich war ich in meiner Praxis betroffen, da wir auch Kontakt zu einem chinesischen Zahnlabor unterhalten. Meine Helferinnen hatten Angst, die Post zu öffnen. Zu diesem Zeitpunkt konnte ich leider auch nur auf einen Artikel einer Zeitung verweisen. Ich richtete deshalb eine Anfrage an das Ministerium. Speziell zu dieser Frage konnte ich dann in der Antwort lesen – Zitat –:

Nach der derzeitigen Bewertung des RKI ist eine Infektion über importierte Waren sehr unwahrscheinlich.

Mit anderen Worten: unwahrscheinlich, aber auch nicht auszuschließen. Ansonsten konnten wir im Antwortschreiben des Ministeriums auch nur die üblichen Plattitüden lesen.

Auch erst auf Nachfrage beim Sozialministerium erfuhr ich von einer Telefonhotline beim Landesgesundheitsamt für alle Fragen besorgter Bürger zum Coronavirus.

(Zuruf von der SPD: Googeln hilft!)

Die Existenz dieser Hotline ist leider nicht in der Bevölkerung angekommen. Für alle Bürger an dieser Stelle zur Information: Besetzt ist diese Hotline von 9 bis 16 Uhr unter der Nummer 0711 90439555 – unwahrscheinlich einprägsam und leicht zu merken. Gratulation!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Vor dem Hintergrund, dass noch nicht absehbar ist, wie gefährlich das Virus insgesamt und für die hiesige Bevölkerung tatsächlich ist oder sein kann, frage ich mich schon, aufgrund welcher Erkenntnisse die Landesregierung zu dem Schluss kommt, dass sie alles im Griff hat. Es sind nicht Panikmacher, die die Bevölkerung verunsichern, sondern die üblichen Verharmlosungen der Regierung wie z. B. der Vergleich mit einer Grippe und die Unfähigkeit, echte Fakten zu benennen.

Vermutlich gibt es diese konkreten Erkenntnisse zur tatsächlichen Virulenz des Coronavirus noch gar nicht. Dann sollte man das der Bevölkerung aber auch unmissverständlich und ehrlich sagen

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

und sie auf jeden Fall zu erhöhter Aufmerksamkeit ermahnen.

(Beifall bei der AfD)

Die von China ergriffenen drastischen Maßnahmen lassen jedenfalls vermuten, dass das Virus doch sehr ernst zu nehmen ist. Angesichts von bislang 490 Toten, über 24 000 Infizierten und einer Ausbreitung in mindestens 24 Ländern außerhalb Chinas ist die derzeitige Strategie einer Relativierung des Coronavirus unserer Meinung nach fehl am Platz. Viel eher wäre dies jetzt genau der Zeitpunkt, um noch einmal über die vielen Krankenhausschließungen in Deutschland nachzudenken.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Gesundheitsvorsorge ist Daseinsvorsorge. Die Gesundheit ist das wertvollste Gut eines jeden Menschen.

(Beifall des Abg. Anton Baron AfD)

Man kann sie nicht in Kosten-Nutzen-Analysen berechnen.

Fakt ist, dass Teile der Bevölkerung stark verunsichert und sehr besorgt sind. Wenn Vergleiche wie beispielsweise der mit der Grippe angestellt werden, dann könnte man auch sagen, die Zahl von Verkehrstoten liege weitaus höher als die Gesamtzahl der am Coronavirus Verstorbenen. Doch damit würden Sie die Sorgen weder kleiner machen, noch würden Sie den Eindruck vermitteln, dass Sie die Sorgen aus der Bevölkerung überhaupt ernst nehmen. So etwas ist sicher nicht der richtige Weg, mit dieser Situation umzugehen.

Meldungen über Einreiseverbote für chinesische Bürger in andere Staaten oder auch die Weigerung, Chinesen auf ein Kreuzfahrtschiff aufzunehmen, verunsichern die Bevölkerung weiter. Auch die Meldung, dass die Weltgesundheitsorganisation aufgrund der rasanten Ausbreitung des Coronavirus den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen hat, lässt doch eher auf eine ernste gesundheitliche Bedrohung schließen.

Wir erwarten daher ein Regierungshandeln, das auf Fakten und auf konkreten Erkenntnissen beruht. Laut chinesischen Fachleuten wird der Höhepunkt dieser Pandemie in ca. zwei Wochen erwartet, andere Mediziner sehen den Höhepunkt der Krise erst für Mitte April voraus. Fakt ist jedoch, dass sich das Virus extrem schnell verbreitet; täglich infizieren sich Menschen neu, täglich sterben Menschen daran. In Bayern sind bereits zehn Personen am Coronavirus erkrankt, unser Nachbarland Frankreich meldet fünf Infizierte.

Vielleicht ist das Virus tatsächlich harmloser, als es im ersten Moment aussieht. Wir wissen es schlicht und ergreifend nicht,

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Wir wissen es nicht, genau!)

und ich denke, die Mehrzahl meiner Kollegen hier im Landtag weiß es auch nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

(Dr. Christina Baum)

Wir zweifeln auch nicht an den in unserem Land vorhandenen medizinischen Fähigkeiten, eine solche Erkrankung einzudämmen. Sehr wohl aber zweifeln wir daran, dass diese Regierung die notwendigen Maßnahmen dann auch ausreichend flankiert.

Der Sinn der heutigen Debatte erschließt sich mir jedenfalls überhaupt nicht.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ja!)

Besser wäre eine ehrliche, umfassende und offene Informationspolitik, die alle Bürger in Baden-Württemberg auch tatsächlich erreicht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD und des Abg. Dr. Wolfgang Geideon [fraktionslos])

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Das Wort hat nun Herr Abg. Haußmann für die FDP/DVP.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Experten sagen, das Coronavirus sei mit der schweren Atemwegserkrankung SARS zu vergleichen, die uns vor 17 Jahren ebenfalls weltweit in Atem gehalten hat; damals gab es über 800 Tote.

Die Weltgesundheitsorganisation hat am 30. Januar den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Der internationale Gesundheitsnotstand ist eine Eskalationsstufe bei Ausbrüchen gefährlicher Krankheiten, die robustere Anstrengungen der Weltgemeinschaft zur Beendigung der Krise auslösen soll.

Vielleicht haben auch Sie gestern das „heute journal“ gesehen; dort wurden aktuelle Bilder aus China gezeigt. Es wurde aber auch angeführt, dass die aktuellen Grippezahlen in diesem Winter bei 20 000 liegen und dass es bisher 42 Tote gab. Die Experten schätzen nach den jetzigen Erkenntnissen, dass die Bedrohungslage bei uns im Augenblick nicht als gravierend einzuschätzen ist – so zumindest das Robert Koch-Institut, das das Risiko für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland derzeit als gering einschätzt. Man hat auch Laborkapazitäten ausgebaut.

Das Stichwort „robustere Anstrengungen“ ist durchaus Anlass zu einer Debatte. Man muss das im Moment aber wirklich vorsichtig bewerten, weil wir die Leistungsfähigkeit in einer solchen Situation tatsächlich erst dann bewerten können, wenn sich Ereignisse ergeben, wie sie im Moment etwa China erlebt. Diese robusteren Anstrengungen lassen es schon lohnend erscheinen, noch einmal einen Blick auf die Situation hier in Baden-Württemberg zu werfen. Ich bin auch gespannt, was unser Sozialminister zu der Frage sagt, wie wir gerüstet sind, wenn so etwas kommt.

Ich nehme an, auch Sie haben die Pressemitteilung des Bundesverbands der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes gelesen, der zu genau dieser Situation Stellung bezogen hat. Mich würde interessieren, wie Sie das einschätzen. Wie bewertet die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft die Situation, wenn denn wirklich einmal eine Pandemie kommt? In der zweiten Runde würde ich darauf dann gern eingehen.

Danke schön.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es in der ersten Runde noch Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Bevor ich den Herrn Minister ans Redepult rufe, weise ich noch darauf hin, dass wir die Mittagspause wie geplant einhalten, damit die gemeinsame Sondersitzung des Finanzausschusses und des Wissenschaftsausschusses stattfinden kann.

Herr Abg. Dr. Fiechtner, möchten Sie sich doch zu Wort melden? –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ich währte mich angemeldet!)

Bitte schön, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Zuruf von den Grünen: Mittagspause dann nach diesem Tagesordnungspunkt?)

– Ja, nach diesem Tagesordnungspunkt. Tagesordnungspunkt 3 folgt am Nachmittag, nach der Regierungsbefragung.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren! Die Spezialisten für Angst, Panik und Paranoia befinden sich heute im Appeasement-Modus. Das ist schon bemerkenswert und steht völlig im Kontrast zu dem seltsam panischen Gebaren Chinas bei einem neuartigen Virus, das sowohl in Bezug auf die Sterblichkeit als auch auf das Ansteckungsrisiko weit unterhalb der üblichen Influenza mit jährlich 20 000 Toten in Deutschland rangiert, das aber in Sachen Inkubationszeit mehr Fragen aufwirft, als es beantwortet.

Ich beziehe mich hier auf einen von mir sehr geschätzten jüdischen internistischen Kollegen aus Frankfurt, der mir doch sehr viele nachdenkenswertes Sätze übermittelt hat. 14 Tage Inkubationszeit sind daher auffällig, weil unser Immunsystem nach Erstkontakt mit einem Eindringling nur ca. acht Tage braucht, um alle seine Waffengattungen vollumfänglich und gezielt einsetzen zu können. Was passiert in den sechs Tagen, die das Coronavirus mehr hat, um sich in Position zu bringen? Wahrscheinlich oder vielleicht gar nichts.

Aber vielleicht verhält sich das Coronavirus ähnlich wie das Windpockenvirus mit einer Inkubationszeit zwischen 14 und 17 Tagen und versteckt sich vor dem Immunsystem in Nervenbahnen, um dann Jahrzehnte später eine Gürtelrose auszulösen? Das ist dasselbe Virus – nicht das gleiche.

Schlimmer: Was ist, wenn sich dieses Virus verhält wie der Verursacher der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit oder von BSE, mit irreversibel fortschreitenden neurologischen und kognitiven Ausfällen – die wir hier im grünen und roten Spektrum ja tagtäglich erleben können – als Spätfolge von BSE?

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Hallo! So geht es ja nicht! – Abg. Martina Braun GRÜNE: Jetzt reicht es aber! – Weitere Zurufe – Unruhe)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich glaube auch: Das ist schon wieder grenzwertig, Herr Abg. Dr. Fiechtner. – Aber das muss anscheinend sein.

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Halten Sie bitte die Uhr an, wenn Sie hier unterbrechen.

Was, wenn Corona ein akzidentiell oder vorsätzlich freigesetzter Biokampfstoff ist, der als grippaler Infekt getarnt im ersten Stadium die meisten von uns völlig asymptomatisch oder als kurze Formschwäche befällt, wir aber in drei Jahren alle im Rollstuhl verenden?

(Zuruf der Abg. Martina Braun GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Und was, wenn nicht China dahintersteckt, sondern irgendjemand anders, der so ein Virus fabriziert hat?

Summa: Wir können hier alles Mögliche tun. Was wir aber definitiv nicht können, ist, uns in Sicherheit zu wiegen und so zu tun, als ob alles unter Kontrolle sei.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gut, die Botschaft ist angekommen.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Wir wissen nichts, und wir sollten mehr als aufmerksam sein, wie die Entwicklungen weitergehen. Die Forschung ist hier an dieser Stelle noch lange nicht zu Ende.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, die Zeit ist jetzt wirklich over. – Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte.

(Oh-Rufe – Abg. Sascha Binder SPD: Jetzt kommt die nächste Verschwörungstheorie! Mossad!)

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte an das anknüpfen, was Herr Fiechtner gesagt hat.

(Zurufe, u. a.: Oje!)

Es wurde gesagt: „Wir wissen noch wenig“, aber es wird trotzdem vor Verschwörungstheorien gewarnt. Wenn man nichts weiß, soll man zumindest nicht vor Dingen warnen, wo es gar nicht gerechtfertigt ist.

Meine Damen und Herren, bei dieser Sache fällt auf: Ende 2019 hat ein Institut, das Pirbright Institute, das im Wesentlichen von Pharmafirmen und von der Bill-Gates-Stiftung getragen wird, eine Simulation durchgeführt.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Kurz zuvor wurde von diesem Institut ein Virus, ein Coronavirus, patentmäßig angemeldet. Dann wurde die Simulation durchgeführt. Bei dieser Simulation kam heraus, dass 65 Millionen Menschen an einem Coronavirus, das von China aus-

geht, sterben. Entsprechende Maßnahmen der Informationsbeschränkung usw., all das kam in der Simulation zum Tragen.

(Abg. Stefan Räßle AfD: 2019!)

Das Komische bei der ganzen Sache ist, dass sechs Wochen nach dieser Simulation plötzlich dieses Virus als Pandemie auftaucht.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Hört, hört!)

Das müssen Sie mir erst einmal erklären, meine Damen und Herren. Natürlich kann ich es Ihnen auch nicht erklären. Sie aber einfach hinzustellen und zu sagen „Verschwörungstheorie, Blabla, davon wissen wir nichts“, das geht schon einmal nicht.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Stefan Räßle AfD)

Das ist Vogel-Strauß-Politik: Kopf in den Sand.

Die Frage „Ist dieses Virus eine wilde Mutante, oder ist es Engineering, ist es ein Laborprodukt?“ ist nicht geklärt. Ein indisches Labor hat sich jetzt zu Wort gemeldet und gesagt, es habe Sequenzen gefunden, die identisch mit HIV-Viren, mit SARS-Viren seien, und diese Art der Anknüpfung in Sequenzen sei ganz unwahrscheinlich durch eine wilde Mutante entstanden, sondern höchstwahrscheinlich im Labor. Da müssen wir natürlich fragen: In welchem Labor? Dann fängt die politische Frage an, meine Damen und Herren. Dass sich China nicht selbst diesen Schlag verpasst – – Das ist in China ja viel schlimmer, als es uns hier gesagt wird. Da heißt es: ein paar Hundert Tote. Ja, 425 – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte schauen Sie auf die Uhr.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ja. – Es ist ein großes Problem, dass man hier also durchaus die Frage nach Biowaffen ins Auge fassen muss, insbesondere die Frage: Wer sind die geopolitischen Gegner von China? Die Nummer 1 sind hier die USA.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ihre Redezeit ist um, Herr Abg. Dr. Gedeon.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Ich werfe das jetzt nur einmal in die Debatte. Eine Antwort kann ich Ihnen nicht geben.

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Israel war es nicht! – Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Sie können ja auf meiner Webseite weiterlesen. Wen es interessiert, der bekommt dort die entsprechenden Informationen.

Vielen Dank auch.

(Beifall der Abg. Dr. Christina Baum und Stefan Räßle AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich Herrn Minister Lucha ans Redepult rufen.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank an die Fraktion GRÜNE, dass Sie heute dieses Thema gewählt haben. Denn es bietet die parlamentarische und politische Gelegenheit, über das Vorkommen des Coronavirus und darüber, was das für uns bedeutet – bis auf wenige Ausnahmen –, klug, besonnen und informierend zu diskutieren, damit die Bevölkerung tatsächlich weiß, dass sie bei uns in guten Händen ist.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Dafür sind Sie der Richtige! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das sind doch Fake News, Herr Minister!)

Meine Damen und Herren, wie stellt sich die aktuelle Lage dar? Ausgehend von der chinesischen Stadt Wuhan breitet sich das neuartige Coronavirus seit Dezember 2019 aus. Die WHO hat vor dem Hintergrund des Geschehens am 31. Januar dieses Jahres den internationalen Gesundheitsnotstand ausgerufen. Diese Ausrufung war deswegen so wichtig – Sie haben es zum Teil erwähnt –, weil diesem Gesundheitsnotstand eine ganz klare Handlungsagenda hinterlegt ist. Vor allem schwächere Staaten, die nicht über so viel gute Infrastruktur verfügen, können gestärkt werden. Wir werden dann auch sehen, dass das seine Wirkungen erzielt.

Die Zahl der Infektionen steigt insbesondere in China weiter an. Dort beläuft sich die Zahl der Coronavirus-Infektionen nach Angaben des Robert Koch-Instituts aktuell auf 20 500 Fälle. Die Zahl der Todesfälle beträgt zurzeit 425. Außerhalb Chinas wurden ca. 160 Fälle in 23 Ländern registriert. Derzeit gibt es dabei einen Todesfall. In Europa sind 27 Fälle bekannt.

In Deutschland wurde der erste Fall am 26. Januar bestätigt. Zwischenzeitlich sind zwölf Personen betroffen. Sie kennen die Geschichte. Die Mehrzahl der Fälle betrifft Personen aus dem Umfeld des ersten Falles in Bayern. In zwei Fällen handelt es sich um Personen aus der Gruppe, die die Bundesregierung aus Wuhan zurückgeholt hat und die zentral in einer Einrichtung in Rheinland-Pfalz untergebracht ist.

Für uns ist vielleicht noch wichtig – das ist schon der erste Schritt, Kollege Hinderer –: Die Inzidenz, also die Summe der Neuerkrankungen, ist in Wuhan und in der Hauptstadt 20-mal höher als in den benachbarten Regionen in China. Sie sehen: Das, was wir machen – abschotten, abschirmen, Ketten unterbrechen –, zeigt sich auch innerchinesisch. Das ist auch für uns der Hinweis, dass genau die Maßnahmen, die wir bisher ergriffen haben und weiterhin ergreifen werden, ihre Wirkung erzielen.

In Baden-Württemberg wurde bei einigen Reiserückkehrern vorsorglich eine Diagnostik auf das Coronavirus veranlasst. Diese Personen erfüllten die Falldefinition des Robert Koch-Instituts nur teilweise – also aus der Region zu kommen oder Kontakt gehabt zu haben. Alle bisherigen Testergebnisse waren negativ.

Aktuell befinden sich in Baden-Württemberg neun Personen für 14 Tage in häuslicher Abgeschiedenheit mit täglicher Abfrage des Gesundheitszustands durch das jeweils zuständige Gesundheitsamt. Bei diesen Personen handelt es sich um solche mit engem Kontakt zu einem der bayerischen Fälle. Soll-

te eine der Personen Symptome entwickeln, zählt sie automatisch als Verdachtsfall.

Wie bewerten wir derzeit die Lage? Wir müssen selbstverständlich – das haben Sie dankenswerterweise erwähnt – mit einem Import von einzelnen weiteren Fällen nach Deutschland und damit auch nach Baden-Württemberg rechnen. Auch einzelne weitere Übertragungen und Infektionsketten – kurze Infektionsketten – sind hierbei durchaus möglich.

Generell gilt aber: Die Gefahr für die Gesundheit der Bevölkerung in Deutschland ist nach Einschätzung des Robert Koch-Instituts aktuell weiterhin gering. Die Lage ist dynamisch – ja –, sodass sich natürlich diese Einschätzung kurzfristig durch neue und weitere Erkenntnisse ändern kann. Aber da sind wir wirklich rund um die Uhr am Ball.

Natürlich – Sie haben es ebenfalls schon angesprochen – sind auch die Erkenntnisse zu dem Virus selbst im Fluss. Klar ist, dass das Virus von Mensch zu Mensch übertragbar ist, und, ja, es verdichten sich die Hinweise, dass es relativ leicht übertragbar ist und auch schon übertragen werden kann, bevor Symptome auftreten.

Dagegen ist beispielsweise die Bedeutung des Nachweises von Coronaviren im Stuhl noch unklar, da nur die DNA der Erreger nachgewiesen wurde. Ob es sich dabei um vermehrungsfähige Viren handelt, muss weiter untersucht werden. Auch Wissenschaftler aus Tübingen, aus Baden-Württemberg sind tätig.

Die chinesischen Gesundheitsbehörden – das muss man sagen; Sie haben richtigerweise einen Vergleich mit SARS angestellt –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ist das wirklich richtig? Ist dieser Vergleich richtig?)

Dass China unfähig bzw. unwillig war, mit solchen Problemen transparent und offen in der internationalen Gemeinschaft umzugehen, hat sich geändert.

Es ist in der Tat so – Entsprechendes gilt auch im internationalen Kontext –: Die zuständigen Minister der Bundesländer sind mit Bundesminister Spahn im Gespräch. Wir haben heute die nächste Telefonkonferenz. Wir hatten auch schon in der letzten Woche eine. Wir haben regelmäßig auch Abstimmungen. So haben wir z. B. beschlossen, das erweiterte Verdachtsmeldewesen auszulösen, damit wir immer wissen, was wir tun.

Die chinesischen Kollegen sind schlicht und ergreifend mit der aktuellen Lage, mit der Bekämpfung beschäftigt. Forschungsaktivitäten stehen im Moment nicht in deren Fokus. Aber ich glaube, es war für uns sehr wichtig, dass die Charité eine molekulare Testung für den Nachweis der Viren im Labor entwickelt hat und dass auch unsere Wissenschaftler eng zusammenarbeiten.

Tatsächlich – das ist das Entscheidende – bedeuten die vorliegenden Erkenntnisse, dass sehr weitreichende Maßnahmen notwendig sind, um eine Ausbreitung des Krankheitserregers zu verhindern. Das ist das Entscheidende für uns. Die drei entscheidenden Maßnahmen sind: Isolierung der etwaigen Erkrankten, sofortige und umfassende Ermittlung der Kontaktpersonen und dann natürlich die jeweilige Abschirmung von

(Minister Manfred Lucha)

identifizierten Kontaktpersonen. Das gelingt derzeit – im bayrischen Fall hat man es bis hin zu einer Berghütte im Gebirge geschafft – sehr, sehr gut.

Was die Symptomatik und die Krankheitsverläufe anbelangt, ist das aktuelle Bild in der Tat von Berichten über schwere Lungenentzündungen und Todesfälle in China auf der einen Seite und über die derzeit eher milden Verläufe bei den in Deutschland betroffenen Personen auf der anderen Seite geprägt. Ein Grund für diese Diskrepanz ist vermutlich ein Unterschied im Hinblick auf Vorerkrankungen. Natürlich spielt auch das Alter immer eine wichtige Rolle bei den Personengruppen.

Sie haben recht: Wegen der immer noch dünnen Faktenlage zum Erreger und zum Krankheitsgeschehen selbst sind wir in unseren Reaktions- und Aktionsmustern auch so aufmerksam.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Daher ist umfassendes, aber zugleich auch besonnenes Handeln wichtig: weder dramatisieren noch bagatellisieren, und dabei Ruhe bewahren. Diese haben ja auch Sie in Ihren Beiträgen gezeigt.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, das Zusammenwirken aller Gesundheitsbehörden beim Auftreten von Infektionskrankheiten ist im Land sehr gut eingespielt. Wir haben angesichts der aktuellen Lage den Informationsaustausch deutlich verstärkt und zusätzliche Maßnahmen getroffen:

Erstens: Wir stehen in einem intensiven Austausch mit den Bundesbehörden und den anderen Bundesländern, um ein einheitliches Vorgehen zu gewährleisten. Es gibt nicht nur wöchentlich eine Telefonkonferenz der zuständigen Ministerinnen und Minister der Länder mit Bundesminister Spahn, sondern auch auf Arbeitsebene – Sie sehen hier Frau Dr. P., die rund um die Uhr im Einsatz ist – finden bisweilen täglich Telefonkonferenzen statt.

Zweitens: Die Koordination für alle 16 Länder hat das Robert Koch-Institut übernommen, sodass auch alle fachlich-strategischen Punkte dort aus einer Hand gesteuert werden. Dort bringen wir unsere Ländererfahrungen, unsere Spezifika ein und können entsprechende Nachfragen stellen, sodass wir immer auf dem neuesten Stand sind.

Bei den Meldewegen und Abläufen merken wir, dass wir ein gutes Infektionsschutzgesetz haben; die Pandemiepläne sind geregelt und können eingehalten werden. Alle relevanten Akteure im Land sind sensibilisiert und umgehend mit den wesentlichen aktuellen Informationen versorgt worden, und sie werden weiterhin damit versorgt.

Ich möchte an dieser Stelle – der Innenminister ist nicht da, aber ein früherer Innenminister sitzt im Raum – sagen: Hierbei hat das Innenministerium durch die Information der Rettungsdienste in den Leitstellen ganz schnell unterstützt und eine ganz klare, gute Kommunikationsstruktur gezeigt. Im Übrigen ist das Innenministerium auch bei der Versorgung der aus Wuhan zurückgeholten Personen in der Südpfalz-Kaserne in Germersheim materiell und personell dabei. Sie sehen,

Baden-Württemberg unterstützt. Also, Kollege Strobl: herzlichen Dank.

Eine zentrale Rolle bei der Bewältigung von Infektionsgeschehen im Land spielt in der Tat unser Landesgesundheitsamt mit dem von Ihnen bereits erwähnten Kompetenzzentrum Gesundheitsschutz. Natürlich zeigt dieser Punkt noch einmal, wie wichtig das Landesgesundheitsamt für uns alle ist. Der Bereitschaftsdienst des Kompetenzzentrums steht den Gesundheitsämtern rund um die Uhr beratend und unterstützend zur Verfügung.

Ja, Kollege Hinderer, natürlich steht es nicht nur für einen Besuch zur Verfügung, sondern es gibt auch einen Austausch und das Bemühen, zusammen mit Frau Professorin F. an der Spitze – das ist eine absolute Spitzenkraft im Bundeskonzert – schnell eine Testmöglichkeit zu entwickeln. Seit letzter Woche haben wir im Labor des Landesgesundheitsamts die Möglichkeit, das Virus zu diagnostizieren – ähnlich wie an den Universitätskliniken Heidelberg und Freiburg. Damit können wir bei begründeten Verdachtsfällen landesweit eine zeitnahe Diagnostik gewährleisten. Und ja, es entfallen natürlich die Transportwege der Probe von der Probenahme zum Konsiliarlabor in Berlin.

Im Labor des Landesgesundheitsamts wurden bisher 84 Tests zum Ausschluss einer Coronavirus-Infektion durchgeführt, die, wie gesagt, alle negativ waren. Sollte ein bestätigter Coronavirus-Fall in Baden-Württemberg auftreten, übernimmt das Kompetenzzentrum die zentrale Koordination im Land und unterstützt die Gesundheitsämter vor Ort als Taskforce.

Vor dem Hintergrund der zahlreichen Anfragen von besorgten Bürgerinnen und Bürgern wurde eine Hotline beim Landesgesundheitsamt eingerichtet – ich möchte wissen, was es da zu bespötteln gibt –: 0711 90439555. Sie ist von 9 bis 16 Uhr erreichbar. Es gibt aber auch Hotlines der Kassen; wir stimmen uns ab. Aber diese verbindliche Hotline ist da und kann bei Bedarf und bei Unsicherheit angewählt werden.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] meldet sich.)

Nicht alle Länder, die nicht betroffen sind, haben eine Hotline eingerichtet. Wir werden heute Mittag auch mit dem Bundesminister noch einmal reden, wie wir bundeseinheitlich vernetzen und verlinken, damit das gut wird.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abg. Dr. Gedeon zu?

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein. – Wir beobachten das weltweite Infektionsgeschehen aufmerksam und werden weiter alle Maßnahmen ergreifen, um eine mögliche Verbreitung des Erregers bei uns zu verhindern. Wieso machen wir das? Sie haben ja auch die Influenza angesprochen. Wir relativieren keine der beiden Erkrankungen. Für uns ist die Influenza eine große Herausforderung; Kollege Hinderer hat es erwähnt. In der schweren Influenzasaison 2017/2018 gab es sehr viele Todesfälle im Land. Ich möchte auch an dieser Stelle an Sie appellieren: Wenn Sie sich noch nicht haben impfen lassen, dann tun Sie es noch.

(Zuruf von der AfD: Jesses Gott!)

Es rentiert sich, es ist jederzeit noch möglich.

(Minister Manfred Lucha)

Aber warum tun wir es trotzdem? Der Grund für diesen sehr großen Aufwand ist: Der Schutz der Bevölkerung hat oberste Priorität. Es geht erstens um den individuellen Schutz jedes Einzelnen vor einer möglichen Infektion, zweitens um den Schutz der Bevölkerung im Gesamten und drittens natürlich auch darum, rechtzeitig Verseuchungsketten zu unterbrechen.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, Herr Abg. Dr. Fiechtner hat auch eine Zwischenfrage.

Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha: Nein, danke.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie lesen einfach irgendwas ab! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Nein. Meine Herren, Sie suchen sich hier viele Möglichkeiten. Sie nutzen das demokratische Recht, sich zu beteiligen, das Sie anderen gern absprechen würden, so leidlich. Wir wissen in etwa, was Sie uns dazu sagen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Herr Minister, das ist etwas Fachliches!)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch kurz die Gelegenheit wahrnehmen – ich muss schon auf die Uhr schauen –, auf die konkreten Nachfragen der Opposition einzugehen.

Erstens: Der Seuchenplan gilt; er ist im Behördenplan vorhanden. Er wurde überarbeitet, er wird derzeit überarbeitet. Im „Deutschen Ärzteblatt“ ist der notwendige Meldeweg klar kommuniziert und deutlich gemacht worden. Aber es ist klar: Das Ganze wird – jetzt noch einmal in besonderer Weise bei den Behörden intern; es ist kein öffentliches Werk, es ist ein interner Behördenablauf – immer wieder angepasst, jetzt mit Nachdruck.

In Bezug auf das Personal trifft das zu, was Herr Haußmann zu den ÖGD-Ärztinnen und -Ärzten gesagt hat. Das stimmt. Wir haben nicht nur generell einen Ärztemangel, wir haben auch einen Ärztemangel im öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir haben erste Schritte gemacht. Wir haben derzeit ca. 40 nicht besetzbare Stellen. Wir schreiben mittlerweile für ganz bestimmte Funktionen nicht nur medizinisch aus, sondern auch natur- und sozialwissenschaftlich – für unterschiedliche Einsatzgebiete. Da werden wir gewisse Erfolge haben. Wir haben die Gehaltsstruktur angehoben, damit sich die Verdienstmöglichkeiten im ÖGD verbessern. Wir haben die Besoldung der stellvertretenden Leiter auf Besoldungsgruppe A 15 gehoben. Das ist in Konkurrenz mit einer Oberarztstelle in der Klinik natürlich schwierig. Das stimmt.

Lieber Herr Hinderer, ich erinnere mich noch, als wir beide als einsame Indianer in der letzten Legislaturperiode – da hat sich außer uns beiden niemand für das Thema interessiert – gesagt haben, vom Tuberkulosearzt zum Gesundheitsmanager sei es ein weiter Weg.

Ich möchte an dieser Stelle selbstkritisch sagen: 2005 wurden die Gesundheitsämter in die Landkreise integriert. Bei den gehobenen Stellen ist ein Teil der sogenannten Effizienzrendite durch den Abbau von Stellen erbracht worden. Auch im Landesgesundheitsamt sind im Konzert der Regierungspräsidien überproportional viele Stellen, die ursprünglich in der Funk-

tion des eigenständigen LGA waren, einer Rationalisierung zum Opfer gefallen.

Ich bin beiden Koalitionsfraktionen dankbar. Wir hätten mehr gewollt; das stimmt. Wir haben auch ein Konzept für einen weiteren Aufbau. Doch Sie haben uns jetzt mit dem Haushalt für die Jahre 2020 und 2021 1,3 Millionen € bzw. 1 Million € mehr für die Umsetzung und die Stärkung des ÖGD, vor allem bezogen auf den Infektionsschutz, zur Verfügung gestellt. Das ist ein Wort.

Aber ich sage Ihnen ganz offen: 2021 muss im nächsten Koalitionsvertrag stehen, dass das Landesgesundheitsamt wieder eine eigenständige Abteilung des Ministeriums für Soziales und Integration wird, um besser aus einer Hand steuern zu können. Auch das müssen wir heute politisch nominieren.

(Beifall bei den Grünen)

Zu guter Letzt, Herr Kollege Hinderer, bin ich Ihnen dankbar für die Frage nach der Pharmastrategie. Wir waren mit dem Kabinett bei der Europäischen Union in Brüssel. Ich selbst bin mehrfach bei Research- und Gesundheitsmeetings unterwegs, auch beim Bundesgesundheitsminister. Wir werden eine der nächsten Gesundheitsministerkonferenzen nutzen, um über eine eigenständige europäische Pharmaproduktionsstrategie zu sprechen. Es ist auch ein Gebot der Stunde, dort wieder eigene Kompetenzen bei Medikamenten, bei Impfstoffen und vor allem bei einer Antibiotikastrategie zu schaffen.

Sie sehen: Baden-Württemberg ist außergewöhnlich gut gerüstet, aber wir sind hellhörig, und wir werden jeden Tag das Virus wachsen hören.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Frau Abg. Krebs, bitte.

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Meine Damen und Herren! Ich möchte die verbliebene Zeit nutzen, um noch ein paar wenige Fragen zu beantworten.

Es wurde die Frage aufgeworfen, warum das Thema Gegenstand einer Aktuellen Debatte sein soll. Sie haben selbst schon gesagt: Das ist ein aktuelles Thema. Auch ich glaube das sehr wohl. Jeder, der aktuell die Medien verfolgt, stellt fest: Die Medien sind voll von Meldungen darüber. Alle reden vom Coronavirus. Es gibt Hamsterkäufe bei Desinfektionsmitteln, es gibt Hamsterkäufe bei Schutzmasken. Ich finde also schon, dass uns dies wert sein sollte, das Thema hier zu diskutieren und aufzuzeigen, was die Regierung tut und was die Gesundheitsämter tun, um die Verbreitung des Virus zu verhindern.

(Abg. Anton Baron AfD: Oje!)

Ja, das ist durchaus politische Information.

(Abg. Dr. Christina Baum AfD: Dafür brauchen wir keine Debatte! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

(Petra Krebs)

Da müssen Sie sich schon bewusst sein, dass eine Landtagsdebatte eine Informationspolitik ist. Es gibt Journalistinnen und Journalisten, die hierüber berichten. Da können Sie nicht sagen, wir würden nicht richtig informieren.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Zwischenfrage! – Zuruf der Abg. Dr. Christina Baum AfD)

– Nein, danke.

Zu allen anderen Vorwürfen – sind es tatsächlich Ausgrenzungen oder sind es Verschwörungstheorien? – muss man nichts sagen. Das ist einfach unsäglich.

(Lachen des Abg. Stefan Räßle AfD – Abg. Stefan Räßle AfD: Naiv bis zum Gehnichtsich! – Abg. Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos]: Also so was Dummes! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Strunzdumm!)

Der Minister hat schon vieles gesagt. Ich glaube, Sie wissen, dass die Hausspitze natürlich nicht dafür zuständig ist, in die Krankenhäuser zu gehen und das Personal zu unterrichten, wie es vorzugehen hat. Aber sie muss koordinieren, und das tut sie.

Natürlich sind wir „not amused“, dass nicht alle Stellen im ÖGD besetzt sind.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sprechen Sie Deutsch, bitte!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Räßle, halten Sie sich bitte zurück.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Sie kann doch Deutsch reden!)

– Halten Sie sich bitte zurück!

(Abg. Reinhold Gall SPD: „Strunzdumm“, hat er gesagt! Nur damit das klar ist! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Abg. Petra Krebs GRÜNE: Aber immerhin haben wir jetzt im neuen Haushalt 150 neue Medizinstudienplätze geschaffen, und das ist ein Zeichen in die richtige Richtung. Vielleicht ist ja auch die eine oder andere dabei, die sich für den ÖGD interessiert.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Konrad Epple CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Hinderer, bitte.

Ich bitte wirklich, von Zuschreibungen zur Person, die deskriptiv sind, abzusehen, Herr Abg. Räßle und Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Anton Baron AfD: Zurufe sind erlaubt, Frau Präsidentin! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Herr Abg. Hinderer.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, nur noch ganz kurz. – Herr Minister, Sie haben das Thema der Aktuellen Debatte heute wörtlich genommen und haben auch besonnen argumentiert, die Lage analysiert und bewertet, einen kurzen Ausflug in die Virologie und in die Symptomatik gemacht. Vielen Dank dafür.

Ich möchte doch noch einmal an den Seuchenalarmplan erinnern, den ich angesprochen habe. Sie haben bestätigt, dass er in Überarbeitung ist. Unser Eindruck ist: Er ist schon sehr, sehr lange in Überarbeitung. Vielleicht müssen wir das noch mal klären. Sicher wird sich bei den Vorgaben für standardisierte Vorbereitungsmaßnahmen usw. nicht viel ändern, aber bei den Zuständigkeiten ändert sich immer etwas. In der Situation, in der wir gerade sind, sollten einfach die Zuständigkeiten klar und transparent sein. Deshalb unsere Bitte und unsere Aufforderung, den Alarmplan möglichst schnell zu aktualisieren und dann auch wieder öffentlich zur Verfügung zu stellen.

Vielen Dank.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Herr Abg. Haußmann, bitte.

(Abg. Anton Baron AfD: Herr Haußmann, jetzt noch eine Gratulationsrede! – Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herzlichen Dank, Herr Sozialminister, für Ihre Erläuterungen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Wir sind noch in der Debatte.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Ich will aber doch noch mal auf einige Punkte eingehen.

Die Baden-Württembergische Krankenhausgesellschaft sagt natürlich, im Augenblick sei die Situation völlig unproblematisch. Aber wenn sich eine neue Lage ergibt, kann man es in der Form nicht abschätzen.

Das Coronavirus in Deutschland hat den Bundesverband der Ärztinnen und Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes doch veranlasst, eine Pressemitteilung herauszugeben, weil die Ermittlung von Erkrankten und Kontaktpersonen sowie die Koordinierung von Infektionsschutz- und Quarantänemaßnahmen in die Zuständigkeit der Gesundheitsämter fallen. Ich darf zitieren:

In der Realität sind viele Gesundheitsämter aufgrund von Personalmangel ... kaum mehr in der Lage, ihren (hoheitlichen) Aufgaben nachzukommen. Dazu zählen neben den Aktivitäten im Infektionsschutz z. B. auch der Impfschutz von Kindern, die Unterbringung von psychisch Kranken und die Sicherstellung der Überwachung des Trinkwassers. ... Erste Gesundheitsämter müssen ganz ohne ärztliches Personal auskommen.

Insofern ist es einfach wichtig, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen – Sie, Herr Sozialminister, haben es auch

(Jochen Haußmann)

noch mal bestätigt –, dass wir auch in Baden-Württemberg zahlreiche offene Stellen haben und wir dieses Thema wieder stärker in den Mittelpunkt stellen müssen. Der öffentliche Gesundheitsdienst hat es verdient, dass wir ihn – auch im Hinblick auf die heutige Debatte – in Baden-Württemberg wieder stärker in den Blick nehmen und auch einmal würdigen, was er in Baden-Württemberg leistet.

Wir haben Hinweise – das ist ja der Bundesverband –, Informationen von Landkreisen, die auch im letzten Jahr an den Sozialminister herangetreten sind, wonach ein extremer Bedarf an weiteren ärztlichen Kräften besteht, weil diese Stellen schon über längere Zeit nicht besetzt wurden.

Zu der Situation in den Kliniken ist noch einmal darauf hinzuweisen, dass wir gerade bei der Diskussion um Pandemien auch in der Landeskrankenhausplanung Einzelzimmer wieder stärker in den Blick zu nehmen haben. Denn wenn es um Isolierungen geht, ist es auch notwendig, mehr im Bereich der Einzelzimmer durchzuführen, um im Fall entsprechender Ereignisse diesen Isolierungen auch Rechnung tragen zu können.

Abschließend – weil wir dieses Thema in der nächsten Woche auch im Sozialausschuss behandeln –: Wir Freien Demokraten haben einen Antrag zum Thema Pflegepersonaluntergrenzen eingebracht, weil wir – dieser Hinweis ist mir an dieser Stelle noch einmal wichtig – seit 2019 ein Gesetz von Herrn Spahn haben, das auch in Baden-Württemberg erheblich in die Krankenhausstrukturen eingreift.

Seit 2019 haben wir in vier Bereichen Personaluntergrenzen – Intensivmedizin, Geriatrie, Kardiologie und Unfallchirurgie –, und es werden weitere Bereiche hinzukommen. Da müssen wir uns schon Gedanken machen, wenn wir lesen, dass bereits 37 % aller Kliniken in Deutschland im letzten Jahr Stationen geschlossen haben.

Wenn wir diese Thematik hier intensiv betrachten, dann sehen wir, dass wir die Kliniken mit noch mehr Bürokratie beschäftigen, mit einer Personaluntergrenzenverordnung, die gar nicht auf die realen Notwendigkeiten eingeht, weil überhaupt nicht danach unterschieden wird, ob es ein 90-jähriger Patient ist oder ob es jemand im Alter von 18 oder 20 Jahren ist, der in die Klinik kommt. Es werden alle über einen Kamm geschoren. Ich persönlich und unsere Fraktion haben die Sorge, dass wir hier wieder eine bürokratische Lawine bekommen haben, die wahnsinnig stark in die Krankenhausstrukturen im Land eingreift.

Deswegen hoffe ich, dass wir in der nächsten Woche breite Unterstützung im Sozialausschuss finden, wenn es darum geht, auch Herrn Spahn zu erklären, dass die Pflegepersonaluntergrenze in dieser Form nicht sinnvoll ist. Wenn dann eine Pandemie kommt, wird es noch schwieriger. Wenn nämlich entsprechende Fälle da sind, sagen die Krankenhäuser: „Ja, das würden wir schon gern machen. Aber wir haben die Pflegepersonalverordnung vor Augen, und die halten wir nicht ein. Deswegen können wir niemanden annehmen.“

Das haben wir jetzt auch schon im Rettungsbereich. Während andere Länder wie China innerhalb von zehn Tagen ein Krankenhaus bauen, müssten wir in Baden-Württemberg sagen:

Wir müssen Stationen schließen, weil uns die Pflegekräfte nicht zur Verfügung stehen.

(Beifall des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Genau!)

Hier können wir auch in der kommenden Woche aktiv ein Signal setzen, dass wir andere Lösungen als diese bürokratischen Konstruktionen brauchen, die uns im Land vom Bund aufs Auge gedrückt werden.

Deswegen, glaube ich, gibt es viele Punkte, die wir heute auch zum Anlass für weitere Überlegungen nehmen sollten. Es geht z. B. um die Stärkung des öffentlichen Gesundheitsdienstes und um die Analyse, wie die Krankenhäuser für Pandemiefälle gerüstet sind. Wenn wir die jetzige Debatte unter diesem Aspekt als Startschuss betrachten, dann war sie auch für uns in Baden-Württemberg hilfreich.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Frau Abg. Dr. Baum noch einmal. Bitte.

Abg. Dr. Christina Baum AfD: Liebe Kollegen! Ich habe Ihnen eine sehr freudige Mitteilung zu machen: Demokratie setzt sich durch. Die Bürger haben der sozialistischen, stalinistischen Diktatur in Thüringen eine Absage erteilt, und wir gratulieren dem Thüringer Landtag zu dieser Entscheidung.

(Beifall bei der AfD – Heiterkeit des Abg. Rüdiger Klos AfD)

Wir gratulieren der FDP zu ihrem Ministerpräsidenten in Thüringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, mir liegen jetzt keine – –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] meldet sich.)

– Herr Abg. Dr. Fiechtner, Sie haben keine Redezeit mehr.

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

– Wie bitte?

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir sind jetzt mit der Debatte fertig, und ich möchte in die Mittagspause eintreten, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Geschäftsordnungsantrag! – Weitere Zurufe)

Bitte schön. Ein Geschäftsordnungsantrag.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Frau Präsident, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren!

(Unruhe)

– Vielleicht hören Sie mir zu. Sonst überhören Sie vielleicht wieder etwas.

(Anhaltende Unruhe – Abg. Anton Baron AfD: Hallo, wie undemokratisch ist denn das? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ich bin nicht verpflichtet, zuzuhören! – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Geschäftsordnung! Keine Märchenstunde!)

Frau Präsident – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Sie haben doch das Wort. Würden Sie bitte fortfahren.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt ist es schon rum!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ja, ich dachte – – Ich wollte – –

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt reden Sie doch, damit die Zeit rumgeht!

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Ich wollte sicherstellen, dass Sie auch mitbekommen, was ich sagen möchte.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Jetzt reden Sie doch!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Ich höre mit den Ohren, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Da gab es ja letztes Mal so gewisse Probleme.

(Unruhe)

Ich möchte den Geschäftsordnungsantrag stellen, dass der Landtag jetzt beschließen möge, dem neu gewählten Ministerpräsidenten von Thüringen, Thomas Kemmerich von der FDP, dem Vorsitzenden einer bürgerlichen Koalition aus FDP, CDU und AfD – was man ja auch hier im Landtag haben könnte, wenn man denn wollte –, ausdrücklich die Glückwünsche auszusprechen.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, wer stimmt dem Antrag zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist abgelehnt.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir treten in die Mittagspause ein. Sie dauert bis 14:45 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 13:42 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:48 Uhr)

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren! Vorab eine Information, falls Sie es noch nicht mitbekommen haben sollten: Die Tagesordnungspunkte 7 und 8 sind abgesetzt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungsbefragung

Das erste Thema, gemeldet von der SPD-Fraktion, lautet:

G r u n d s t e u e r

Hierzu darf ich das Wort Herrn Abg. Stickelberger erteilen.

Abg. Rainer Stickelberger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema Grundsteuerreform beschäftigt uns seit langer Zeit in diesem Haus. Was wir derzeit erleben, sind wieder Chaostage in der Koalition, die tief zerstritten ist und zwischen den Modellen, die da in der Gegend herumgeistern, hin- und herwankt: das Bodenwertmodell, das „Wald-Modell“, das Wald- und Wiesenmodell.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich weiß nicht, was da noch alles auf uns zukommt.

Wir haben ein Gesetz, das im Bund verabschiedet wurde, das im Übrigen auch verfassungsrechtlich geprüft wurde, und wir haben eine Länderöffnungsklausel, die das Land offensichtlich will, aber mit der Sie, Frau Ministerin Sitzmann, offensichtlich nicht umgehen können und die Sie heillos überfordert.

(Beifall bei der SPD)

Auch der Herr Ministerpräsident hat mittlerweile gemerkt, dass ein eigenes Grundsteuermodell ein komplexes Vorhaben sei, wie man heute der Presse entnehmen kann, und außerdem zweifelt er an, ob das Scholz-Modell verfassungsgemäß ist.

Da stelle ich mir schon die Frage, Frau Ministerin: Wo waren Sie eigentlich bei den Verhandlungen im Bund zwischen den Länderfinanzministern? Da waren Sie doch aktiv beteiligt. Haben Sie da eigentlich einmal verfassungsrechtliche Bedenken geltend gemacht, zur Sprache gebracht? Ich hatte immer den Eindruck, Sie sind eher eine Befürworterin des Scholz-Modells. Jetzt wird plötzlich alles infrage gestellt.

Deswegen wollen wir schon wissen, wohin die Reise in diesem Land jetzt geht. Wie geht es weiter? Kommunen und Steuerzahler haben ein Anrecht darauf, dass die Regierung Klarheit schafft und endgültig sagt, wofür sie sich entscheiden wird.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb diese Frage: Wie geht es weiter?

Und die zweite Frage: Wir – der Landesgesetzgeber, der Landtag – haben in diesem Haushalt 150 Stellen für Personal zur Aufarbeitung der Grundsteuer bewilligt. Was machen Sie eigentlich mit diesen Stellen? Sie stellen Leute ein, Sie binden Finanzmittel und wissen noch gar nicht, wofür eigentlich.

Deshalb schon die Frage: Was muten Sie eigentlich den Beschäftigten, die Sie jetzt einstellen, zu, wenn diese nicht einmal wissen, was auf sie zukommt?

(Lachen der Abg. Gabi Rolland SPD)

Da sind Sie gefordert.

(Rainer Stickelberger)

Wir wollen auch wissen: Wie verhält es sich denn nun mit dem Gesetz, das Olaf Scholz in den Bundestag eingebracht hat und das verabschiedet wurde? Denn nach dem Länderfinanzausgleich müssen Sie wahrscheinlich, rein fiktiv, parallel berechnen, wie die Grundsteuer aussähe, wenn man sich an das Bundesgesetz hielte. Auch dazu wollen wir eine Antwort.

Im Übrigen gebe ich Ihnen den guten Rat: Wenn Sie sich in der Koalition nicht einigen, dann legen Sie einfach den Gesetzentwurf des Bundes zugrunde. Dieser regelt alles und bezieht die Kommunen und die Steuerzahler in gerechter Weise in das Verfahren ein.

Frau Ministerin, die Landesregierung ist gefordert.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hans Peter Stauch
AfD)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Finanzministerin Sitzmann. – Ich bitte, die Antworten möglichst kurz, innerhalb von fünf Minuten, vorzutragen, damit wir mehr Fragemöglichkeiten haben. Unsere Geschäftsordnung sieht dies so vor. Vielen Dank.

(Zuruf von den Grünen)

– Ich sage es nur.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Stickelberger, ich kann Sie beruhigen: Das Verfahren nimmt innerhalb der Koalition einen geordneten Gang,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha! – Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das beruhigt mich nicht!)

und wir werden uns rechtzeitig für das Modell entscheiden, das wir für Baden-Württemberg für am besten halten.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Aha!)

Von Chaostagen ist überhaupt keine Rede,

(Abg. Andreas Stoch SPD: Nein, nein!)

ganz im Gegenteil: Wir lassen einzelne Modelle auch von Experten diskutieren, und wir gehen ergebnisoffen in solche Gespräche.

Ein solches Gespräch hatten wir am vergangenen Freitag. Dabei wurde unisono das Bundesmodell heftig kritisiert. Es wurde auch von renommierten Verfassungsrechtlern angeführt, dass das Bundesmodell für nicht verfassungskonform gehalten wird. – Übrigens ist dieser Vorwurf nicht ganz neu; denn auch Bundesfinanzminister Scholz hat bereits im vergangenen Jahr diverse Verfassungsrechtler eingeladen, die dieses Modell ebenfalls kritisch beurteilt haben.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Vor der Verabschiedung des Gesetzes!)

– Ja. – Es gab dann auch diverse Vorschläge vonseiten der Länderfinanzminister, das Bundesmodell weiter zu modifizieren. Diese Vorschläge hat der Bundesfinanzminister allerdings aus nicht bekannten Gründen abgelehnt.

Tatsache ist, es wird derzeit über mehrere Modelle diskutiert. Sie haben das Bundesmodell genannt. Das ist das Modell, das gesetzlich beschlossen ist. Sollte ein Land, beispielsweise Baden-Württemberg, von der Öffnungsklausel keinen Gebrauch machen, dann wird automatisch das Bundesmodell in Kraft treten.

In der Diskussion ist noch ein weiteres Modell, nämlich das sogenannte bayerische Modell. Auf Grundlage dieses bayerischen Modells gibt es bislang noch keinen Gesetzentwurf, und wir gehen davon aus, dass vor der Kommunalwahl Mitte März in Bayern auch kein entsprechender Gesetzentwurf auf dem Tisch liegen wird. Dieses bayerische Modell orientiert sich nicht am Wert, am Ertrag, an der Leistungsfähigkeit, sondern hat einen komplett anderen Ansatz, nämlich, einfach die Fläche zu nehmen und sie mit einer Äquivalenzzahl zu multiplizieren. Da hat unser Expertengespräch ergeben, dass die Äquivalenzzahlen, die jetzt beim bayerischen Modell, soweit wir es kennen, vorgesehen sind, doch willkürlich erscheinen. Deshalb wird nicht nur das Bundesmodell als verfassungsrechtlich kritisch eingeschätzt, sondern eben auch das bayerische Modell.

Schließlich gibt es ein drittes Modell, das sogenannte Bodenwertmodell. Bei diesem Modell, zu dem wir im Finanzministerium einen Gesetzentwurf ausgearbeitet haben, geht es darum, die Fläche mit dem Bodenrichtwert zu multiplizieren. Das ist also ein sehr einfaches Modell: Man braucht lediglich zwei Angaben, nämlich die Fläche des Grundstücks und den jeweiligen Bodenrichtwert, dann kommt man zur Bemessungsgrundlage. Dieses Modell wurde unisono als sehr gut bewertet, als mutig, innovativ, einfach, plausibel, nachvollziehbar und verfassungskonform. Es hat also eine sehr positive Resonanz gefunden, Herr Kollege.

Es gibt noch einige wenige offene Fragen, die zu klären sind, etwa die Frage: Kann man ohne großen Aufwand die Fläche des Gebäudes in ein solches Modell einbeziehen? Aber: Welche Fläche nimmt man dann: Bruttofläche, Nettofläche, Wohnfläche, Nutzfläche, Innenmaße, Außenmaße? Das sind also keine ganz einfachen Fragen, mit denen wir uns jetzt noch beschäftigen werden.

Ich versichere Ihnen: Wir sind auf einem guten Weg. Das sehen auch die Koalitionsfraktionen so: Wir sind auf einem guten Weg. Wir werden die Ergebnisse des Expertengesprächs intensiv auswerten.

Wir alle wissen: Sollten wir die Öffnungsklausel ziehen, dann müssen wir uns zeitnah entscheiden. Wir müssen zumindest über die Eckpunkte bis Ende Februar eine Entscheidung treffen und genauere Planungen bis Ende März anstellen. Vor der Sommerpause sollte dann ein Landesgesetz beschlossen sein. So geht es also weiter, Herr Kollege.

Die 150 Stellen sind im Haushalt für das Jahr 2021 vorgesehen. Wir orientieren uns mit diesen 150 bzw. insgesamt 500 Stellen, die modellunabhängig anfallen werden, an einer Berechnung des Bundesfinanzministeriums. Unabhängig davon, für welches Modell man sich entscheidet, haben wir nämlich einerseits bis Ende 2024 das bisherige Modell in der Finanzverwaltung weiterhin zu bearbeiten und andererseits gleichzeitig ein neues Modell auf den Weg zu bringen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Jetzt habe ich zuerst eine Wortmeldung von Herrn Abg. Hofelich.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Der Reihenfolge nach bin ich vielleicht nicht dran! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE meldet sich.)

– Wie Sie möchten.

Abg. Peter Hofelich SPD: Danke, Herr Kollege Schwarz, Frau Präsidentin. – Meine Frage ist zunächst einmal: Wenn man die Presselage sieht, Frau Ministerin, dann ist ja nicht so recht daran zu glauben, dass Sie auf einem guten Weg der Einigung sind, denn es stehen sich Meinungen gegenüber. Diese werden wohl nicht drei Wochen alt sein, sondern da müssen neue Meinungen entstanden sein.

Deswegen könnten Sie vielleicht doch noch einmal etwas zum geordneten Gang der Dinge sagen. Was haben Sie vor? Wie wollen Sie das in den nächsten Wochen in der Regierung angehen? Sie alle haben ja darauf gedrängt, dass der Bundesfinanzminister bis zum Jahresende alles fertigbekommen soll. Er hat von Herrn Schäuble übrigens etwas bekommen, was sozusagen weißes Papier war. Dann kam der Druck.

Wie können Sie jetzt bitte dafür sorgen, dass wir wirklich ein zügiges Verfahren bekommen? Sie erwähnten das Wort „zeitnah“. Vielleicht sagen Sie ein paar Sätze dazu, wie man da weiterkommt.

Dann würde mich interessieren, an welchem konkreten Punkt im Modell des Bundesfinanzministeriums Sie eine Verfassungswidrigkeit zu erkennen glauben oder wodurch Sie darin bestärkt worden sind. Dies haben Sie bisher nur umschrieben, aber nicht beschrieben – und schon gleich gar nicht gesagt, worum es konkret geht. Vielleicht wollen Sie dazu einen Satz sagen.

Ich würde Ihnen aber gern ein bisschen helfen und auf den Kern meiner jetzigen Wortmeldung zu sprechen kommen, weil Sie ja jetzt Ihr eigenes – das ist vielleicht das falsche Wort, aber das von Ihnen hier eingebrachte – Modell nun ein bisschen ins Licht rücken.

Im Bund, Frau Ministerin, haben in einem langen Diskussionsprozess, an dem Sie beteiligt waren, 15 Bundesländer gesagt: Das ist jetzt die Richtung, die wir einschlagen wollen. Vielleicht können Sie uns sagen, ob es einen Zeitpunkt gab, an dem Sie dem, was am Tisch vorgelegen hat, zugestimmt haben, oder ob es einen Zeitpunkt gegeben hat, an dem Sie für die Interessen des Landes Baden-Württemberg interveniert haben – das wäre interessant –, oder ob Sie stille Zuhörerinnen waren – das würde uns nicht so gut gefallen.

Wenn es so ist, dass man sich an der Diskussion beteiligt hat, würde mich Folgendes interessieren: Der Vorschlag des Bundesfinanzministeriums enthält fünf Komponenten: Grundstücksfläche, Bodenrichtwert, Immobilienart, Alter des Gebäudes und Mietniveaustufe. Diese fünf Komponenten, die Teil eines Prozesses sind, in dem wir – „wir“ ist das falsche Wort; die Beteiligten aus Berlin und die Landesregierungen – die Komplexität reduziert haben, bilden die Themen „Ressourcenschonung in den Böden und Flächen“ und „Soziale Gerechtigkeit“, dass also jemand nach seiner Leistungsfähigkeit besteuert wird, ab. Das ist das, was geschieht.

Können Sie bitte sagen, welche dieser fünf Komponenten Sie für verzichtbar halten, wenn Sie jetzt plötzlich das Modell des BMF, das auf diesen fünf Säulen beruht, infrage stellen? Das ist meine Frage.

Dann noch eine Frage zu dem Punkt, zu dem Sie hier gerade eine Antwort schuldig geblieben sind. Welche der neuen Stellen in Baden-Württemberg sind temporär und welche sind dauerhaft angelegt? Hier geht es ja um eine erhebliche Anzahl.

Abschließend noch folgende Frage: Es gibt modellunabhängige Stellen. Gibt es auch modellabhängige zusätzliche Stellen? Auch das wäre interessant.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Ich fange mal mit dem Thema Stellen an. Wir haben in Baden-Württemberg 5,6 Millionen sogenannte wirtschaftliche Einheiten, die neu bewertet werden müssen. Bei allen diesen wirtschaftlichen Einheiten gibt es eine Änderung. Bisher wurde der Grundsteuerermessbescheid nur anlassbezogen verändert, also dann, wenn etwa eine Fläche oder eine wirtschaftliche Einheit gekauft, verkauft, vererbt oder verschenkt worden ist oder wenn die Kommune den kommunalen Hebesatz verändert hat. Dann gab es einen neuen Bescheid. Ansonsten hatte der alte Bescheid weiterhin Gültigkeit.

An dieser Stelle will ich einfügen: Wir diskutieren hier lediglich über die Bemessungsgrundlage. Über die Höhe der Grundsteuer entscheidet am Ende jede Kommune durch das Hebesatzrecht selbst. Die Bemessungsgrundlage wird mit dem kommunalen Hebesatz multipliziert, und daraus ergibt sich die Höhe der Grundsteuer. Das heißt, die Kommunen haben einen ganz wichtigen Anteil daran, ob das gelingt, was wir uns fest vorgenommen haben, nämlich die Steuer als Ganzes aufkommensneutral zu gestalten. Die Reform soll also nicht zu Mehreinnahmen der Kommunen bzw. insgesamt zu Mehrbelastungen bei den Steuerpflichtigen führen. Das entscheidet sich im Wesentlichen am kommunalen Hebesatz.

Wir brauchen 150 Stellen ab 2021 und voraussichtlich jeweils weitere 175 Stellen in den beiden Folgejahren. Das liegt daran, dass zunächst einmal die Eigentümer dieser 5,6 Millionen wirtschaftlichen Einheiten ermittelt werden müssen. Diese müssen dann jeweils angeschrieben werden. Sie müssen dann je nach Modell fünf, drei oder zwei Angaben machen. Diese Angaben müssen in die Steuer-IT eingepflegt werden, und dann muss eine entsprechende Berechnung durchgeführt werden. Ab Juli 2022 gehen die Steuermessbescheide dann an die Kommunen. Diese können auf der Grundlage dieser Zahlen berechnen, wie sie ihren kommunalen Hebesatz verändern müssen, damit das Steueraufkommen aufkommensneutral bleibt.

Die Finanzverwaltung muss also zwei Verfahren – das jetzige und das neue – parallel bearbeiten, und sie muss für 5,6 Millionen Einheiten die Grundlagen für eine Neuberechnung schaffen.

Es kann sehr gut sein – das wäre auch mein großes Interesse als Finanzministerin –, dass ein Teil der Stellen nach diesem Umstellungsprozess auch wieder wegfallen kann. Dann hat der Haushaltsgesetzgeber darüber zu entscheiden, ob diese Stellen innerhalb der Finanzverwaltung für andere Aufgaben

(Ministerin Edith Sitzmann)

verbleiben sollen oder ob sie insgesamt wegfallen. Ich kann nur daran erinnern: Die SPD hatte im Haushaltsverfahren 300 zusätzliche Stellen für die Finanzverwaltung gefordert.

(Zuruf des Abg. Rainer Stickelberger SPD)

Also auch Sie sind für eine Stärkung der Finanzverwaltung.

(Zuruf des Abg. Peter Hofelich SPD)

Jetzt ist die Frage, wie es denn mit den einzelnen Bewertungen verfassungsrechtlicher Art ist. Dazu empfehle ich Ihnen die Stellungnahme von Frau Professorin Dr. Johanna Hey in der öffentlichen Anhörung im Finanzausschuss des Bundestags am 11. September 2019. Darin heißt es in der Zusammenfassung:

Der Entwurf eines Grundsteuer-Reformgesetzes ist nicht in der Lage, den im Grundsteuerurteil vom 10. April 2018 aufgestellten Reformauftrag des Bundesverfassungsgerichts zu erfüllen.

Das war eine öffentliche Anhörung. Da hat Frau Professorin Hey genau dies bereits kundgetan.

Ich bin keine Verfassungsrechtlerin, aber von renommierten Verfassungsrechtlern weiß ich, dass die Erwartungen des Verfassungsgerichts dann erfüllt sind, wenn der Gleichheitssatz gilt und wenn die Lastengleichheit gilt. Dafür müssen Belastungsgrund, Belastungsziel und die Bemessungsregeln erkennbar und in sich schlüssig sein.

Nach den Regeln des Bundesverfassungsgerichts kann man nicht unterschiedliche Belastungsgründe oder -ziele miteinander mischen. Das betrifft die Debatte, die in vielen Ländern über sogenannte Mischmodelle geführt wird, also aus allen Modellen das zu nehmen, was am besten gefällt, und daraus ein Kombi- bzw. Mischmodell zu basteln. Das ist verfassungsrechtlich extrem schwierig, weil man sich entscheiden muss, ob man nach Ertrag, nach Leistung oder nach Wert einerseits oder nach dem Äquivalenzprinzip andererseits besteuert. Demnach kann die Kommune für die Bereitstellung einer Infrastruktur, die noch nicht durch Gebühren oder Abgaben finanziert wird, eine Steuer erheben.

Das geordnete Verfahren habe ich bereits dargestellt. Wir hatten letzten Freitag eine sehr interessante Anhörung von Experten. Wir werden die Anregungen, die wir aus dieser Expertenanhörung mitgenommen haben, jetzt intensiv prüfen. Im Falle einer Nutzung der Öffnungsklausel – das haben wir, die Regierung, in Übereinstimmung mit den Regierungsfractionen vor – werden wir zeitnah einen möglichst verfassungskonformen Vorschlag auf den Weg bringen. Wie gesagt: Mit der Bodenwertsteuer – dazu hat das Finanzministerium einen Gesetzentwurf in Arbeit – sind dafür die Grundlagen gelegt. Wenn die offenen Fragen geklärt sind, werden wir uns in der Koalition weiterhin konstruktiv und im Interesse Baden-Württembergs, der Kommunen und der Steuerpflichtigen beraten und sicherlich einen gemeinsamen Weg finden.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Schwarz.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Ministerin, uns ist wichtig, dass wir das Aufkommen der Grundsteuer für die Kommunen sichern, dass wir Belastungsverschiebungen ver-

meiden, dass wir ein Modell finden, das im Vollzug sehr einfach ist.

Wir haben zudem das Interesse, dass es eine Anreizwirkung gibt, um Flächen, die bebaut werden können, die baureif sind, einer Bebauung zuzuführen, also einen Beitrag zur Innenentwicklung, zum Wohnungsbau zu leisten. Das wird gemeinhin unter Grundsteuer C diskutiert.

Können Sie uns sagen, welche Möglichkeit das Land Baden-Württemberg hat, eine eigene Grundsteuer C einzuführen, und wie hierfür die rechtlichen Rahmenbedingungen sind?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Vielen Dank für die Frage. – Ohne das Bundesmodell, das übrigens Ende letzten Jahres verabschiedet worden ist – die Fristsetzung war nicht zufällig, sondern sie war vom Bundesverfassungsgericht vorgegeben –, hätten die Kommunen ab dem 1. Januar 2020 keine Grundsteuer mehr erheben können. Sie hätten damit einen Einnahmeausfall von immerhin 1,8 Milliarden € allein in Baden-Württemberg zu verzeichnen gehabt. Das hätte natürlich schwerwiegende Eingriffe für die kommunale Aufgabenerfüllung bedeutet.

Im Bundesmodell ist eine Grundsteuer C vorgesehen. Das heißt, die Kommunen bekommen die Möglichkeit, für von ihnen selbst definierte baureife Grundstücke einen anderen Hebesatz anzuwenden als für alle anderen Grundstücke. Das ist deshalb wichtig, weil der kommunale Hebesatz innerhalb einer Kommune für alle wirtschaftlichen Einheiten gleich hoch ist. Die Kommune kann in der Regel nicht in einem Gebiet einen höheren Hebesatz anwenden als in einem anderen, sondern er ist überall gleich.

Mit der Grundsteuer C haben die Kommunen die Möglichkeit, z. B. ein innerörtlich bzw. innerstädtisch brachliegendes Gebiet, das zur Bebauung geeignet ist, höher zu besteuern als andere Grundstücke. Ziel kann sein, solche Grundstücke beispielsweise der Wohnbebauung zuzuführen. Deshalb ist das ein wichtiges Instrument.

Auch im Rahmen eines Modells, in dem wir die Fläche mit dem Bodenrichtwert – eventuell noch mit der Gebäudefläche – multiplizieren, ist das Einführen einer Grundsteuer C nach meinem derzeitigen Kenntnisstand problemlos möglich. Dann, denke ich, sollten wir davon auch Gebrauch machen.

Präsidentin Muhterem Aras: Danke schön. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Baron.

Abg. Anton Baron AfD: Frau Finanzministerin, meine Frage geht in eine ähnliche Richtung, sie betrifft auch die Grundsteuer C. Gibt es eine klare Definition von „baureifen Flächen“? Die Flächen sehen ja ganz verschieden aus. Gibt es eine klare Abgrenzung? Das ist meine Frage.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Welche Flächen der Wohnbebauung zugeführt werden sollen, entscheiden die Kommunen im Rahmen ihres jeweiligen Bebauungsplans. Dort sind die Wohngebiete, die Mischgebiete und die Gewerbegebiete ausgewiesen. Würde das Grundstück dann laut Bebauungsplan in einem Wohngebiet liegen, würden hierfür die Voraussetzungen vorliegen.

Präsidentin Muhterem Aras: Herr Abg. Gruber hat jetzt das Wort für seine Frage.

Abg. Gernot Gruber SPD: Frau Ministerin Sitzmann, Sie haben die Frage des Kollegen Hofelich, wann oder ob Sie verfassungsrechtliche Bedenken vorgebracht haben, mit einem Zitat einer Wissenschaftlerin aus einer Bundestagsanhörung beantwortet. Mich würde jetzt – darauf aufbauend – interessieren: Haben Sie sich diesen Standpunkt zu eigen gemacht? Haben Sie diesen im Bundesrat eingebracht? Insbesondere: Wie haben Sie, hat die Landesregierung im Bundesrat bei diesem Bundesgesetz abgestimmt?

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Zur Abstimmung im Bundestag und im Bundesrat stand ein ganzes Gesetzespaket. In diesem Gesetzespaket waren zum einen ein Bundesmodell für eine neue Grundsteuer sowie zwei Grundgesetzänderungen enthalten.

Die eine Grundgesetzänderung hat klargestellt, dass der Bund grundsätzlich die Kompetenz hat, die Grundsteuer zu regeln, obwohl es eine Steuer ist, bei der die Einnahmen ausschließlich den Kommunen zukommen. Zum Zweiten gab es eine Grundgesetzänderung, in der es darum ging, dass die Länder von einer Öffnungsklausel Gebrauch machen können und ein vom Bundesmodell abweichendes Modell wählen können.

Allerdings ist es so: Bei den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts hat es zwei Fristen gegeben. Die eine Frist war der 31. Dezember 2019. Bis dahin musste ein neues Grundsteuergesetz beschlossen sein. Diese Frist haben wir mit dem Bundesmodell eingehalten. Deswegen hat Baden-Württemberg diesem Gesetzespaket mit zwei Grundgesetzänderungen und einem Bundesmodell im Bundesrat zugestimmt. Hätten wir das nicht getan, hätte es vielleicht keine Zweidrittelmehrheit gegeben, hätten die Kommunen in Baden-Württemberg und darüber hinaus keine Grundsteuer erheben können und, wie gesagt, 1,8 Milliarden € weniger Einnahmen gehabt.

Selbstverständlich haben wir uns intensiv in die Debatte über eine Reform der Grundsteuer eingebracht. Die Debatten über die Reform der Grundsteuer währen bereits seit 50 Jahren. Warum ist das so? Die Werte, auf denen die Grundsteuer in den neuen Bundesländern beruht, stammen aus den Dreißigerjahren. In den alten Bundesländern sind die Werte fast so alt wie ich; sie stammen aus dem Jahr 1964. Es war sehr schnell klar, dass man diese Werte fortschreiben muss, was aber in all den Jahrzehnten nicht geschehen ist. Deswegen waren auch Klagen beim Bundesverfassungsgericht anhängig. Es war von Anfang an sehr wahrscheinlich, dass das Bundesverfassungsgericht das derzeit noch praktizierte Grundsteuermodell für verfassungswidrig erklären wird. Also war es in unserem eigenen Landesinteresse, dass dieses Bundesmodell beschlossen wird.

Die zweite Frist ist der 31. Dezember 2024. Bis dahin darf das alte Gesetz angewandt und umgesetzt werden. Erst dann wird ein neues Gesetz angewandt.

Wir können davon ausgehen, dass es, egal, welches Modell man wählt, Klagen geben wird. Es wird voraussichtlich Klagen geben von denjenigen, die gemäß Bundesverfassungsgericht in den vergangenen Jahrzehnten eigentlich zu wenig Grundsteuer bezahlt haben, die dann nach neuem Recht eine angemessene Grundsteuer bezahlen müssen. Deswegen ist es

uns, der Regierung und den Regierungsfractionen, auch so wichtig, dass wir uns auf ein Modell einigen, das verfassungskonform ist. Bei dem gerade beschriebenen Bodenwertmodell war die Einschätzung unisono, dass es den Ansprüchen des Bundesverfassungsgerichts genügen wird.

Da Sie jetzt noch einmal das Thema Einfachheit angesprochen haben, kann ich Ihnen sagen: Für das Bundesmodell werden auch nur fünf Angaben des Steuerpflichtigen eingefordert. Das sind die Grundstücksgröße, die Gebäudefläche, die Gebäudeart – Einfamilienhaus, Zweifamilienhaus, Mehrfamilienhaus –, auf jeden Fall das Baujahr und der Bodenrichtwert. Das heißt, für die Steuerpflichtigen ist der Unterschied zwischen dem Bundesmodell und einem Bodenwertmodell, dass bei dem einen Modell fünf Angaben gemacht werden müssen und bei dem anderen Modell zwei bis drei Angaben.

Die Berechnungsmethode, die hinter dem Bundesmodell steckt und die dann über die IT ausgeführt werden muss, ist allerdings sehr viel schwieriger. Da geht es dann um die Nettokaltmieten gemäß Baujahr, multipliziert mit der Wohnfläche und einem Faktor für die Zahl der Monate. Dann hat man einen Rohertrag. Anschließend muss man die Bewirtschaftungskosten nach Baujahr abziehen und kommt dann zu einem jährlichen Reinertrag. Dieser wird dann mit einem Vielfältiger multipliziert, der sich nach Baujahr und Liegenschaftszinssatz bemisst. Dann erhält man den Barwert des Reinertrags.

Auf der anderen Seite müssen Sie den Bodenrichtwert mit der Grundstücksfläche und dem Abzinsungsfaktor nach Baujahr multiplizieren, um den abgezinsten Bodenwert zu erhalten. Das fließt dann in den Grundsteuerwert ein, der dann mit einer Steuermesszahl multipliziert wird. Das ist die Grundlage, auf der die Kommunen dann sozusagen den Hebesatz draufgeben und die Grundsteuer berechnen.

Verglichen damit ist das Modell „Grundstücksfläche multipliziert mit Bodenrichtwert und eventuell Gebäudefläche“ – das muss man noch sehen – doch eine sehr viel einfachere Berechnungsmethode, die dann von der Finanzverwaltung ausgeführt werden muss, als beim Bundesmodell.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Das war nicht meine Frage!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, ich habe zwar noch eine Wortmeldung, aber die Zeit hierfür ist um. Die 30 Minuten sind ausgeschöpft.

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Schade.

Präsidentin Muhterem Aras: Deshalb vielen Dank, Frau Ministerin.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Ministerin für Finanzen Edith Sitzmann: Jetzt habe ich mich gerade warmgeredet.

(Abg. Jürgen Walter GRÜNE: So kurz hat sie zu dem Thema noch nie geredet! – Abg. Peter Hofelich SPD: Wo war denn der Kollege Wald? – Gegenruf des Abg. Ulli Hockenberger CDU: Er denkt gerade fest an uns!)

Präsidentin Muhterem Aras: Ich rufe das nächste Thema auf, gemeldet von der Fraktion der CDU:

Innovationsstrategie BW – Fortschreibung 2020

Herr Abg. Paal, Sie haben das Wort.

Abg. Claus Paal CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Wirtschaftsministerium hat diese Woche die Fortschreibung der Innovationsstrategie des Landes vorgestellt. Bei der Erstellung der Strategie waren alle fachlich berührten weiteren Ressorts beteiligt. Die Innovationsstrategie ist nicht nur Grundlage des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung – EFRE –, sondern natürlich auch wichtig für die Zukunft dieses Landes; ich erinnere an unsere Aktuelle Debatte von heute Morgen.

Uns interessiert natürlich diese Strategie brennend. Deshalb frage ich die Landesregierung: Wozu dient die Strategie? Was ist das Ziel? Was sind die wichtigsten Empfehlungen der Strategie? Und hat die Innovationsstrategie direkte Auswirkungen, von denen wir hier in Baden-Württemberg profitieren werden?

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich das Wort Frau Wirtschaftsministerin Dr. Hoffmeister-Kraut. – Auch hier gilt natürlich, die Antworten möglichst kurzzufassen, damit noch viele Fragen möglich sind. Vielen Dank.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Vielen Dank. – Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, in der Debatte heute Morgen wurde wieder deutlich: Innovation – das ist der Weg, den wir gehen, den unsere Wirtschaft im globalen Wettbewerb beschreitet. Technologieführerschaft in unseren Kernbranchen, aber auch in Nischen – die vielen Hidden Champions sind so erfolgreich im internationalen Wettbewerb, weil sie eben über Innovation ihre Produkte wettbewerbsfähig global anbieten können.

Wir haben den Anspruch, dass wir auch in Zukunft Spitzentechnologie aus Baden-Württemberg in die Welt verkaufen, die Unternehmen, die Wirtschaft hier in unserem Land gut aufgestellt sind. Baden-Württemberg ist eine der innovationsstärksten Regionen Europas. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Wir befinden uns derzeit in einem tief greifenden Umbruch durch die Digitalisierung, aber auch durch die Veränderung im Bereich der Mobilität in aller Vielfalt. Deshalb ist es zwingend notwendig, dass wir, die Landesregierung, eine Innovationsstrategie erarbeitet haben, die die Grundlage darstellt, auch für unsere Aktivitäten, für unsere Investitionen, für unsere Förderungen auf Landesebene.

Wir haben uns gefragt: Wo steht unser Bundesland aktuell, wo wollen wir hin, und mit welchen Mitteln wollen wir diesen Weg beschreiten?

Die letzte Innovationsstrategie war aus dem Jahr 2013. Deshalb freue ich mich, dass es uns jetzt gemeinsam gelungen ist, einen neuen Weg, neue Handlungsfelder zu definieren und

dann auch konsequent in den unterschiedlichen Bereichen umzusetzen.

Wir haben Handlungsstränge definiert, die wir jetzt in den Fokus nehmen, um auch in Zukunft erfolgreich sein zu können. Wir punkten durch unsere starke Forschungsinfrastruktur, durch die enge Verzahnung der Hochschulen, der anwendungsorientierten Forschung, des Technologietransfers. Hier müssen wir unsere Anstrengungen weiter intensivieren.

Als zentrale Handlungsfelder haben wir die Digitalisierung, künstliche Intelligenz, Industrie 4.0, nachhaltige Mobilität, Gesundheitswirtschaft, Ressourceneffizienz, Energiewende und auch die nachhaltige Bioökonomie identifiziert. In diesem Bereich passiert gerade auch sehr viel Innovation. Wir werden hierauf stärker den Blick richten.

Ziel muss es sein, dass wir unsere Anstrengungen auf einem hohen Niveau bei einer hohen FuE-Intensität weiter aufrechterhalten. Wir haben in Baden-Württemberg eine FuE-Quote von 5,6 %. Das ist weltweit ein führender Wert. Wir haben einen Anteil aus der Wirtschaft von 83,6 %. Das Land, der Staat hat einen Anteil von nur 16,4 %. Ziel – das ist allerorten anerkannt, auch bei der Wissenschaft – wäre es, eine Quote von ca. 30 % anzustreben. Ich möchte mich auch dafür einsetzen, dass wir vonseiten des Landes noch mehr Mittel geben, um Innovation und die Innovationsbedingungen in Baden-Württemberg zu verbessern. Daran müssen wir arbeiten.

Es gibt auch unterschiedliche Einschätzungen von verschiedenen Instituten. Was wir feststellen, ist, dass die Innovationsdynamik in Baden-Württemberg gerade bei den kleinen und mittleren Unternehmen abnimmt. Deshalb müssen wir darauf verstärkt den Blick richten.

Empfehlungen der Innovationsstrategie sind daher – wir werden es noch weiter konkretisieren –: Erhöhung der öffentlichen FuE-Ausgaben, Ausbau der Forschungsinfrastrukturen und auch Stärkung der Strukturen des Technologietransfers von der Wissenschaft in die Wirtschaft, insbesondere hin zu den kleinen und mittleren Unternehmen. Diese sind das Rückgrat unserer Wirtschaft; sie machen unseren Standort attraktiv. Dadurch unterscheiden wir uns auch von vielen anderen Regionen, weil wir in Baden-Württemberg durch unsere Vielfalt Kompetenzen – diese Systemkompetenz, gerade im Bereich Maschinen- und Anlagenbau, aber auch im Automobilbereich und natürlich auch im Bereich der Gesundheitswirtschaft und in den anderen Branchen – vorhalten. Daran müssen wir weiter arbeiten.

Inwieweit profitieren wir von direkten Auswirkungen der Innovationsstrategie? Wir haben jetzt fast ein Jahr daran gearbeitet, diese Strategie gemeinsam aufzustellen. Die Innovationsstrategie hat eine übergeordnete Bedeutung für Baden-Württemberg. Sie wird auch die Grundlage sein für Fördermittel aus der Europäischen Union, aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, der in den Jahren 2021 bis 2027 Mittel zur Verfügung stellen wird. Die EU-Kohäsionspolitik dient ganz klar auch der politischen Zielsetzung eines intelligenteren Europas durch die Förderung eines innovativen und intelligenten wirtschaftlichen Wandels. Da sind wir jetzt gut positioniert, gut aufgestellt, einhergehend natürlich mit dem Ziel der Reduzierung und Kompensation von CO₂-Emissionen.

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

Sobald der Mehrjährige Finanzrahmen auf europäischer Ebene verabschiedet wird, rechnen wir mit Mitteln von 200 bis 250 Millionen €, die für innovative Projekte ins Land fließen, die dann national kofinanziert werden müssen. Wir rechnen mit Investitionen von rund 500 Millionen €. Das sind natürlich wichtige Gelder, die wir zum Wohle unserer Wirtschaft nach Baden-Württemberg holen wollen, holen müssen, damit wir auch in Zukunft gut aufgestellt sind.

Ich freue mich darauf, hier mitzuwirken, und bin gespannt, was daraus alles entsteht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank erst mal. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Weirauch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Frau Ministerin, vielen Dank. – Da Sie gerade über die Innovationsstrategie sprechen, habe ich eine Frage zu dem KI-Innovationspark, den Sie über die Presse bzw. über die Pressekonferenz angekündigt hatten. Sie haben dazu für 500 000 € ein Gutachten bei einem Immobilienentwickler in Auftrag gegeben, der das mit vorantreiben soll.

Für uns stellt sich die Frage: Bis wann wird das Gutachten auf dem Tisch liegen? Bis wann kann man insgesamt davon ausgehen, dass ein Innovationspark im Bereich der künstlichen Intelligenz eingerichtet wird?

Was uns auch umtreibt, ist die Frage, wie die Standortsuche funktioniert. Können sich Kommunen, können sich Landkreise, Städte und Gemeinden darum bewerben? Läuft das top down, indem der Immobilienentwickler sich schon jetzt Standorte aussucht und dann das Land aktiv auf die Kommunen zugeht, oder haben alle Kommunen in Baden-Württemberg die Möglichkeit, sich für solch einen Innovationspark zu interessieren und zu bewerben?

Das sind die Fragen, die wir an Sie haben.

Vielen Dank.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Vielen Dank, Herr Dr. Weirauch. – In der Tat habe ich schon vor einiger Zeit unsere Wirtschaftsstrategie zur künstlichen Intelligenz auch öffentlich präsentiert. Ein zentrales Element dieser Wirtschaftsstrategie ist es, dass wir einen KI-Innovationspark in Baden-Württemberg aufbauen wollen. Das ist natürlich ein Großprojekt, das auch mehrere Millionen kosten wird. Ähnliche Parks sehen wir in China, auch in den USA. Wir wollen die Akteure in diesem Bereich zusammenholen, dass sie sich vernetzen, dass sie gemeinsam Projekte weiterentwickeln. In der digitalen Welt braucht man Netzwerke, braucht man Kooperationen. Einzelne Unternehmen allein können bestimmte Projekte nicht vorantreiben.

Um hier fundiert vorzugehen und einen solchen Innovationspark professionell aufzubauen, haben wir eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben. Wir gehen davon aus, dass sie im Laufe dieses Jahres abgeschlossen sein wird. Wir haben hier

keine Vorfestlegungen. Wir werden analysieren, welche Kriterien relevant sind, welche Wege wir hier gehen. Über die regionale Ansiedlung wird dann quasi im nächsten Schritt diskutiert. Wie gesagt: Da gibt es keine Vorfestlegungen. Wir machen uns jetzt Gedanken, wie wir das am gewinnbringendsten, am intelligentesten in Baden-Württemberg aufbauen.

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dürr.

Abg. Klaus Dürr AfD: Danke schön. – Innovation: Ich habe noch eine Frage, die in eine ähnliche Richtung wie die von Herrn Dr. Weirauch geht. Wenn wir gemeinsam der Meinung sind, dass KI ein Schlüsselement unserer Zukunft hier und auch für die Arbeitsplätze ist: Hätte das Wirtschaftsministerium etwas in petto, um eine KI-Anwendung wirklich bauen zu lassen, in der Realität herstellen zu lassen, die man auch den kommunalen Verbänden bzw. den Wirtschaftsförderern zur Verfügung stellen kann? Es geht also darum, mit Geld des Landes wirklich etwas zu bauen, wovon die kommunalen Verbände bzw. die Wirtschaftsförderer partizipieren können, um es in die Landschaft hinauszubringen und es den kleinen und mittleren Unternehmen, die so etwas niemals finanziell stemmen können, weil sie die Ressourcen, die sie dafür brauchten, nicht haben, zur Verfügung stellen zu können.

Wie gesagt: Vorreiter sein, vorangehen, Beispiel geben und es wirklich implementieren, also nicht nur fördern und anstoßen, sondern das dann eventuell über die Digital Hubs verbreiten und zur Verfügung stellen, damit es wirklich genutzt werden kann. Es geht also darum, wirklich einen Nutzen vor Ort zu stiften.

Haben Sie da irgendetwas in Ihrer Strategie vorgesehen, bzw. was ist dann die Innovation, die Sie wirklich voranbringen wollen, und zwar reell, direkt vor Ort?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Vielen Dank für die Frage. – Da reden wir nicht über Strategie, da reden wir schon über die Umsetzung. Genau diesen Punkt haben wir bereits realisiert. In Baden-Württemberg haben wir ein exzellentes Forschungsinstitut im Cyber Valley mit Professor Schölkopf, Professor Black, die ja hier Algorithmen entwickeln.

Ich glaube, wir alle sind uns einig: Das sollen die Wissenschaft und die Wirtschaft tun. Die Politik ist hier nicht gefragt. Wir schaffen die Rahmenbedingungen. Natürlich können die Kommunen da, wo es für sie sinnvoll ist, KI einsetzen, aber das muss die Kommune dann auch selbst entscheiden. Wir schaffen hier die Voraussetzungen.

Wir haben eine exzellente Grundlagenforschung mit einem starken Wirtschaftsbezug. Ich habe gemeinsam mit der Wissenschaftsministerin, mit Fraunhofer IPA und Fraunhofer IAO, also Professor Bauernhansl und Professor Bauer, sowie mit Herrn Professor Schölkopf erst Ende letzten Jahres das KI-Fortschrittszentrum „Lernende Systeme“ öffentlich vorgestellt. Es bindet sich an das Cyber Valley an, dockt sich dort an und baut genau die Brücke hin zu den kleinen und mittleren Unternehmen, die Wissen, das dort generiert wird, transferieren. Dieser Technologietransfer in die Wirtschaft hinein, der hier stattfindet – genau das, was Sie angesprochen haben –,

(Ministerin Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut)

passiert. Gehen Sie einmal dorthin, zu einem Open Innovation Day. Das ist wirklich spannend.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Da waren wir schon!)

– Sie waren schon dort. – Das ist wirklich interessant. Da reden wir also nicht über die Zukunft, sondern wir haben das schon umgesetzt. Diese Transaktion in die Wirtschaft hinein passiert schon. Denn unser Ziel muss sein, dass wir KI made in Baden-Württemberg in unsere Wertschöpfungsprozesse einbringen, dass wir Arbeitsplätze hier in Baden-Württemberg daraus gewinnen. Das ist mein Ziel, und dem kommen wir jetzt einen weiteren Schritt näher.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Dr. Weirauch.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Die Ministerin braucht keine KI; die kann das selber!)

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Frau Ministerin, ich möchte noch einmal auf Ihre Ausführungen zum Thema „Gesamtausgaben/Investitionen in Forschung und Entwicklung“ zurückkommen. Sie sprachen gerade von einer aktuellen Quote in Höhe von ca. 16 %, was die öffentlichen Ausgaben in dem Bereich betrifft. Sie haben Ihre Zielvorgabe genannt: 30 %.

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Das ist mein Wunsch.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Ja. Sie haben es als Zielvorgabe formuliert. Ich würde gern wissen: Was haben Sie denn da für eine Zeitschiene vorgesehen? Woran haben Sie denn da gedacht? Bis wann würden Sie als verantwortliche Ministerin gern diese Quote im Land Baden-Württemberg erfüllt haben?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Ich bin ja nicht die allein verantwortliche Ministerin; das betrifft vielmehr mehrere Bereiche. Ich bin dazu auch bereits im Austausch mit Frau Bauer.

Fakt ist: Baden-Württemberg ist natürlich auf einem hohen Niveau. Unsere Wirtschaft stellt viel Geld für die Forschung und Entwicklung zur Verfügung; auch das Land gibt absolut gesehen viel Geld. Wenn wir einen bundesweiten Vergleich anstellen, sehen wir: Das ist die zweithöchste Summe bundesweit. Nur Nordrhein-Westfalen gibt absolut mehr Geld für die Förderung von Innovationen.

Was den absoluten Betrag angeht, sind wir also gut aufgestellt. Aber in Relation zu den gesamten FuE-Ausgaben im Land Baden-Württemberg gibt es, wenn wir uns auch weltweit vergleichen, mit einer Quote von 16,4 % noch Luft nach oben. Die Quote hat sich in den letzten Jahren auch nach unten entwickelt. Ich werde das jetzt angehen. Wir setzen die Strategie jetzt Schritt für Schritt um und wollen eben auch über EFRE-Mittel hierfür noch mehr Geld nach Baden-Württemberg holen.

Dazu darf ich auch einen Erfolg verkünden. Die Amtschefs der Wirtschaftsministerien haben sich im November 2019 auf ein Szenario zur Verteilung der EFRE-Mittel geeinigt. Hier partizipieren wir auch wieder relativ mehr als bisher. Es kommt natürlich darauf an, wie viele Mittel dann zur Verfü-

gung gestellt werden. Die Quote ist von 5,81 auf 6,39 % gestiegen. Da holen wir mehr Geld ins Land. So werden wir Schritt für Schritt daran arbeiten, den Anteil des Landes zu erhöhen.

Abg. Dr. Boris Weirauch SPD: Aber Sie haben keine klare Zielvorstellung, was das Datum angeht, zu dem Sie die 30 % gemeinsam mit Ihrer Kollegin Bauer erreicht haben wollen?

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Wir haben jetzt das Ziel definiert, und wir werden daran arbeiten, unsere Quote in Baden-Württemberg zu verbessern.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Hervorragend!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Herr Abg. Dürr hat das Wort.

Abg. Klaus Dürr AfD: Noch die Nachfrage – vielleicht habe ich mich nicht präzise genug ausgedrückt –: Machen Sie in Ihrem Haus oder in der Regierung ein KI-Projekt, das Sie selbst einsetzen für Ihre Arbeit und das andere dann nutzen können? Es geht also darum, dass Sie selbst in der Regierung Anwendungen der KI entwickeln lassen und in einem bestimmten Zeitraum durchführen.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut: Wir arbeiten natürlich auch an der Digitalisierung der Landesregierung. Wir kommen hier Schritt für Schritt voran. Auch die Services gegenüber dem Bürger sollen immer stärker digitalisiert werden. Da wird es bestimmt in dem einen oder anderen Bereich auch den Einsatz von KI geben. Aber im Wirtschaftsministerium – wir haben jetzt auch keine nachgelagerten Bereiche – haben wir im Moment keine Anwendungsfälle. Die Entscheidungen treffen wir gemeinsam, ich mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Es gibt etwa das Thema Blockchain. Inwieweit das dann auch in die Verwaltung dringt, werden wir natürlich auch wieder Schritt für Schritt beobachten und dann sehen, inwieweit das sinnvoll ist. Aber ein konkretes Projekt gibt es bei mir im Haus nicht.

(Abg. Klaus Dürr AfD: Danke schön!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Thema. – Danke schön, Frau Ministerin.

Ich rufe das nächste Thema auf – dafür haben wir jetzt nicht mehr sehr viel Zeit, aber ein bisschen schon noch –, gemeldet von der Fraktion GRÜNE:

M i t t e l a b f l u s s i m S t r a ß e n b a u 2 0 1 9

Herr Abg. Marwein, bitte.

Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Frau Präsidentin! Herr Minister, ich stelle folgende Fragen:

Sie haben gestern im Kabinett die Zahlen zum Mittelabfluss im Straßenbau thematisiert und vorgestellt. Ich möchte jetzt gern wissen: Wie viele Euro wurden da insgesamt umgesetzt?

Kann ich die zweite Frage gleich anschließen?

Präsidentin Muhterem Aras: Ja.

Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Wie verteilen sich diese Mittel auf Landesstraßen, Bundesstraßen und Radwege?

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank, Herr Marwein, für die Fragen.

Die Straßenbauverwaltung hat im letzten Jahr, also 2019, rund 1,4 Milliarden € umgesetzt. Darin enthalten sind rund 1 Milliarde € Bundesmittel für Bundesstraßen und für Autobahnen und etwa 0,4 Milliarden € Landesmittel für Landesstraßen. Der größte Teil ist investiv, aber es gibt natürlich auch nicht investive Mittel und investive Mittel, die andere ausgeben wie z. B. die DEGES. Wir können sagen, dass wir jetzt in mehreren Jahren wiederholt auf einer Rekordhöhe sind, was den Ausbau und den Umsatz von Straßenbaumitteln anlangt.

Ergänzend dazu: Der Bund hat uns im letzten Jahr etwa 180 Millionen € weniger gegeben als im Jahr zuvor. Das hängt damit zusammen, dass der Bund mit Mauteinnahmen aus der Pkw-Maut in seinem Budget gerechnet hat, die ja bekanntermaßen nicht geflossen sind. Deswegen gab es weniger. Im Gegenzug muss ich aber sagen: Der Landeshaushalt gibt mehr her. Wir haben die Mittel deutlich erhöht.

Wir haben für die Landesstraßen etwa 250 Millionen € in Aus- und Neubau, Erhaltung und Sanierung investiert. Die Erhaltungsmaßnahmen lagen in der Höhe von 120 Millionen €, machten also den größten Teil aus. In den Bundesfernstraßenbau haben wir insgesamt 780 Millionen € investiert. In den Radwegbau haben wir etwa 9,6 Millionen € vom Bund investiert, und landesseitig haben wir 11 Millionen € investiert.

2018 waren die Zahlen leicht verschoben, aber insgesamt kann man sagen, wir haben sehr viele Mittel umgesetzt, und dies war ein weiteres Jahr, in dem wir erfolgreich gearbeitet haben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Haben Sie das gern gemacht?)

– Ist das eine offizielle Frage?

(Abg. Martin Rivoir SPD: Die Frage eines Oppositionsabgeordneten!)

Präsidentin Muhterem Aras: Das war jetzt eine Zwischenfrage. – Herr Abg. Marwein hat eine weitere Frage.

Abg. Thomas Marwein GRÜNE: Ich habe eine Frage zum Thema Brücken. Straßen sind ja das eine, aber Straßen werden immer auch mit Brücken verbunden, und das ist ja eine besonders kritische Infrastruktur. Wie sieht es denn da aus mit Erhalt, Sanierung oder eventuell auch Neubau?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Wir haben ein verstärktes Programm für die Brücken aufgelegt; wir haben aus der Sanierungsrücklage auch in besonderer Weise in Brücken investiert. Wir haben die Kommunen unterstützt bei Brü-

cken, die sie eigentlich selbst sanieren müssten; denn wir haben gesehen, da fehlt es bei den Kommunen. Dafür haben wir übrigens neue Voraussetzungen geschaffen: Ab 2020 werden diese Maßnahmen aus dem Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanziert werden können. Insgesamt standen für diesen Bereich 76 Millionen € zur Verfügung.

Auf die nicht regulär gestellte, aber durch Zuruf an mich gerichtete Frage des Abg. Zimmermann möchte ich ebenfalls antworten: Wir haben das gern und mit Leidenschaft gemacht;

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Oi!)

sonst hätten wir es nicht so gut hinkommen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Deswegen hat er gefragt, damit Sie das sagen können!)

Präsidentin Muhterem Aras: Vielen Dank. – Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Rivoir.

Abg. Martin Rivoir SPD: Herr Minister, vielleicht können Sie auch noch etwas zu Haushaltsresten sagen. In welcher Höhe sind diese vorhanden? Wie viele Projekte konnten aufgrund irgendwelcher Randbedingungen nicht realisiert werden? Ich kenne da beispielsweise in meinem Wahlkreis ganz konkret das Projekt eines Radwegs, für das seit fünf Jahren Finanzmittel vorhanden sind, die Landesverwaltung es aber offensichtlich nicht hinkommt, diesen Radweg zu bauen.

Vielleicht gibt es noch mehr solcher Projekte? Mich interessieren einfach die Haushaltsreste bzw. das Finanzvolumen, das auf diese Art und Weise vor sich hergeschoben wird.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Bugwelle nennt sich das! – Gegenruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt ist es mal gut!)

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Grundsätzlich muss ich sagen: Wir sind immer bemüht, das Geld rechtzeitig auszugeben,

(Abg. Rüdiger Klos AfD: Auszugeben! Interessant!)

und zwar Jahr für Jahr. Aber Sie wissen vielleicht auch aus dem privaten Bereich: Bisweilen wird man nicht so rechtzeitig fertig, und dann fällt auch noch keine Rechnung an, oder es gibt Störungen bei der Umsetzung eines Projekts.

Oft sind die Mittel gebunden; übrigens sind gerade im Bereich des LGVFG Mittel gebunden, die wir Kommunen versprochen haben und bei denen sich dann herausstellt, dass die Baumaßnahmen nicht so schnell durchgeführt werden können.

So gibt es auch bei Landes- und bei Bundesstraßen bisweilen Verzögerungen. Aber man kann sagen: Das ist nichts, was irgendwie besonders beunruhigend wäre; wir geben das Geld in der Regel aus.

Wir hatten bei Bundesmitteln beispielsweise regelmäßig die Situation – das ist auch diesmal so –, dass wir mehr Geld für Bundesprojekte ausgegeben haben, als wir vom Bund bekommen haben. Wir mussten sozusagen Überziehungskredite aus Landesmitteln in Anspruch nehmen, damit wir solche Maßnahmen finanzieren konnten.

(Minister Winfried Hermann)

Da gibt es gewisse Spielräume. Wir haben nun 100 Millionen € im Rahmen eines Überziehungskredits zur Verfügung für den Fall, dass wir über das Maß hinausgehen, was uns der Bund gibt.

Wir planen also eigentlich immer so, dass wir mindestens das Ziel erreichen, das durch den Finanzrahmen des Bundes vorgegeben ist. Das Gleiche machen wir auch bei Projekten des Landes. – Also, mit Resten ist da nicht so viel.

Präsidentin Muhterem Aras: Die nächste Frage kommt von Herrn Abg. Katzenstein.

Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Herr Minister, Sie haben berichtet, dass für den Radwegebau knapp 10 Millionen € vom Bund umgesetzt wurden und dass es von Landesseite, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, knapp 11 Millionen € waren. Wie waren die entsprechenden Zahlen im Vorjahr, und wie beurteilen Sie die Entwicklung?

Minister für Verkehr Winfried Hermann: Grundsätzlich will ich sagen, dass der Bund den Radwegebau eher neu für sich entdeckt hat. Daher ist die Situation jetzt wie folgt: Wir werden in den nächsten Jahren vermutlich eine kontinuierliche Zunahme haben. Der Bund – das begrüße ich auch ausdrücklich – wird sich nicht nur am Radwegebau an Bundesfernstraßen beteiligen, sondern auch an anderen Projekten, insbesondere an Radschnellwegen.

Wenn Sie konkret nach den Zahlen zum Radwegebau fragen, müsste ich noch einmal in der entsprechenden Tabelle nachschauen. Wir hatten im Großen und Ganzen eigentlich immer ein ähnliches Niveau; im einen Jahr war es mal etwas weniger, im anderen mehr. Das hat aber auch damit zu tun, dass der Radwegebau immer von Straßenneubaumaßnahmen abhängig ist. Wenn eine Straße neu gebaut wird, die noch keinen Radweg hat, entsteht viel, und es fallen viele Kosten an, und wenn das nicht der Fall ist, dann wird auch kein Radweg gebaut.

(Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE: Sie können es auch nachreichen!)

– Ja, das würde ich dann im Einzelnen nachreichen. Ich finde die Zahlen jetzt gerade nicht auf die Schnelle.

Präsidentin Muhterem Aras: Meine Damen und Herren, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Die Zeit ist auch praktisch ausgeschöpft. – Vielen Dank, Herr Minister.

Damit ist Punkt 4 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes – Drucksache 16/7046

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/7599

Berichterstatter: Abg. Rainer Stickelberger

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Sckerl das Wort.

Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf zur Änderung des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes ist sicherlich kein spektakulärer Gesetzentwurf, aber ein wichtiger. Es geht um technische und verfahrensrechtliche Änderungen im Bereich von Sicherheitsüberprüfungen.

Es geht um einen Bereich, in dem Personen tätig sind, die mit einer sicherheitsrelevanten Tätigkeit betraut werden. Das ist für die Sicherheit des Staates, der Behörden, aber auch für andere größere und kleinere Bereiche natürlich wichtig. Unser Ziel muss immer sein, dass solche Personen absolut vertrauenswürdig sind. Das ist für die Bedeutung aller Gremien, auch unseres Parlaments, von hoher Wichtigkeit.

Nur wer absolute Vertrauenswürdigkeit besitzt, kann diese Tätigkeit wahrnehmen. Ich erinnere an Gremien in diesem Haus wie das Parlamentarische Kontrollgremium oder die G 10-Kommission. Beamte, die dafür tätig sind und die im Hintergrund Vorbereitungen treffen, müssen vertrauenswürdige Personen sein. Deswegen sind diese Sicherheitsüberprüfungen notwendig.

Es gibt umfassende Regelungsgrundlagen für den Schutz von Geheimnissen. Das jetzige Gesetz stammt immerhin schon aus dem Jahr 1996, es wurde zwei Mal geringfügig geändert. Aber die Zeiten, in denen wir leben, haben sich seitdem massiv verändert: Digitalisierung, Globalisierung, auch die Herausforderungen durch den internationalen Terrorismus sind gewachsen. All das macht aus unserer Sicht eine Überarbeitung der Regelungen für Sicherheitsüberprüfungen notwendig.

Wir orientieren uns dabei an bundesrechtlichen Vorgaben. Eine eigene Landesregelung zur Novellierung des Geheimschutzrechts wäre nicht zielführend. Zielführend ist es, die Regelung zwischen Bund und Ländern zu harmonisieren, um ein einheitliches Sicherheitsniveau zu erreichen. Nach der Regelung auf Bundesebene im Jahr 2017 sind fast drei Jahre vergangen. Es ist an der Zeit, dass wir dies auch im Land regeln.

Die wichtigsten Neuregelungen sind, dass digitale Verfahren eingeführt werden und der Datenschutz verbessert wird. Auch der sogenannte Verschlusssachenschutz selbst, also die entsprechende Technik der Schutzmechanismen, bedarf einer Modernisierung. Dazu gibt es eine ganze Reihe neuer Regelungen, die aus unserer Sicht unproblematisch sind.

Wer dauerhaft mit sensiblen Akten umgeht, dessen Zuverlässigkeit muss auch in Zukunft regelmäßig geprüft werden. Was bisher nur für manche Personen galt, das gilt nun für alle: Sicherheitsüberprüfungen müssen alle zehn Jahre wiederholt werden.

Das ist – kurz zusammengefasst – schon der wesentliche Regelungsgehalt des Gesetzentwurfs. Ich glaube, mehr muss an dieser Stelle nicht gesagt werden. Nicht spektakulär, aber notwendig, meine Damen und Herren. Meine Fraktion wird dem Gesetzentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Zimmermann das Wort.

Abg. Karl Zimmermann CDU: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Aufgrund des starken Interesses bei Ihnen an diesem Thema schließe ich mich den Ausführungen meines Vorredners – wann hätte ich das geglaubt? – in vollem Umfang an.

(Heiterkeit – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dass du das noch erleben darfst!)

– Dass ich und Sie so etwas erleben können, hätten wir beide nicht gedacht.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Thomas Blenke CDU: Deshalb haben wir unsere besten Leute rausgeschickt!)

Ich kann Ihnen aber auch sagen: Nachdem der Normenkontrollrat keinerlei Einwände gegen dieses dringend notwendige Gesetz hat, bitte ich in der zweiten Lesung auch um Ihre Zustimmung. Im Ausschuss haben wir den Gesetzentwurf beraten.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU und den Grünen)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Binder.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Herr Binder schließt sich den Ausführungen des Abg. Zimmermann an! – Abg. Manuel Hagel CDU unterhält sich an der Regierungsbank mit Minister Thomas Strobl.)

Abg. Sascha Binder SPD: Herr Minister, ich kann mir vorstellen, dass Sie mit Ihrem Generalsekretär aus aktuellem Anlass einiges zu besprechen haben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Wir diskutieren aber über einen Gesetzentwurf, den Ihr Haus hier im Parlament eingebracht hat.

(Abg. Gabi Rolland SPD: Das interessiert ihn aber nicht!)

Das scheint Sie nicht zu interessieren. Wir sind gespannt, was aus den Beratungen mit Ihrem Generalsekretär als Wortmeldung zu den heutigen Ereignissen herauskommt.

(Abg. Anton Baron AfD: „Nie wieder Sozialismus“, sagt er! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Zur Sache selbst kann ich mich weitestgehend, was selten genug vorkommt, dem Kollegen Zimmermann anschließen.

(Vereinzelt Beifall – Oh-Rufe – Abg. Karl Zimmermann CDU: Ausnahmsweise!)

Das teile ich am heutigen Tag mit der grünen Fraktion. Deshalb können wir diesem Gesetz, wie wir es auch im Ausschuss

schon gesagt haben, gern zustimmen. Es gibt auch bei uns keinen Änderungsbedarf. Deshalb werden wir hier zustimmen.

Herzlichen Dank für Ihre ungeteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Abg. Thomas Blenke CDU: Dafür gibt es einmal Applaus, Herr Kollege Binder! – Abg. Andreas Stoch SPD: Der Herr Minister soll mal wiederholen, was Herr Binder gesagt hat!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die Fraktion der AfD erteile ich das Wort Herrn Abg. Klos.

Abg. Rüdiger Klos AfD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befassen uns heute mit der Änderung des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Bis jetzt stimmt es! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist bekannt!)

Eines sage ich Ihnen gleich: Sie können den Verfassungsschutz so sehr gegen die AfD instrumentalisieren und zur Beobachtung der AfD missbrauchen, wie Sie wollen. Dennoch wird das Ergebnis lauten: Der Verfassungsschutz stellt fest, die AfD steht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und fordert die Einhaltung der Gesetze und vor allem die Einhaltung des deutschen Grundgesetzes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Hier stehen wir im Gegensatz zu Frau Sitzmann, die noch in der letzten Legislaturperiode die Verschlinkung und letztendlich die Abschaffung des Verfassungsschutzes gefordert hat.

Meine Damen und Herren, Parteien, die eine Kapazität wie den Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz, Herrn Maaßen, von dieser Position entfernen, weil er seine Aufgabe in vorbildlicher Weise erfüllt hat,

(Beifall bei der AfD – Lachen und Zuruf des Abg. Jürgen Walter GRÜNE)

weil er seine Aufgabe, die Bekämpfung von Desinformation, auch, wenn die Bundeskanzlerin die Täterin ist, wahrgenommen hat, diese Parteien müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass man sich fragen muss, ob sie noch auf dem Boden unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen.

(Beifall bei der AfD)

Statt Strafversetzung hätte Herr Maaßen für vorbildliche, unerschrockene Pflichterfüllung einen Orden verdient.

(Zuruf des Abg. Hermann Katzenstein GRÜNE)

Er hat sich um die Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht wie kein Zweiter. Stattdessen bekommt Mario Draghi das Bundesverdienstkreuz.

(Abg. Anton Baron AfD: Der größte Enteigner der Geschichte!)

(Rüdiger Klos)

Das kann kein Satiriker mehr toppen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Sie schon!)

Sie kommen mit Änderungen im Landessicherheitsüberprüfungsgesetz, während die reale Sicherheitslage auf den Straßen und Plätzen in unserem Land katastrophal ist.

(Zuruf von der AfD: Genau!)

Gruppenvergewaltigung einer 14-Jährigen in Ulm, Abschlagung mit Machete auf offener Straße in der Landeshauptstadt Stuttgart – meine Damen und Herren, das ist das Resultat derjenigen, die als „wertvoller als Gold“ bezeichnet werden. Da sind aber auch – ich betone: auch – Mörder, Vergewaltiger, Messerstecher und Folterer dabei. Denen verhelfen Sie hier zu einer neuen Identität. Das ist der eigentliche Sicherheitskandal in diesem Hohen Haus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Es wird Zeit, dass Sie sich den Tatsachen stellen, und diese lauten: Sie haben sich gewaltig verkalkuliert. Was haben Sie eigentlich gedacht? Da kommen nur Florence Nightingales und Mutter Therasas zu uns? Wer so gedankenlos und verantwortungslos handelt, der versündigt sich an den Schwächsten unserer Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ebenso verhält es sich mit den Änderungen und Anpassungen im Landessicherheitsüberprüfungsgesetz an das Sicherheitsüberprüfungsgesetz des Bundes. Wenn Sie es in all dieser Zeit nicht für erforderlich gehalten haben, ist die Anpassung jetzt auch sinnlos. Wenn sie doch hätte kommen müssen, kommt sie jetzt viel zu spät.

Jetzt schauen wir uns einmal § 2 – Betroffener Personenkreis – an. Absatz 3 lautet:

Dieses Gesetz gilt nicht für

1. die Mitglieder des Landtags

– also für uns alle –

und der Landesregierung,

2. Richter, soweit sie ausschließlich Aufgaben der Rechtsprechung wahrnehmen.

Damit ist klar: Abgeordnete werden nicht überprüft. Das muss auch so sein. Denn niemals darf der Exekutive ein Machtmittel in die Hand gegeben werden, um die Legislative zu kontrollieren. Kontrolle ist nur in Richtung Regierung möglich – das Parlament kontrolliert die Exekutive – und niemals in die andere Richtung. Niemals darf die Regierung ein Mittel in die Hand bekommen, um Abgeordnete zu stigmatisieren oder gar auszuforschen.

(Vereinzelt Beifall)

Aber diese verbotene Tür fangen Sie jetzt an zu entriegeln. Sie haben schon einmal den Schlüssel ins Schloss gesteckt. Jetzt soll es nämlich heißen:

Die Wörter „Dieses Gesetz gilt nicht“ werden durch die Wörter „Eine Sicherheitsüberprüfung ist nicht durchzuführen“ ersetzt.

Der absolute Ausschluss wird aufgelockert. Zwar können Sie jetzt einwenden, noch immer ist eine Sicherheitsüberprüfung bei Abgeordneten unzulässig, auch in der geänderten Fassung sieht das Gesetz bei Abgeordneten von einer funktionellen Einschränkung – wie bei Richtern – ab. Also auch in Zukunft werden Abgeordnete in der Tat nicht sicherheitsüberprüft.

Aber die Formulierung zeichnet eine unheilvolle Entwicklung ab. Gedanken der Unfreiheit und des Machtmissbrauchs sind am Horizont zu erkennen.

Meine Damen und Herren, wer die Rechte der Opposition schwächen, einschränken will, wer Abgeordnete schikanieren, unter Druck setzen oder ausforschen will, der wird auf den erbitterten Widerstand der AfD stoßen.

(Beifall bei der AfD – Abg. Reinhold Gall SPD: Hui, hui! Jetzt haben wir Angst! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Jetzt haben wir aber Angst! Mir schlottern förmlich die Hosenbeine!)

Präsidentin Muhterem Aras: Für die FDP/DVP-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Abg. Weinmann.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Herr Kollege, schließen Sie sich uns an! – Abg. Thomas Blenke CDU: Kollege Zimmermann hat das so gut gemacht!)

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege Zimmermann, das würde ich gern machen, aber es gebietet sich schon, einige wenige Ausführungen auch zu dem zu machen, was hier gerade erwähnt wurde.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ändert aber an der Abstimmung nichts!)

Ich verstehe nämlich auch die Aufregung nicht. Ich denke, wir sind uns einig, dass es gut und richtig ist, dass wir die richterliche Unabhängigkeit haben und diese auch erhalten wollen. Deswegen ist es korrekt, dass beispielsweise auch die Richter von der Sicherheitsüberprüfung ausgenommen werden.

Anlass: Rund 1 000 Personen in Baden-Württemberg gehen einer sicherheitsempfindlichen Tätigkeit nach, haben Zugang zu Verschlussachen, die „Geheim“ oder „Streng geheim“ eingestuft sind, arbeiten in lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen, haben also Zugang zu sensiblen Daten, sodass deren Überprüfung geboten und erforderlich ist.

Wir erachten daher die Ausweitung der Befugnisse der Behörden für sinnvoll. Im Detail möchte ich darauf nicht näher eingehen, möchte aber betonen, dass es uns bei allem wichtig ist, dass klar geregelt wird, welche Informationen tatsächlich für den Zweck der Sicherheitsüberprüfung erforderlich und notwendig sind. Deswegen begrüßen wir es auch, dass – anders als beispielsweise in Hessen geregelt – eine Auskunft der Schufa nicht eingeholt wird.

Wir hätten uns allerdings gewünscht – das mache ich an dieser Stelle deutlich –, dass die Landesregierung mit der Anpas-

(Nico Weinmann)

sung, um diesen Gleichlauf zum Bundesrecht zu erreichen, nicht zweieinhalb Jahre gewartet hätte, sondern bereits früher tätig geworden wäre. Wünschenswert wäre auch gewesen, wenn die Landesregierung im Vorfeld Vertreter des Bundesamts für Verfassungsschutz eingebunden hätte. Denn dann wäre sichergestellt gewesen, dass der Gleichlauf bei den einheitlichen Maßstäben sinnvoll zur Anwendung kommt.

(Beifall der Abg. Jochen Haußmann und Dr. Timm Kern FDP/DVP)

Ich möchte den Gesetzentwurf allerdings zum Anlass nehmen, eine Sorge zum Ausdruck zu bringen, wonach der Gesetzgeber dazu neigt, dem Landesamt für Verfassungsschutz immer neue Aufgaben zuzuweisen. Diese abgeordneten Kapazitäten fehlen dann an anderer, an originärer Stelle. So ist es erst in der Zielgeraden gelungen, in den Haushaltsberatungen 25 neue Stellen beim Landesamt für Verfassungsschutz zu schaffen. Das ist insofern aus zwei Gründen positiv: zum einen, weil dort die Stellen dringend benötigt werden, und zum anderen, weil ich bei den Grünen eine Abkehr von der noch vor fünf Jahren geäußerten Auffassung sehe, die Zahl der Stellen beim Landesamt für Verfassungsschutz zu halbieren. Die Grünen sind damit zwischenzeitlich einer besseren Einstellung gefolgt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist auch gut so!)

– Das ist auch gut so, Herr Kollege Zimmermann – da bin ich Ihnen dankbar und bin ich völlig bei Ihnen –, dass wir von dieser Idee Abstand genommen haben.

Sei's drum. Rund eine dieser Stellen wird allein zur Umsetzung dieses Gesetzes notwendig sein, wobei – das will ich an dieser Stelle auch sagen –, wenn man sich die Zeitkalkulation in der Gesetzesbegründung anschaut, dies recht ambitioniert erscheint.

Die Übertragung darf nicht dazu führen, dass bei den Kernaufgaben des Verfassungsschutzes am Ende Stellen fehlen. Deswegen kann ich an dieser Stelle auch sagen: Wir werden darauf achten und Sorge legen, dass gewährleistet bleibt, dass der Verfassungsschutz bei seinen Kernaufgaben, nämlich der Beobachtung von Rechtsextremisten, Linksextremisten, Islamisten oder eben der Abwehr von Spionage durch ausländische Nachrichtendienste, personell gut gerüstet bleibt.

Wir stimmen diesem Gesetzentwurf zu.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Wilhelm Halder GRÜNE – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner. Bitte.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Timm Kern geht nach Thüringen, habe ich gehört! Er wurde angefordert!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! Für mich stellt sich an erster Stelle die Fra-

ge: Brauchen wir überhaupt einen Verfassungsschutz? Ich selbst bin da zweigespalten.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das können wir sogar verstehen!)

Natürlich muss es eine Exekutive geben, die sämtliche Kräfte, die die Grundordnung unseres Landes stören wollen, im Auge behält.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dass es ihm ein Dorn im Auge ist, ist klar!)

Dabei ist es vollkommen egal, ob wir von Rechts- und Linksextremisten oder Islamisten sprechen.

Gleichzeitig sehe ich aber ein Problem darin, dass jene Kräfte, die ebenfalls immer wieder ins Extreme abdriften, genau diesen Verfassungsschutz kontrollieren. So forderte Herr Gall in seiner Funktion als Innenminister eine stärkere Einflussnahme des Parlaments auf den Verfassungsschutz. Wohin das geführt hat, sieht man heute. Der Verfassungsschutz wird systematisch dazu eingesetzt, den politischen Gegner mundtot zu machen.

(Abg. Wilhelm Halder GRÜNE: Oh!)

Ob nun im Fall der AfD oder der JUNGEN FREIHEIT: Es wird versucht, denjenigen, der unbequeme Wahrheiten anspricht, in ein schlechtes Licht zu rücken.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist eine unerhörte Unterstellung! Das ist unerhört, was Sie da sagen! – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Das schaffen Sie schon selbst!)

Immerhin ist an diesem Punkt teilweise noch auf unsere Justiz Verlass, die diesem diktatorischen Vorgehen bereits mehrmals einen Riegel vorgeschoben hat. Aber auch hier spürt man den Marsch durch die Institutionen der links-klempnerischen, gesellschaftlich-klempnerischen Lager, die auch in den Gerichten zunehmend Fuß finden.

(Abg. Anton Baron AfD: Genau! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Hoffentlich ist das Kapitel Fiechtner demnächst beendet in diesem Hause!)

Der Verfassungsschutz darf nicht politisch gefärbt sein, erst recht nicht von Menschen, die unsere Demokratie und Menschenwürde abschaffen wollen. Dabei spielt es keine Rolle, ob das nun die SPD ist, die ein sozialistisches Einheitssystem fordert, oder, Frau Präsidentin – nicht die Vizepräsidentin, die Präsidentin –, eine Partei – mit Ihrer Erlaubnis zitiere ich die Mitbegründerin der grünen Partei, Frau Ditzfurth – mit „ökofaschistischem und rechtsradikalem Gedankengut“ wie die Grünen.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

Mit den pädophilen und antisemitischen Ausschweifungen dieser Partei

(Abg. Sascha Binder SPD: Wo war jetzt das Zitat zu Ende?)

will ich erst gar nicht anfangen.

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

(Dr. Heinrich Fiechter)

Vielmehr stellt sich mir die Frage, inwieweit eine weisungsgebundene Exekutivbehörde solch massive Einschnitte in das Privatleben eines Menschen oder einer Gruppe machen darf, ohne dass die Judikative zuvor gehört wird.

(Vereinzelt Beifall bei der AfD – Staatssekretärin Bärbl Mielich: Da klatschen sie auch noch! Pfui Teufel! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Allein wegen dem Satz mit den Grünen habe ich geklatscht! – Gegenruf des Abg. Reinhold Gall SPD: Herr Baron gehört zu der Gruppe dazu! Das ist der gleiche Vogel!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun darf ich das Wort Herrn Innenminister Thomas Strobl geben.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Änderungen des Landesverfassungsschutzgesetzes und des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes haben drei Gründe:

Erstens: Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verfolgen wir insbesondere das Ziel, den weitgehenden Gleichklang zu den Regelungen auf Bundesebene wiederherzustellen. Das Sicherheitsüberprüfungsgesetz des Bundes wurde im Juni 2017 derart umfassend geändert, dass auch auf Landesebene Anpassungen erforderlich sind.

Zweitens: Mit der vorgelegten Novelle wird zugleich der Feststellung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Rechtsterrorismus/NSU BW“ der 15. Wahlperiode des Landtags von Baden-Württemberg Rechnung getragen. Dieser Untersuchungsausschuss konstatierte, dass der personelle und materielle Geheimschutz bundesrechtlichen Vorgaben folge; ein Alleingang bei einer Novellierung des Geheimschutzrechts sei nicht zielführend.

Drittens: Die Harmonisierung des Rechtssystems im Geheimschutz ist erforderlich, um ein einheitliches Sicherheitsniveau zu gewährleisten. Außerdem ermöglicht es die gegenseitige Anerkennung von Sicherheitsüberprüfungen der übrigen Länder sowie des Bundes.

Diesen drei Anforderungen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, trägt der vorgelegte Gesetzentwurf Rechnung, indem wir die wesentlichen Änderungen des Sicherheitsüberprüfungsgesetzes auf Bundesebene auch auf das Land übernehmen.

Die Neufassung verdeutlicht, dass der Geheimschutz eine Ausprägung des Schutzes der freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist. So werden in das Gesetz Grundsätze zum materiellen Geheimschutz aufgenommen, die bisher nur in untergesetzlichen Regelungen enthalten waren. Dabei wird u. a. die Funktion des Geheim- und Sabotageschutzbeauftragten nunmehr auf gesetzlicher Ebene verankert. Die wesentlichen Grundlagen eines effektiven Geheimschutzes einschließlich seiner materiellen Aspekte werden gesetzlich geregelt.

Im Rahmen der Anhörung wurde die Aufnahme der bisher untergesetzlich geregelten Vorschriften zum materiellen Geheimschutz in den vorgelegten Gesetzentwurf ausdrücklich begrüßt.

Darüber hinaus erweitern wir die Maßnahmen, die bei einer Sicherheitsüberprüfung getroffen werden. Als ein zentrales Element soll die Einsicht in öffentlich sichtbare Internetseiten einschließlich des öffentlich sichtbaren Teils sozialer Netzwerke ermöglicht werden. Im Zuge der Digitalisierung werden Internetauftritte und insbesondere soziale Netzwerke immer wichtiger und haben daher auch für die Beurteilung von Sicherheitsrisiken an Bedeutung gewonnen.

Das Verfahren der Sicherheitsüberprüfung muss diesen Entwicklungen Rechnung tragen, um weiterhin einen effektiven, funktionierenden Geheim- und Sabotageschutz gewährleisten zu können. So zeigt der im Jahr 2017 aufgedeckte Fall eines Geheimnisverrats durch einen Mitarbeiter des Bundesamts für Verfassungsschutz, dass Personen vermehrt Informationen über sich im Internet preisgeben, die für die Beurteilung der sicherheitsmäßigen Zuverlässigkeit entscheidend sein können.

Durch die Einsichtnahme können auch Erkenntnisse über den Umgang mit persönlichen und sensiblen Daten gewonnen werden. Diese sind vor allem bei der Einschätzung der Persönlichkeit und Zuverlässigkeit der betroffenen Person relevant.

Das Gesetz weitet darüber hinaus die bisher nur für die höchste Überprüfungsart vorgesehene Wiederholungsüberprüfung auf alle Überprüfungsarten aus. Lebensverhältnisse verändern sich über die Zeit hinweg, sodass damit nicht nur das Bedürfnis besteht, die in der Sicherheitserklärung angegebenen Daten neu zu erheben, sondern auch die Notwendigkeit, die Maßnahmen der jeweiligen Überprüfungen erneut umfassend durchzuführen.

Zudem werden in das Landessicherheitsüberprüfungsgesetz und das Landesverfassungsschutzgesetz Regelungen für die Verarbeitung personenbezogener Daten in elektronischen Akten aufgenommen. Zusammen mit der Einführung der Möglichkeit, die Zustimmung zur Sicherheitsüberprüfung einfach elektronisch – also z. B. mittels einfacher E-Mail – zu erklären, wird dem Arbeitsprogramm der Landesregierung zum Bürokratieabbau Rechnung getragen, indem bisherige Schriftformerfordernisse reduziert werden. Das Thema wird uns ja heute noch unter Tagesordnungspunkt 5 und dem Stichwort „Entbürokratisierung und Digitalisierung“ in diesem Hohen Haus beschäftigen.

Ich bin der festen Überzeugung, dass es ohne Sicherheit keine Freiheit gibt und dass die Demokratie wehrhaft sein muss, um gegen ihre Feinde zu bestehen. Zu einer wehrhaften Demokratie gehört eben auch, dass der Staat in der Lage sein muss, seine geheimhaltungsbedürftigen Informationen effektiv zu schützen. Ein wichtiger Baustein in diesem Gefüge ist das Landessicherheitsüberprüfungsgesetz, das wir mit dem vorgelegten Entwurf an die Erfordernisse eines modernen Geheimschutzes anpassen wollen.

Danke für Ihre Unterstützung für eine wehrhafte Demokratie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen – Abg. Karl Zimmermann und Abg. Thomas Blenke CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Sascha Binder SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7046. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/7599. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich die Artikel 1 bis 3 gemeinsam zur Abstimmung stelle. Ist das der Fall? – Das ist sehr schön. Vielen Dank.

Artikel 1 bis Artikel 3

Wer den Artikeln 1 bis 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Artikeln 1 bis 3 mehrheitlich zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Februar 2020 das folgende Gesetz beschlossen“:

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Landessicherheitsüberprüfungsgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Danke. Wer enthält sich? – Dem Gesetz ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse – Drucksache 16/7352

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration – Drucksache 16/7600

Berichterstatter: Abg. Dr. Ulrich Goll

Das Präsidium hat für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Zuerst spricht Herr Abg. Lede Abal für die Grünen.

Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Vorlage des Entwurfs des Gesetzes zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse im Landesrecht Baden-Württemberg ist eine gute Nachricht. Bürokratieabbau und Erleichterung werden immer gefordert, und sie finden hier tatsächlich einmal statt.

(Beifall bei den Grünen – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Zunächst einmal gilt es festzuhalten, dass der Bürokratieabbau nicht unerheblich Bürokratie und Aufwand verursacht.

(Vereinzelt Heiterkeit)

In diesem Fall war der Bürokratieabbau sogar gesetzlich verordnet, weil das E-Government-Gesetz des Landes diesen Auftrag vorsieht. So gingen umfangreiche Vorarbeiten voraus, für die ich mich bei Herrn Innenminister Strobl stellvertretend für sein Haus und die anderen beteiligten Bereiche der Landesverwaltung bedanken möchte.

Wesentlicher Zwischenschritt war die Vorlage des Berichts der Landesregierung zur Verzichtbarkeit von Formerfordernissen im Landesrecht Baden-Württemberg im Dezember 2018. Die heutige Beschlussfassung ist – auch das ist eine gute Nachricht – der erste Schritt zu Bürokratieabbau und Erleichterung. Dazu wurden über 1 400 Regelwerke des Landes durchforstet, ausgewertet und ein Gesetzentwurf zur Entbürokratisierung in eine Drucksache von 68 Seiten gegossen, die Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, vorliegt.

Worum geht es inhaltlich? Es gilt zu prüfen, in welchen Regelungen des Landes die Schriftform verzichtbar ist. Wann kann auf die Vorlage von Originalen als Nachweis verzichtet werden? Ordnet ein Gesetz oder eine Verordnung die Schriftform an, heißt dies, dass die Erklärung tatsächlich urkundlich erfolgen und eigenhändig unterschrieben werden muss. Das wäre beispielsweise bei einer Patientenverfügung der Fall. Ein solches Formerfordernis ist grundsätzlich aber die Ausnahme, da es den Rechtsweg erschwert. Also bedarf es besonderer Gründe, warum dieser zusätzliche Aufwand gefordert wird.

Im Ergebnis kann in zahlreichen Gesetzen nun die Anordnung der Schriftform entweder ersatzlos gestrichen werden oder an ihre Stelle auch eine elektronische Verfahrensabwicklung treten. So werden wir heute in 23 Rechtsvorschriften die Anordnung der Schriftform ersatzlos streichen sowie in 73 Fällen Verwaltungsverfahren auf eine elektronische Verfahrensabwicklung umstellen. Betroffen sind 56 völlig unterschiedliche Regelwerke aus unterschiedlichen Bereichen. Dazu gehören Prüfungsordnungen für den Verwaltungsdienst, aber auch Gesetze wie das Landesmediengesetz, das Landeseisenbahngesetz, das Landeseisenbahngesetz, die Gemeinde- und die Landkreisordnung, die Hygiene-Verordnung, die Allgemeine Bergpolizeiverordnung und viele mehr.

Was ist gut daran? Was bedeutet das für die Menschen in Baden-Württemberg? Fast alle Haushalte in unserem Land verfügen über einen PC. Die Bürgerinnen und Bürger sind es gewohnt, ihren Alltag zunehmend online zu erledigen, beispielsweise beim Onlinebanking, aber auch bei vielen anderen Dienstleistungen. Daraus erwächst natürlich auch die berechtigte Erwartung an die öffentliche Verwaltung, dass diese Schritt hält.

Diese Fortschritte müssen wir nun auch in der Verwaltung nutzen. Das Leben der Bürgerinnen und Bürger wird zunehmend digital. Wir versprechen uns davon einen klaren Vorteil, nämlich Bürgernähe. Behördenbesuche werden so teilweise überflüssig, Verfahren können unbürokratisch von zu Hause oder unterwegs erledigt werden – ohne Wartezeiten oder Terminvorgaben oder die Schwierigkeit, die Öffnungszeiten von Be-

(Daniel Andreas Lede Abal)

hörden mit der eigenen Arbeitszeit in Einklang bringen zu müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Vereinzelt
Beifall bei der CDU)

Die neuen Verfahren sind ressourcenschonend, bedeuten weniger Papier und weniger Aufwand und sind kostensparend. Es werden langwierige Kommunikationsabläufe, etwa über den Postweg, vermieden, sodass wir von einer Beschleunigung dieser Verfahren ausgehen können.

Zu guter Letzt steht uns als Landesgesetzgeber das Normenscreening als Zeichen modernen Verwaltungshandelns gut zu Gesicht; denn auch wir, der Landtag von Baden-Württemberg, dürfen von Zeit zu Zeit überprüfen, was wir eigentlich beschlossen haben und ob es noch zeitgemäß ist.

Ich betone nochmals: Dies ist eine erste Runde der Entbürokratisierung und Vereinfachung.

Den Entschließungsantrag der FDP/DVP haben wir wohlwollend geprüft, müssen ihn aber leider ablehnen, weil wir ein Gesetz zur Entlastung und zum Bürokratieabbau nicht mit überflüssigen Regelungen unnötig belasten wollen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Sie wollen damit die elektronische Kommunikation für Behörden dort verpflichtend machen, wo sie möglich ist. Die Realität ist, dass Behörden genau das schon tun. Denn wenn man sich beispielsweise per E-Mail an Behörden wendet, antworten Behörden auch per E-Mail, wenn das rechtlich zulässig ist. Deshalb halten wir Ihren Vorschlag in diesem Fall für unnötig und möchten Sie auffordern, den Antrag im Sinne der Bürokratievermeidung zurückzuziehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Herr Kollege Hockenberger für die CDU das Wort.

Abg. Ulli Hockenberger CDU: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! In Artikel 7 des E-Government-Gesetzes – wir haben es vom Kollegen Lede Abal gehört – hat sich die Landesregierung 2015 verpflichtet, innerhalb von drei Jahren zu berichten, wie sich die Regelungen ausgewirkt haben. Im Normenscreening-Bericht – auch das ist bereits erwähnt worden – hat die Landesregierung diese Pflicht erfüllt. Im Wesentlichen ging es darum, verzichtbare Formerfordernisse im Landesrecht aufzuzeigen, damit Hürden bei der Abwicklung elektronischer Verwaltungsdienste abgebaut werden und medienbruchfrei elektronische Kommunikation ermöglicht wird. Verbunden damit ist auch – das haben wir gehört – eine Reduzierung des Bürokratieaufwands, zumindest im Idealfall. Damit wird auch einem wichtigen Ziel des Onlinezugangsgesetzes des Bundes entsprochen.

Insgesamt wurden – auch das haben wir gehört – 1 405 Regelungen überprüft. Die Überprüfung kam zu folgendem Ergebnis: In 4 % der Verfahren kann die Schriftform ersatzlos entfallen, in 15 % kann auf die Schriftform zugunsten einer elektronischen Abwicklung verzichtet werden, ohne dass ein be-

stimmtes Verfahren vorgegeben wird, und in weiteren 15 % der Fälle kann auf die Schriftform zugunsten eines gesetzlich bestimmten Verfahrens verzichtet werden. Weitere Einzelheiten können Sie, wenn Sie Lust und Muße haben, in der Begründung auf Seite 21 des Gesetzentwurfs nachlesen.

Die Ergebnisse dieses Berichts sollten schrittweise umgesetzt werden. Das heute vorliegende Artikelgesetz ist ein erster Schritt. Damit werden verzichtbare Formerfordernisse gestrichen und einfache elektronische Verfahren eingeführt, die ohne zusätzliche Vorgaben auskommen.

Es ist in der Tat eine erstaunliche Parallele, Herr Kollege Lede Abal: In den 56 Artikeln ist auch mir das Landesseilbahngesetz aufgefallen; ich habe es mir extra notiert. Es ist mir aber auch noch eine besondere Verordnung aufgefallen, von der ich gar nicht wusste, dass es sie gibt: die Verordnung des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr und des Regierungspräsidiums Freiburg über das Natur- und Landschaftsschutzgebiet „Wollmatinger Ried – Untersee – Gnadensee“. Es steht in Artikel 53, wenn Sie noch mal nachlesen wollen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Sie sind ja noch nicht so lange dabei! – Abg. Thomas Blenke CDU: Er ist neu! – Zurufe der Abg. Gabi Rolland und Rainer Stickelberger SPD)

Wichtig ist, dass der Bürger in bestimmten Fällen bei der Wahl des Kommunikationswegs völlig frei ist.

Auch wir kommen zu dem Ergebnis, dass der Entschließungsantrag der FDP/DVP vor diesem Hintergrund nicht in die richtige Richtung zeigt. Wenn das Gesetz die entsprechenden Möglichkeiten für die Kommunen bzw. für die Verwaltung im Land und in den Kommunen schafft, dann sollten sie damit auch entsprechend umgehen können.

Was die besondere Sensibilität bei der Übermittlung personenbezogener Daten anbelangt – das hat der Kollege Karrais in der Ausschusssitzung thematisiert –: Darauf geht die Gesetzesbegründung auch ein.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wichtig ist, dass es keine Verpflichtung gibt, elektronisch mit den Verwaltungen zu kommunizieren. Der Bürger kann das entscheiden. Die Richtung wird aber vorgegeben sein. Je mehr man diese Möglichkeiten hat, umso mehr wird man sie auch nutzen.

Was „schriftlich“ und was „elektronisch“ bedeutet, ist im Gesetz ausdrücklich bestimmt; darauf muss ich nicht mehr eingehen. Die Besonderheiten in der Schriftform – wenn es einmal wirklich ganz ernst wird – im Landesverwaltungsverfahrensgesetz oder im Bürgerlichen Gesetzbuch erfahren Sonderregelungen, die dadurch nicht aufgehoben werden.

Wir sind der Auffassung, dass die Verfahrensflexibilität, die erreicht wird, ein großer Vorteil ist. Wir machen hier einen Schritt in die richtige Richtung, dem aber sicherlich noch weitere folgen müssen. Wenn Sie einmal daran denken, dass die Akten noch nicht überall elektronisch geführt werden, wenn Sie daran denken, dass das Onlinezugangsgesetz vorsieht, bis zum Jahr 2022 Dienstleistungen sozusagen medienbruchfrei

(Ulli Hockenberger)

anzubieten, dann wissen Sie, dass noch einiges an Arbeit vor uns liegt. Ich glaube, dass die Landesregierung mit dem E-Government-Pakt, den sie mit den kommunalen Landesverbänden abgeschlossen hat, da ein richtungweisendes Zeichen gesetzt hat, dass wir die Kommunen bei diesem Prozess nicht alleinlassen. Ich nenne das Stichwort Digitalallotse.

Ich habe in den letzten Landkreisnachrichten gelesen, dass der Landkreis Calw der erste und bisher einzige Landkreis ist, in dem man von zu Hause aus Kraftfahrzeuge online medienbruchfrei an-, um- und abmelden kann. Man muss dazu nicht mehr auf das Landratsamt. Das sage ich nicht, weil der Kollege Blenke in der ersten Reihe sitzt, sondern weil das wahr ist. Das ist ein Zeichen, dass es in die richtige Richtung geht.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Es ehrt uns, dass Sie das hervorheben, Herr Kollege!)

Das ist die Zukunft. Heute machen wir einen ersten Schritt.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf zu und lehnen den Entschlie-ßungsantrag ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat Herr Kollege Stichelberger für die SPD das Wort.

Abg. Rainer Stichelberger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Titel des Gesetzes „Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse“ klingt gut. Aber hält der Inhalt des Gesetzes auch das, was die Überschrift verspricht?

Zunächst, ganz klar, ein Lob für die Fleißarbeit, die mit der Erstellung dieses Berichts verbunden war – über 1 400 Vorschriften, die man untersucht hat. Keine Frage: Das ist sehr begrüßenswert.

Aber was bleibt denn bei diesem Gesetz übrig? Mit ihm wird die Schriftform bei 17 Regelungen ersatzlos gestrichen, und die elektronische Alternative wird für 89 Verfahren aufgezeigt. Das sind nicht einmal 10 % der untersuchten Vorschriften – also wahrlich kein großer Wurf. Hinzu kommt, dass ja erst noch Verwaltungsvorschriften an diese elektronischen Möglichkeiten angepasst werden müssen, insbesondere dort, wo sich auch erhöhte Anforderungen stellen, etwa wenn man an Regelungen wie die zur elektronischen Signatur denkt.

Klar ist außerdem, dass weiterhin eine Verschriftlichung von Vorgängen erforderlich ist. Das gebietet schon die Verpflichtung zur Dokumentation und Beweissicherheit. Und auffällig ist ja schon, dass man gerade auch die Vorschriften herangezogen hat, bei denen es so gut wie keine oder nur ganz geringe Fallzahlen gibt.

Herr Kollege Hockenberger, dass Sie das Wollmatinger Ried nicht kennen, enttäuscht mich jetzt natürlich etwas. Aber das zeigt, wie selten diese Vorschriften zur Anwendung kommen, bei denen man jetzt sozusagen die große Reform feiert oder zumindest den ersten Schritt dafür tut.

Die Verpflichtung des Bürgers wird nicht begründet; das ist richtig. Aber alle Behörden sind ja gemäß dem E-Govern-

ment-Gesetz verpflichtet, Zugang zur elektronischen Kommunikation bereitzustellen. Wie steht es denn damit?

In der Gesetzesbegründung wird deutlich, dass die Vollzugsbehörden nach ihrem Ermessen entscheiden können, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang sie elektronische Zugänge ermöglichen. Das heißt, das Gesetz gibt zwar die Richtung vor, aber de facto entscheidet sich ein Behördenleiter – vielleicht nach seinem Geschmack, nach seinen Ressourcen oder anderen Kriterien, die sich aus dem Gesetzentwurf nicht erhellten – für eine Verfahrensvorschrift, die es dann auch elektronisch zur Anwendung zu bringen gilt.

Bei alledem wird aus unserer Sicht ein spürbarer Abbau von Bürokratie nicht erreicht. Der Industrie- und Handelskammertag hat ja in der Anhörung vor allem darauf hingewiesen, dass ein Abbau von Dokumentations- und Berichtspflichten auf der Tagesordnung steht. Es wird die Vereinheitlichung von Grenz- und Schwellenwerten gefordert, und die Digitalisierung muss auf allen Ebenen fortschreiten. Dazu leistet dieses Gesetz nur einen ganz kleinen, marginalen Beitrag.

(Abg. Ulli Hockenberger CDU: Damit fängt es an!)

Für uns weiter ungeklärt sind Fragen der Rechtssicherheit, die sich natürlich stellen, wenn man diese Möglichkeiten schafft, und des Datenschutzes. Dazu finden wir in diesem Gesetzentwurf vergleichsweise wenig. Was uns auch wundert, ist, dass der Landesdatenschutzbeauftragte hierzu keine Stellungnahme abgegeben hat oder jedenfalls keine inhaltlichen Ausführungen dazu gemacht hat, obwohl dieses Gesetz, gerade was die elektronische Kommunikation angeht, doch massiv Neuland betritt.

Unser Fazit: zunächst ein kleiner Schritt. Richtig, wir wollen jetzt einmal die Entwicklung beobachten, was da noch auf uns zukommt. Es sind ja weitere Schritte vorgesehen.

Wir werden uns heute bei der Abstimmung über diesen Gesetzentwurf enthalten und werden dem Änderungsantrag bzw. dem Entschließungsantrag der FDP/DVP-Fraktion zustimmen. Das, was die FDP/DVP bemängelt, fehlt in diesem Gesetzentwurf auf jeden Fall. Im Übrigen behalten wir die Entwicklung kritisch im Auge, ob auch das Ziel, das Sie mit diesem Gesetz verfolgen, in Zukunft erreicht werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Rottmann, bitte, für die AfD.

Abg. Daniel Rottmann AfD: Sehr geehrte Präsidentin, sehr geehrte Kollegen! Der vorliegende Gesetzentwurf ist ein wunderschönes Beispiel für die Arbeit der aktuellen Landesregierung. Es heißt: „Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse“. Wie bereits gesagt, hat man 1 405 Regelungen auf den Prüfstand gestellt mit dem Ziel – ich zitiere –:

Ziel dieses Gesetzes ist es, verzichtbare Formerfordernisse in Gesetzen und Verordnungen zu streichen und einfache elektronische Verfahren, die ohne zusätzliche Vorgaben auskommen, einzuführen.

Es geht also um Bürokratieabbau.

(Daniel Rottmann)

Tatsächlich zeigt das Ganze aber, wie tief bürokratische Erfordernisse sich in unseren Alltag hineinfressen und wie stark die Bürokratie alles durchdringt, statt dass abgebaut wird. Obwohl nun wirklich jeder und alle über Bürokratie stöhnen, gelingt es auch unter Einsatz aller Entbürokratisierungsbeauftragten nicht, Formerfordernisse in nennenswertem Umfang zu reduzieren.

Das vorliegende Gesetz, vielleicht gedacht als Aufbruch hin zur Entbürokratisierung, kann durchaus als Kapitulation des Gesetzgebers vor den immer komplexer werdenden Anforderungen der Gesellschaft und auch der Verwaltung betrachtet werden.

(Beifall bei der AfD)

Ein neuer Alexander, der diesen gordischen Knoten durchschlägt, ist wahrscheinlich noch nicht geboren worden. Zu einem anderen Schluss kann man kaum kommen, wenn man sich die spärlichen Ergebnisse anschaut, die die Landesregierung hier präsentiert.

Einmal zur Erinnerung: Der Ausgangspunkt war ein Gesetz zur Förderung der elektronischen Verwaltung. Darin wurde die Landesregierung vor ca. drei Jahren zur Überprüfung aller Formerfordernisse im Landesrecht aufgefordert. Ein alter Spruch sagt: Der Berg kreißte und gebar eine Maus.

Wenn man liest, was bei der Überprüfung der 1 405 Regelungen des Landesrechts herausgekommen ist, sieht man: Nur in einem einzigen Fall entfällt überhaupt die Nachweispflicht. In 17 Fällen wird zukünftig auf die Schriftform verzichtet, und in 89 Regelungen – sage und schreibe 89 von 1 405 Fällen – kann man jetzt parallel zur schriftlichen Form auch die elektronische Form, also beide Formen gleichberechtigt nutzen.

Ich frage mich: Was ist denn mit den restlichen rund 1 300 Regelungen und Verordnungen? Vielleicht kommt auch da irgendwann einmal eine Verbesserung.

(Zuruf des Abg. Ulli Hockenberger CDU)

Ich möchte gar nicht wissen, wie viele neue Nachweispflichten und Schriftformerfordernisse sowie Identifikationsnotwendigkeiten in den vergangenen drei Jahren im Landesrecht neu erlassen worden sind. Erinnert sei nur einmal an die europäische Datenschutz-Grundverordnung, wie viele Regelungen und Verfahrenssachen im Wege der Umsetzung dazugekommen sind. Ich kann mir nicht vorstellen, dass der Bundesgesetzgeber und die bundesdeutschen Bürokraten wirklich die Absicht hatten, die Förderung der elektronischen Verwaltung dafür weiter umzusetzen. Man sieht ja an manchen Stellen, was hier im Land auch an zusätzlichen Regelungen ankommt.

Aber solche Gesetze wie der vorliegende Entwurf haben immer den Vorteil, dass sie einen Einblick in die Fülle der Vorschriften gewähren und auch zeigen, wie viel Bürokratie in unserem Land leider immer noch herrscht. Da gibt es andere, die es besser machen. Nehmen wir einmal das schöne Österreich, das nicht nur für Touristen, sondern auch für Entbürokratisierer eine Reise wert ist. Dort hat man zumindest versucht, den gordischen Knoten, wenn nicht zu durchschlagen oder zu entwirren, zumindest etwas abzukoppeln. Seit 2018 wurden – man höre und staune – dort mit dem Zweiten Bun-

desrechtsbereinigungsgesetz alle nicht mehr benötigten Gesetze gestrichen, die vor dem Jahr 2000 in Kraft traten. Es waren etwa 600 Gesetze betroffen, etwas mehr als ein Drittel aller Gesetze, und 1 900 Verordnungen; das waren davon mehr als 50 %.

(Abg. Bernd Gögel AfD: Hört, hört!)

Es gab ein paar Ausnahmen für verfassungsrechtliche Gesetze. Es ist klar, dass man da besondere Regeln anwenden muss. Die Österreicher haben auch eine Hintertür offen gelassen, dass Bedenkenträger sich beim Justizministerium melden konnten, damit man nicht Gesetze streicht, die vielleicht doch noch wichtig sind. Aber es war ein erheblicher Abbau von Bürokratie in Österreich möglich.

Wir finden es nachahmenswert, dass in Österreich oder in anderen EU-Ländern nicht nur die EU-Mindeststandards übernommen werden.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: In Österreich passiert so einiges, was Sie nachahmenswert finden!)

Was in Baden-Württemberg einfach schade ist, ist, dass über die Staatsräson hinaus EU-Wünsche nicht einfach nur umgesetzt werden, sondern dass man oft versucht, diesen Forderungen exzessiv nachzukommen und die Vorgaben noch zu übertreffen. Man denke meinerwegen nur an die Messung der Werte für die Feinstaubbelastung am Neckartor.

Den Österreichern sollte man eine Goldmedaille überreichen,

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Für was?)

wenn es um Bürokratieabbau geht. Ich sage: Felix Austria, glückliches Österreich! So einen Mut, so einen Elan, so eine Kreativität, alte Verkrustungen abzuwerfen, wünschte ich mir manchmal auch in Deutschland und in Baden-Württemberg und ganz besonders bei den Grünen. Aber die können das nicht.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Karrais, Sie haben das Wort für die FDP/DVP.

Abg. Daniel Karrais FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse klingt, wenn man es sich durchliest, eigentlich relativ langweilig, ist aber definitiv ein wichtiger und auch überfälliger Schritt, der leider aus unserer Sicht nicht weit genug geht.

(Beifall des Abg. Stephen Brauer FDP/DVP sowie der Abg. Daniel Rottmann und Hans Peter Stauch AfD)

Denn wir brauchen dringend Bürokratieabbau in Baden-Württemberg, in Deutschland allgemein. Herr Lede Abal, durch unseren Entschließungsantrag wollen wir genau das unterstreichen. Manchmal braucht man eben auch eine Regel, damit man etwas vorantreiben kann. Das fehlt leider in dem Gesetzentwurf völlig. Denn es gibt keinerlei Verpflichtung dazu,

(Daniel Karrais)

dass die Behörden anbieten, dass elektronische Verfahren auch genutzt werden können.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Natürlich, wenn Sie jemandem im Amt eine E-Mail schreiben, dann bekommen Sie in der Regel auch per E-Mail eine Antwort.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Aber es gibt keine Verpflichtung dazu, einen Eingangskanal offenzuhalten, der eine elektronische Kommunikation und eine Verfahrensabwicklung auf elektronischem Weg ermöglicht.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Vorgesehen!)

Das ist leider zu kurz gesprungen.

Die Digitalisierung ist auf jeden Fall ein sehr wichtiges Anliegen. Das geht in die richtige Richtung. Experten schätzen, wenn man bei uns die Verwaltung ordentlich digitalisieren könnte, dann könnte man bis zu 84 Millionen Stunden an Warte- und Bearbeitungszeit in Deutschland sparen. Das ist ein Wort, meine Damen und Herren. Da sind jede Menge Wirtschaftskraft dahinter versteckt und vor allem auch viel weniger Ärgernisse für die Bürgerinnen und Bürger im Land. Die 84 Millionen Stunden sind in Baden-Württemberg das Optimum, aber leider noch eine Utopie.

Der Kollege Hockenberger hat es angesprochen: Zum Teil fehlen elektronische Akten. Auch andere Verfahren sind nicht elektronisch verfügbar. Überall wird noch fleißig ausgedruckt, unterschrieben, Stempel draufgehauen. Das ist nicht die digitale Verwaltung, wie wir sie uns vorstellen, sondern das ist so, wie man das schon immer gemacht hat. Aber ein „Weiter so!“ kann es an dieser Stelle nicht geben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Denn Baden-Württemberg belegt in Deutschland im Ländervergleich den viertletzten Platz. Was heißt das konkret? Das heißt konkret z. B., dass nur 7 % der Kommunen in Baden-Württemberg die Gewerbeanmeldung online anbieten. Bei allen anderen müssen Sie noch ganz klassisch ein Papierformular einreichen. Diese 7 % sind übrigens der niedrigste Wert in einem Flächenland in Deutschland. Das zeigt, der Rückstand beim E-Government ist bei uns auch ein Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung. Das ist nur ein ganz kleines Beispiel, das aber dennoch sehr wichtig ist.

Woran liegt unser Rückstand? Er liegt daran, dass die Landesregierung da zwar voranschreitet – das ist richtig –, aber leider nur sehr zögerlich voranschreitet, wie das auch der vorliegende Gesetzentwurf zeigt. Nur etwa 10 % der betrachteten Vorschriften werden überhaupt vereinfacht, und der große Wurf im Sinne eines wirklichen digitalen Denkens, eines Angebots digitaler Dienstleistungen fehlt.

Denn aus unserer Sicht sollte man nicht die analogen Regeln und die analogen Verfahren einfach mit Möglichkeiten der Digitalisierung „spicken“ und ergänzen, sondern man sollte die Möglichkeiten der Digitalisierung anschauen. Man sollte

schauen: „Welche Aufgaben müssen erfüllt werden?“ und sollte dann einen Lösungsweg finden und einen Vorschlag, ein Angebot machen, wie man das auf digitalem Weg sicher, schnell und zuverlässig gestalten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt darüber hinaus noch Schwierigkeiten, die auch in der Ausschussberatung schon angesprochen wurden – Kollege Stichelberger hat es bereits erwähnt –: Beispielsweise ist eine sichere Kommunikation per E-Mail noch immer nicht geklärt. Hierzu hat sich der Landesdatenschutzbeauftragte leider noch nicht geäußert. Das hat mich, das hat uns sehr irritiert; denn nach wie vor ist ungeklärt, wie mit einfachen E-Mails abhörsicher gearbeitet werden kann und dabei auch personenbezogene Daten – dies ist ja in der Kommunikation mit staatlichen Organen meist der Fall – sicher übermittelt werden können.

Wir sehen vor allem die Schwierigkeit, dass leider oft die Gewohnheit obsiegt, wenn es dem Ermessen der Behörden überlassen bleibt, ob elektronische Verfahren zum Einsatz kommen oder nicht. Da gibt es Beispiele aus Vorreiterkommunen in puncto Digitalisierung – solche gibt es in Baden-Württemberg durchaus auch –, aber auch in diesen Kommunen kommt es noch dazu, dass einzelne Referatsleiter oder Teamleiter sagen: „Ich möchte jedes Formular mit Stempel und Unterschrift bei mir auf dem Schreibtisch sehen; da kannst du mit deiner Mail bleiben, wo du herkommst.“

Das kann aber nicht das Ziel sein, und deshalb glauben wir, dass hier noch ein großes Potenzial besteht, wenn es darum geht, solch eine Haltung auszubremsen, die dazu führt, dass die Entwicklung nicht so vorangeht, wie wir uns das wünschen.

Aus diesem Grund haben wir den vorliegenden Entschließungsantrag gestellt. Es wäre ein mutiges Voranschreiten der Landesregierung, wenn wir da in eine gute Richtung kommen. Denn, meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist im Bereich der Verwaltung ein digitaler Analphabet,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ach, Herr Kollege, das glauben Sie ja nicht im Ernst!)

und wir brauchen ein konsequenteres und schnelleres Vorgehen, wenn wir Schritt halten wollen.

An dieser Stelle kann ich unsere Forderung nach einem eigenständigen Ministerium für Digitalisierung nur wiederholen und unterstreichen, das sich auch den Bürokratieabbau in seine DNA schreibt.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die FDP/DVP fordert ein neues Ministerium! – Gegenruf des Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Wenn es wichtig ist!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Nun hat das Wort Herr Innenminister Thomas Strobl.

Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration Thomas Strobl: Herr Abg. Karrais, dass es so lange gedauert hat, bis Sie die Erklärung für alles Übel dieser Welt gegeben und dies mit diesem Vorschlag gelöst haben, hat mich erstaunt.

(Abg. Rainer Stickelberger SPD: Das macht Frau Eisenmann auch!)

Ich will nur sagen: Kritik, wie sie von Ihnen kam, kann eine Opposition selbstverständlich üben. Aber wenn die Opposition sagt: „Das, was die Regierung macht, ist zu langsam und geht nicht weit genug“, dann ist das eigentlich ein großes Kompliment. Denn das heißt nichts anderes, als dass wir genau das Richtige zum richtigen Zeitpunkt machen.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Es soll sogar Vorschriften geben, die noch aus der Regierungszeit der FDP stammen! – Zuruf des Abg. Jonas Weber SPD)

Herr Abg. Stickelberger, den Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, den Sie für deren Fleißarbeit – so ähnlich haben Sie es formuliert – geäußert haben, geben wir gern weiter.

Da auch Sie kritisiert haben, es gehe zu langsam etc., möchte ich die Gelegenheit nutzen und gerade an die sozialdemokratische Fraktion gerichtet sagen: Bei alledem, was wir von der öffentlichen Verwaltung an Schnelligkeit einfordern – ich will diese Forderungen gar nicht als unberechtigt abtun oder stigmatisieren –, gebe ich zu bedenken: Das sagt sich von so einem Redepult häufig relativ einfach. Aber die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dies in der Verwaltung umsetzen müssen und für die das zum Teil mit erheblichen zusätzlichen Belastungen verbunden ist, sollten wir bei unseren Forderungen nach mehr Geschwindigkeit nicht ganz vergessen. Das will ich an die Adresse der SPD einfach noch sagen.

Ansonsten, verehrte Kolleginnen und Kollegen: Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird der Zielsetzung der Landesregierung entsprochen, Bürokratie abzubauen und Folgekosten von Regelungen zu minimieren. Soweit möglich, wurden verzichtbare Formvorschriften gestrichen oder die Schriftform durch die Möglichkeit einer elektronischen Form ergänzt.

Ja, möglicherweise ist das nun nicht gleich der große Wurf. Aber, Herr Abg. Stickelberger, ich finde, es ist ein schöner Anfang, der damit auf jeden Fall gemacht wurde.

Der Gesetzentwurf und der damit verbundene Abbau von verzichtbaren Formerfordernissen in 106 Rechtsvorschriften des Landes erleichtern die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und entlasten sowohl die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft als auch die Verwaltung von unnötigen Kosten und von unnötigem Arbeitsaufwand. Wir tun es jedenfalls endlich einmal. Es gilt Erich Kästners Wort:

Es gibt nichts Gutes, außer man tut es.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ein Großteil der Formvorschriften ist auf bundes- und europarechtliche Rechtsvorschriften zurückzuführen. Aber auch im Landesrecht finden sich viele Formanforderungen, deren Funktion und Notwendigkeit vor dem Hintergrund der anstehenden Digitalisierung kritisch überprüft werden müssen.

Unser Ziel war es, verzichtbare Formerfordernisse ausfindig zu machen und die Regelungen entsprechend zu überarbeiten. Mit dem Projekt „Normenscreening BW“ wurde im Zeitraum von 2017 bis 2018 der Grundstein für einen Abbau von verzichtbaren Formerfordernissen im Landesrecht gelegt. Insgesamt wurden 1 405 Regelungen des Landesrechts daraufhin überprüft, ob sie verzichtbare Formerfordernisse enthalten. Die Ergebnisse sind im Bericht der Landesregierung zur Verzichtbarkeit von Formerfordernissen im Landesrecht Baden-Württemberg zusammengefasst.

Der Ministerrat hat das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration beauftragt, ein Artikelgesetz zur Umsetzung des Berichts der Landesregierung vorzubereiten. Ziel dieses Gesetzes sollte es sein, verzichtbare Formerfordernisse in Gesetzen und Verordnungen zu streichen und einfache elektronische Verfahren, die ohne zusätzliche Vorgaben auskommen, einzuführen.

Mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse liegt das Ergebnis dieses Auftrags vor. Der Gesetzentwurf treibt den Abbau bürokratischer Hürden in Baden-Württemberg voran und erleichtert die Digitalisierung von Verwaltungsverfahren.

Der Gesetzentwurf entspricht dem Ziel der Landesregierung, Bürokratie abzubauen und Folgekosten von Regelungen zu minimieren. In diesem Zusammenhang ist das Gesetzesvorhaben auch als ein Projekt des Arbeitsprogramms Bürokratieabbau 2019/2020 der Landesregierung Baden-Württembergs benannt worden.

In 17 Rechtsvorschriften des Landes konnte das Schriftformerfordernis ersatzlos gestrichen werden. Die jeweilige Verfahrensabwicklung kann in Zukunft auch mündlich oder fernmündlich erfolgen.

In weiteren 89 Vorschriften ist durch das Einfügen der Formulierung „schriftlich oder elektronisch“ künftig anstelle einer vormals ausschließlich schriftlichen nun auch eine elektronische Verfahrensabwicklung zulässig. Dies schließt sowohl die derzeit bekannten und praktikablen elektronischen Verfahren als auch künftige, derzeit unbekannte elektronische Verfahren mit ein.

Durch die Formulierung „elektronisch“ wird zudem der Einsatz bestimmter elektronischer Verfahren – anders als bei der elektronischen Ersetzung der Schriftform, wie sie u. a. in § 3 a Absatz 2 des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes normiert wird – gesetzlich nicht gefordert. In diesen Fällen reicht daher bereits eine einfache E-Mail aus.

Der Gesetzentwurf wird bei Bürgerinnen und Bürgern, bei der Wirtschaft und in der Verwaltung Kosten und Arbeitsaufwand reduzieren. Darauf hat Herr Abg. Hockenberger dankenswerterweise hingewiesen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Beeindruckend!)

Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens werden wir den Abbau von verzichtbaren Formerfordernissen in Verwaltungsvorschriften in Angriff nehmen. Auch dafür können wir auf die Ergebnisse des Normenscreenings zurückgreifen.

(Minister Thomas Strobl)

Digitalisierung und Entbürokratisierung, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind natürlich Daueraufgaben. Deswegen wird die Überprüfung von Formvorschriften eine immer wiederkehrende Aufgabe sein. Daher werden wir das Projekt in einigen Jahren neu starten.

Abschließend möchte ich noch etwas zum Antrag der FDP/DVP sagen. Die FDP/DVP möchte die Vollzugsbehörden ja gern verpflichten, elektronische Kommunikation – wo dies möglich ist – zu nutzen und anzubieten. Für eine Verpflichtung der Vollzugsbehörden, elektronische Kommunikation zu nutzen und anzubieten, besteht aus unserer Sicht kein Bedarf.

Für die Behörden in Baden-Württemberg ist die elektronische Kommunikation über E-Mail seit vielen Jahren gängige Praxis. Das war zum großen Teil schon so, bevor das E-Government-Gesetz alle Behörden verpflichtete, einen elektronischen Zugang für die elektronische Kommunikation zu eröffnen. Unsere Behörden nutzen die elektronische Kommunikation per E-Mail für ihren internen Kommunikationsverkehr und – soweit dies rechtlich möglich ist – auch für die Kommunikation mit dem Bürger.

Allerdings müssen die Bürgerinnen und Bürger oder die Unternehmen dafür gegenüber den Behörden den elektronischen Zugang eröffnet haben und ihn auch wollen. Daran wollen wir nichts ändern. Der Bürger soll entscheiden, ob er mit den Behörden elektronisch kommunizieren will. Noch wollen nicht alle Bürger auf elektronischem Weg mit der Verwaltung in Kontakt treten oder verfügen über die dafür notwendigen technischen Möglichkeiten.

Deshalb soll die Möglichkeit, schriftliche Erklärungen auch da abzugeben, wo eine einfache elektronische Kommunikation rechtlich zulässig ist, weiterhin bestehen bleiben. Diese Freiheit wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor lassen. Deswegen ist der FDP/DVP-Antrag abzulehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der CDU)

Stelly. Präsidentin Sabine Kurtz: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir befinden uns in der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/7352 und kommen jetzt zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres, Digitalisierung und Migration, Drucksache 16/7600. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, allerdings mit einer Änderung in Artikel 4.

Ich bitte Sie, damit einverstanden zu sein, dass ich die Artikel 1 bis 3 gemeinsam zur Abstimmung stelle. – Das ist der Fall.

Artikel 1 bis Artikel 3

Wer den Artikeln 1 bis 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Artikeln 1 bis 3 einstimmig zugestimmt.

Nun rufe ich auf

Artikel 4

Änderung der Laufbahn-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst

mit den Nummern 1 und 2 in der Fassung der Beschlussempfehlung. Wer Artikel 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Danke. Damit ist Artikel 4 einstimmig zugestimmt.

Sind Sie damit einverstanden, dass ich die Artikel 5 bis 57 ebenfalls gemeinsam zur Abstimmung stelle? – Das ist der Fall.

Artikel 5 bis Artikel 57

Nun bitte ich Sie um das Handzeichen, wenn Sie den Artikeln 5 bis 57 zustimmen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist den Artikeln 5 bis 57 einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Februar 2020 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zum Abbau verzichtbarer Formerfordernisse“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke sehr. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Wir haben jetzt noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 16/7677, abzustimmen. Wer stimmt diesem Entschließungsantrag zu? – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben Punkt 5 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes BW – Drucksache 16/7511

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Europa und Internationales – Drucksache 16/7612

Berichterstatter: Abg. Nicolas Fink

Das Präsidium hat hier wieder für die Allgemeine Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion vorgesehen.

(Unruhe)

– Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit.

Zuerst hat das Wort für die Grünen Frau Abg. Saebel. Bitte.

Abg. Barbara Saebel GRÜNE: Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Soeben ging es um Bürokratieabbau. Ich fürchte, mein Thema, der Brexit, bringt uns viele neue bürokratische Herausforderungen. Brexit-Befürworter bemühen gern die britische Geschichte. Sie sehen sich als tapfere Piraten, als Freibeuter, als eine Handelsnation, die in die Welt hinauszieht. In der Nacht zum Samstag hat Großbritannien die Segel gesetzt und sich auf große Fahrt raus aus der EU begeben.

Es ist die Erinnerung, die das Selbstbild dieses Landes prägt und politisch bis ins Heute wirkt. Wie sehr die britische Handelspolitik von der Freibeuterei oder von Fair Play geprägt ist, wird sich in den nächsten zehn Monaten in den Verhandlungen mit der EU zeigen.

Es gibt erste Ideen auf beiden Seiten des Ärmelkanals zu den Wirtschaftsbeziehungen. Am Montag hielt Boris Johnson eine Rede vor Geschäftsleuten und Botschaftern. Zeitgleich stellte der EU-Chefunterhändler Barnier die Verhandlungsziele der EU zu einem Freihandelsabkommen vor. Nun, die Ideen könnten unterschiedlicher nicht sein.

Johnson will eine Art Kanada-Abkommen – kaum Zölle, kaum Einfuhrquoten –, sonst gehe es auch ohne Vertrag – so wie mit Australien – auf der Basis der WTO-Regeln. Allerdings verhandelt Australien seit 2018 mit der EU über ein Handelsabkommen. Offenbar wünscht man sich hier Regeln.

Der EU ist es andererseits wichtig, dass es ein Level Playing Field gibt – gleiche Umwelt- und Sozialstandards, keine Steuervorteile oder Subventionen jenseits des Kanals. Diese Gesprächsgrundlage hat Johnson im Grunde bereits mit dem Brexit-Abkommen unterschrieben. Nun will er darüber neu verhandeln.

Die Kommission und die Mitgliedsstaaten der EU stellen sich auf ein hartes Verhandlungsjahr mit Großbritannien ein. Johnson sieht sich offenbar in der Seefahrertradition von Sir Francis Drake. Er will die Wirtschaftsstandards senken, von Fischfangquoten zum Schutz der Bestände hält er nichts.

Übrigens: Die ersten europäischen Umwelt- und Naturschutzrichtlinien wurden Ende der Siebzigerjahre maßgeblich von seinem Vater, dem konservativen Politiker Stanley Johnson, geprägt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Großbritannien hoffte bei Eintritt in die EWG auf wirtschaftlichen Aufstieg. 1974 und 1975 war das Bruttosozialprodukt in Großbritannien zwei Jahre in Folge geschrumpft. Das Haushaltsdefizit lag bei über 5 %. „Goodbye, Britain“, hatte damals das „Wall Street Journal“ getitelt.

Ein Jahr später verloren die Finanzmärkte das Vertrauen. Die Anleger flüchteten aus dem Pfund Sterling, die Währung stürzte ab. Erst langsam kam Großbritannien aus der Krise. Es ist die Erinnerung, die das Selbstbild dieses Landes prägt und politisch bis heute wirkt.

Genau diese ältere Generation, deren Berufsleben in den Siebziger- und Achtzigerjahren geprägt wurde, hat 2016 den Brexit gewählt. Die Jüngeren waren für „Remain“ – je jünger, umso mehr. Es ist zu hoffen, dass diese jüngere Generation,

die die EU mit ihrer Reisefreiheit und Arbeitsfreizügigkeit, mit ihrer Weltoffenheit und Toleranz kennengelernt hat, in ein paar Jahren den Weg zurück in die EU findet.

(Abg. Anton Baron AfD: Wir haben doch jetzt schon Reisefreiheit, oder nicht?)

Wir Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger werden die guten Beziehungen zu Großbritannien sicherlich nicht kappen. Die EU ist für uns eine Lehre aus zwei Weltkriegen. Nie wieder Krieg und Zerstörung, stattdessen Aussöhnung mit den Nachbarn, Wiederaufbau und Montanunion und später EWG und Wirtschaftswunder.

Wir haben insbesondere in Baden-Württemberg einen großen Konsens, nämlich, dass mehr Europa eine gute Idee ist. Wir wollen die erfolgreiche Forschungs- und Wirtschaftszusammenarbeit mit Großbritannien nach dem Brexit weiterführen. Unsere grüne Fraktion stimmt daher dem Gesetzentwurf zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes zu.

(Abg. Anton Baron AfD: Wahnsinn!)

Wir hoffen auf ein Freihandelsabkommen bis zum Ende des Jahres.

Die grüne Fraktion im Europäischen Parlament rief ihren britischen Kolleginnen und Kollegen zum Abschied übrigens zu: „We will let the lights on.“ – Wir werden das Licht brennen lassen.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD)

Ich hoffe, dass es hell genug leuchtet und jenseits des Ärmelkanals gesehen wird.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Anton Baron AfD: Super, ich dachte, die Grünen sind für Klimaschutz!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Für die CDU spricht Herr Abg. Kößler.

(Abg. Anton Baron AfD: Heijejeje, der grüne Beitrag, der war spannend, mein Lieber!)

Abg. Joachim Kößler CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der vergangene Freitag war natürlich kein schöner Tag. Eine neue Ära in Großbritannien bricht an. Großbritannien will auf den freien Weltmarkt und meint, damit profitieren zu können.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ein wunderschöner Tag!)

– Ein schlimmer Tag für Europa.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Ein wunderschöner Tag! – Abg. Stefan Räßle AfD: Ein jubelndes Volk!)

Von der Brexit-Euphorie in Großbritannien hat man wenig gespürt.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Es war eine Euphorie auf den Straßen!)

(Joachim Kößler)

Es war eher das Gegenteil. Für uns ist ein europäischer Traum zu Ende gegangen, ein europäischer Traum, mit Großbritannien in Zukunft gemeinsam zu leben.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Die Menschen haben jubelt! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Großmachtallüren!)

Dennoch: Unsere Betroffenheit hat auch ihren Grund. Ich habe hier schon einiges genannt. Aber wir dürfen nicht das Trennende betonen, sondern müssen das Gemeinsame hervorheben. Wir wollen in Zukunft gemeinsam mit Großbritannien in Europa handeln und gut leben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Grünen – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Jetzt steht man auf Augenhöhe, endlich!)

Wir müssen den Fokus auf das Gemeinsame richten. Es ist richtig, was unsere Wirtschaftsministerin schon getan hat:

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das sind Durchhalteparolen!)

Wir wollen eine strategische Wirtschaftszusammenarbeit mit Großbritannien. Die Economic-Partnership-Initiative ist darum gerade richtig. Sie wird natürlich auch Baden-Württemberg zugutekommen. Wir wollen kooperative Verhandlungen, wir wollen ein gemeinsames europäisches Handelsziel.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das klingt doch mal besser! „Kooperative Verhandlungen“!)

Meine Damen und Herren, unser fundamentales Interesse ist, auch weiterhin gute Beziehungen mit Großbritannien zu pflegen. Wir fordern Großbritannien auf, in den Dialog zu gehen und ein faires Handelsabkommen mit der EU zu schließen –

(Beifall des Abg. Willi Stächele CDU – Abg. Willi Stächele CDU: Sehr gut!)

natürlich zugunsten von Großbritannien und Europa. Wir brauchen gemeinsame Standards in der Arbeitswelt und in Bezug auf die Technologie und die technischen Produkte.

(Abg. Anton Baron AfD: Das beruht auf Gegenseitigkeit! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Was sagt Boris Johnson?)

Wir wollen Personenfreizügigkeit. Dies ist notwendige Bedingung, um gemeinsam in Europa miteinander zu leben.

(Abg. Anton Baron AfD: Das ist doch gegeben! Wir können überallhin reisen!)

Wir brauchen ein Handelsabkommen, das den digitalen Handel, das Urheberrecht, den Datenschutz und die Finanzwirtschaft in unserem Sinn regelt.

Meine Damen und Herren, trotz aller Wehmut: Es war eine schicksalhafte Entscheidung, aber es ist natürlich auch so, dass nach dreieinhalb Jahren endlich eine Lösung kam –

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Keine Lösung, eine Befreiung!)

eine Lösung, die uns nicht befriedigen kann, die uns aber im Grunde ermächtigt, auch in Zukunft mit Großbritannien gut zusammenzuarbeiten.

Ich kann nur eines sagen: Wir müssen in Deutschland dafür sorgen, dass es keinen „Dexit“ gibt.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Doch!)

Ich kann Ihnen von der AfD nur eines sagen: Wir werden alles dafür tun, dass die Beziehungen zu Großbritannien gedeihlich sind, und werden alles dafür tun, dass es in Deutschland keinen „Dexit“ gibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Nicolas Fink SPD)

Um es am Ende noch einmal zu sagen: Wir wollen gute Beziehungen zu Großbritannien, aber es darf keine Rosinenpickerei geben.

(Abg. Anton Baron AfD: Wieso nicht? – Abg. Stefan Räßle AfD: Das wird aber passieren!)

Es muss natürlich einen fairen Ausgleich der Interessen geben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Fink, bitte, für die SPD.

Abg. Nicolas Fink SPD: Frau Präsidentin, werde Kolleginnen und Kollegen! Jetzt ist es also tatsächlich passiert: Der Brexit ist Realität. Ich hätte nicht gedacht, dass ich einmal hier im Landtag von Baden-Württemberg darüber sprechen darf, dass ein Land die Europäische Union – ein Projekt, das für Frieden, Wohlstand, Stabilität, Sicherheit und Zusammenhalt steht – verlässt. Das war eigentlich unvorstellbar.

(Zuruf des Abg. Willi Stächele CDU)

Genauso wenig hätte ich gedacht, dass das an einem Tag passiert, an dem sich ein Liberaler von Rechtsextremen zum Ministerpräsidenten wählen lässt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der AfD – Zurufe der Abg. Willi Stächele CDU und Stefan Räßle AfD)

Da gibt es durchaus verbindende Elemente. – Ich kann die Aufregung ja verstehen.

(Abg. Anton Baron AfD: Sie arbeiten mit der SED-Nachfolgepartei zusammen! Das ist ja unglaublich!)

Aber dass hier CDU und FDP mit der „AfD-Höcke-Fraktion“ in Thüringen gemeinsame Sache machen,

(Unruhe)

(Nicolas Fink)

ist in höchstem Maß verantwortungslos. Das ist auch gefährlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Stefan Räßle AfD: Lange genug haben Sie die Bürger belogen! – Abg. Anton Baron AfD: Nie wieder Sozialismus!)

Beides – sowohl der Brexit als auch das, was wir heute erleben – zeigt, dass niemand mehr sagen kann, man wüsste nicht, worum es geht. Wir erleben, dass Populisten und Extremisten die Macht ergreifen wollen.

(Zurufe der Abg. Stefan Räßle AfD und Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos])

Wir erleben, dass es möglich ist, mit Populismus Wahlen zu gewinnen. Wenn man sich anschaut, was da in Großbritannien passiert, dann sieht man, es ist wirklich tragisch. Ein Zitat dazu:

Wir haben die Chance zu neuer Größe. Nun müssen wir sie ergreifen.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Das ist doch gut! – Weitere Zurufe)

– Ich höre, das sei gut, weil viele jetzt glauben, das sei ein Zitat von Boris Johnson – das würde auch passen –, aber das Zitat ist von Edward Heath,

(Heiterkeit des Abg. Jonas Weber SPD)

und es ist vor 47 Jahren ausgesprochen worden, als Großbritannien in die EWG eingetreten ist. Damals hat man verstanden, worin wirklich die Chancen für unseren Kontinent liegen.

(Abg. Jonas Weber SPD: Blöd gelaufen!)

Damals hat man auch verstanden, dass man nur gemeinsam überstehen kann.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: 9 %!)

Wenn wir betrachten, um welche Themen wir bei dem Abkommen verhandeln, wo wir jetzt gerade gemeinsam versuchen, eine Lösung zu finden,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: 9 %!)

dann sehen wir drei Bereiche. Das eine sind die allgemeinen Angelegenheiten,

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: 9 %!)

das Zweite sind wirtschaftliche Vereinbarungen und das Dritte sind Sicherheitsaspekte.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: 9 %!)

Wir diskutieren hier sehr, sehr viel über die wirtschaftliche Zusammenarbeit und über die wirtschaftliche Komponente. Ab und zu kommt auch das Sicherheitsthema zum Tragen, vor allem wenn es um die Außen- und um die Sicherheitspolitik geht. Viel zu wenig haben wir den Fokus aber auf die allge-

meinen Vereinbarungen gelegt. In diesen allgemeinen Vereinbarungen wird es nämlich darum gehen, für gemeinsame Werte einzustehen,

(Zuruf des Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]
– Gegenruf der Abg. Sandra Boser GRÜNE: Mann, das nervt!)

Werte wie Anstand, Werte wie Disziplin, Werte wie Demokratie, Werte wie Rechtsstaatlichkeit und Werte wie Pressefreiheit.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Da werden wir die Briten auch zukünftig dringend als starken Partner brauchen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: 9 %!)

Wie Sie in der letzten Woche verfolgen konnten, wird viel über das Thema Fischerei berichtet und gesprochen sowie über die Frage: Wer hat welchen Zugang zu den Meeren? Wenn Sie dieses Bild auf die Politik übertragen: In dem politischen Weltmeer wimmelt es nur so von Haien und Hechten. Jedes einzelne Land Europas ist ein kleiner Fisch in diesem Meer.

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: 9 %!)

Deshalb muss man es doch einfach von der Logik her verstehen, dass es viel sinnvoller ist, dass man sich zusammennut und dass die kleinen Fische schauen, dass sie ein großer, starker Schwarm werden, um bestehen und überleben zu können, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ein Punkt, der bestimmt wenig Widerspruch auslösen wird, ist die Tatsache, dass einem, wenn man an britische Städte denkt, sehr schnell Liverpool in den Sinn kommt.

(Zuruf des Abg. Bernd Gögel AfD)

Die Erfolgsgeschichte des FC Liverpool ist eng verbunden mit einem Schwaben, mit dem Deutschen Jürgen Klopp, und mit einem niederländischen Abwehrchef, Virgil van Dijk. Hätten sich die Briten vielleicht öfter vor Augen geführt, dass es auch um die Arbeitsgenehmigungen dieser beiden geht, hätte zumindest Liverpool wahrscheinlich auch anders abgestimmt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Abg. Stefan Räßle AfD: Was für ein Blödsinn! – Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Um bei Jürgen Klopp zu bleiben: Er hat gesagt: „Die EU ist nicht perfekt, aber es ist die beste Idee, die wir je hatten.“ Deshalb werden wir weiter für diese Idee einstehen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen sowie des Abg. Arnulf Freiherr von Eyb CDU)

Abschließend: Wir werden dem vorliegenden Gesetzentwurf zustimmen. Mittlerweile, liebe Frau Wirtschaftsministerin, hat

(Nicolas Fink)

sogar auch Ihr Haus die Homepage aktualisiert. Insofern gibt es daran heute auch nichts zu kritisieren. Wir stimmen deshalb zu.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Grimmer. Bitte.

Abg. Dr. Bernd Grimmer AfD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! So mancher in diesem Land hat leider immer noch große Probleme mit den Abläufen der Demokratie, und am meisten die, die sich immer als Verteidiger der Demokratie gerieren.

(Beifall bei der AfD sowie der Abg. Dr. Heinrich Fiechtner und Dr. Wolfgang Gedeon [fraktionslos] – Zuruf von der AfD: Sehr richtig! – Abg. Anton Baron AfD: Die Sekte kann man doch nicht ernst nehmen!)

Vorweg zum Thema: Bei der Abstimmung über den Gesetzentwurf werden wir uns der Stimme enthalten.

Ich möchte diesen formalen Tagesordnungspunkt für etwas Ungewohntes nutzen. Der Brexit hat uns lange beschäftigt. Sehr oft haben wir über die Briten gesprochen. Wie wäre es da wohl, sie selbst einmal zu Wort kommen zu lassen? Ich zitiere aus einer Rede eines großen britischen Politikers:

So, das ist es, das letzte Kapitel am Ende der Straße. Ein 47-jähriges politisches Experiment, mit dem die Briten offen gesagt nie ... sehr glücklich waren. Meine Mutter und mein Vater unterschrieben einen gemeinsamen Markt, nicht eine politische Union,

– das hat er wohl für Sie gesagt, Herr Fink –

nicht Flaggen, keine Hymne, Präsidenten. Und nun wollen Sie sogar Ihre eigene Armee.

Meine Meinung über die EU hat sich geändert, seitdem ich vor 20 Jahren dem EU-Parlament beitrug. ...

Im Jahr 2005 sah ich, wie die EU-Verfassung abgelehnt wurde – durch die Franzosen in einem Volksentscheid. Ich sah, wie sie abgelehnt wurde – durch die Niederländer in einem Volksentscheid. Ich sah, wie Sie in den EU-Institutionen diese Entscheide ignorierten und den gleichen Inhalt als Lissabon-Vertrag zurückbrachten und wie Sie damit prahlten, Sie könnten diesen Vertrag ohne Volksentscheid durchpeitschen. ...

So wurde ich zu einem offenen Gegner des gesamten EU-Projekts.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Friedensprojekt! – Abg. Jonas Weber SPD: Wohlstand!)

Ich möchte, dass der Brexit eine Debatte im Rest Europas anstößt. Was wollen wir von Europa? Wenn wir Handel, Freundschaft, Kooperation, faires Geben und Nehmen wollen, dann brauchen wir keine EU-Kommission,

dann brauchen wir keinen EU-Gerichtshof. Wir brauchen diese Institutionen und diese ganze Macht nicht. Ich kann Ihnen versprechen, für die UKIP und für meine Partei: Wir lieben Europa, wir hassen nur die Europäische Union.

(Beifall bei der AfD)

Es ist so einfach, wenn man es kapiert.

Ich hoffe, das ist der Anfang vom Ende dieses Projekts. Es ist ein schlechtes Projekt. Es ist nicht nur undemokratisch, es ist antidemokratisch, ...

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

es gibt Menschen Macht ohne Rechenschaft, Menschen, die nicht durch die Wähler zur Rechenschaft gezogen werden können. Das ist eine inakzeptable Struktur. ...

(Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos]: Richtig!)

Ich weiß, dass Sie uns vermissen werden. Ich weiß, Sie wollen unsere Nationalflaggen verbieten, aber wir winken Ihnen zum Abschied zu.

(Der Redner hält ein Fähnchen mit dem Union Jack hoch.)

Und er zeigte den Union Jack,

(Heiterkeit und Beifall bei der AfD)

vermutlich in dieser Art und Weise.

(Abg. Jonas Weber SPD: Was für ein Klamauk!)

Wir freuen uns darauf, in der Zukunft mit Ihnen als souveräne ...

In diesem Moment, genau an diesem Punkt, nach vier Minuten und drei Sekunden, also einer Überschreitung von drei Sekunden, drehte die EU-Parlamentsvorsitzende ohne Vorwarnung Nigel Farage – um den handelte es sich hier – den Ton ab.

Dies als Anmerkung zum Brüsseler Demokratiestil.

(Abg. Stefan Räßle AfD: Das ist ja fast wie bei uns! Aber nur fast! Aber bei uns ist es schlimmer!)

So weit Nigel Farage, der große Brite und noch größere Demokrat,

(Heiterkeit des Abg. Anton Baron AfD)

der mehr als jeder andere Großbritannien aus der EU geführt hat. Nigel Farage hat am 29. Januar seine letzte Rede im EU-Parlament gehalten, die ich Ihnen in den wesentlichen Passagen vorgetragen habe, denn sie zeigt uns, worum es beim Brexit wirklich ging und geht.

(Abg. Nicolas Fink SPD: Copy and paste! Das macht es aber nicht besser!)

Meine Damen und Herren, diesen Worten ist nichts hinzuzufügen; sie verstehen sich von selbst. Es sind die Worte eines Mannes, dessen Hoffnung auf eine Reformfähigkeit der EU offenbar erloschen ist.

(Dr. Bernd Grimmer)

Ich hoffe, dass diese aufrichtigen Worte bei Ihnen und im Land draußen zu einem Umdenken beitragen. Wer für die Herrschaft des Volkes ist, der muss gegen diese EU sein.

(Beifall bei der AfD)

Das ist der Kern des Brexits, das ist die Lehre, die wir alle beherzigen sollten. Ich verneige mich vor einem großen Briten, ich verneige mich vor einem freiheitsliebenden Volk.

(Beifall bei der AfD – Abg. Dr. Christina Baum AfD: Bravo!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Schweickert für die FDP/DVP-Fraktion. Bitte.

(Abg. Anton Baron AfD: Ich will nur daran erinnern: Farage wurde auch mal ausgelacht! – Gegenruf der Abg. Sabine Wölfe SPD: Zu Recht! – Abg. Jonas Weber SPD: Sein ganzes Volk hat er betrogen!)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn hier im Landtag von Baden-Württemberg in der zweiten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes Reden von Nigel Farage zitiert werden, dann ist das ganz schön armselig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP, der Grünen, der CDU und der SPD)

Das zeigt auch, warum es von den Liberalen keine Zusammenarbeit mit der AfD geben kann, wenn diese Positionen vertreten werden, meine Damen und Herren.

(Abg. Udo Stein AfD: Das sagen Sie am heutigen Tag!)

– Ja, das sage ich am heutigen Tag, weil Sie genau sehen werden, dass das eintritt.

(Abg. Anton Baron AfD: Die Menschen da draußen werden es durchschauen!)

Wenn wir heute im Landtag von Baden-Württemberg über einen Gesetzentwurf zum Thema Brexit sprechen, dann muss man sich überlegen: Was bedeutet der Brexit für uns Baden-Württemberger?

Da muss ich schon einmal sagen: Frau Ministerin – dort hinten sitzt sie –, eines hätte ich mir schon gewünscht. Wir haben es schon bei der ersten Lesung thematisiert. Es ist gut, dass Sie auf Äußerungen der Opposition reagieren und die Homepage ändern, und es ist auch gut, dass Sie Ihre Gespräche führen. Aber, Frau Ministerin, jetzt sind Sie gefordert, wenn der Ministerpräsident in seiner Neujahrsansprache am 31. Januar, an diesem doch sehr historischen Tag, nicht auf das Thema eingeht. An diesem Tag war ich an einer Schule in Rutesheim. Dort hatten die Schüler mehr Feingefühl dafür, was an diesem Abend passiert, als unser Ministerpräsident, wenn er dieses Thema am 31. Januar unter den Tisch fallen lässt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Ich erwarte schon, dass diese Landesregierung endlich mal anfängt, sich zu überlegen, wie man mit Großbritannien weiter vorangeht, meine Damen und Herren.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Genau das hat sie gemacht!)

Frau Kollegin Saebel, Sie sagen, da müssten wir jetzt ein Freihandelsabkommen aushandeln.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Wissen Sie, wie viele Tausend Einzelregelungen das umfassen würde?

(Abg. Barbara Saebel GRÜNE: Deswegen habe ich von mehr Bürokratie gesprochen!)

Es ist ein bisschen, sagen wir mal, blauäugig, zu sagen: Bis zum 31. Dezember bekommen wir diese tausend Regelungen umgesetzt.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Herr Barnier hat jetzt die ersten Gespräche mit Herrn Johnson geführt. Herr Johnson schlägt vor, CETA als Blaupause zu nehmen.

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

Da frage ich als Oppositionsabgeordneter, der seit zweieinhalb Jahren fordert, dass die Landesregierung endlich mal CETA ratifiziert und eine klare Positionierung dazu vornimmt: Was passiert denn jetzt, Frau Saebel? Wird dann eine Extraverhandlung geführt, und gehen die Grünen dann wieder bei jeder ILO und sonstigen Regelungen beim Thema Umweltschutz obenraus?

(Abg. Barbara Saebel GRÜNE: Darauf werden wir achten!)

Teilweise sind die Umweltschutzvorgaben in Großbritannien ja noch strikter als in der EU.

(Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Oder seid ihr endlich mal so konsequent und sagt: „Ja, wir setzen das um, dass CETA endlich kommt, und zwar nicht nur im EU-only-Teil, sondern auch in den Teilen, in denen die Zustimmung von Baden-Württemberg fehlt“? Das fordern wir, die FDP/DVP-Fraktion hier im Landtag von Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch die anderen Bereiche dürfen wir nicht außen vor lassen; da bin ich bei Ihnen. Da geht es um die drei F: Fischerei, Freihandel und Finanzpolitik.

Wir haben vor etwa einem Jahr eine Anfrage dazu gemacht, wie viele Unternehmen aus Großbritannien sich hier niedergelassen haben. Im Durchschnitt sind dies in Baden-Württemberg etwas mehr als 20 Unternehmen pro Jahr aus dem Land des sechstgrößten Handelspartners, den wir haben.

(Dr. Erik Schweickert)

Da brauchen wir Rahmenbedingungen, und zwar Rahmenbedingungen, die einem Elon Musk nicht Brandenburg als Ziel seiner Ansiedlung vor Augen führen, sondern Baden-Württemberg. Baden-Württemberg muss ein attraktiver Standort sein.

Was diese Landesregierung derzeit an Standortqualität bringt, zeigt sich daran, dass wir es nicht schaffen, dass die Batterieforschung in Ulm angesiedelt wird, daran, dass die IAA, wenn sie in Frankfurt nicht mehr gewünscht ist, nicht nach Stuttgart kommt, und daran, dass Tesla nach Brandenburg und nicht nach Baden-Württemberg kommt.

(Zuruf des Abg. Dr. Heiner Merz AfD)

Das alles, meine Damen und Herren, sind Punkte, die zeigen, dass hier in den Rahmenbedingungen die falschen Prioritäten gesetzt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Schweickert, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Räßple zu?

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Er hat doch schon in der ersten Runde gefragt, aber gern.

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Da kann doch nichts Gescheites herauskommen!)

Abg. Stefan Räßple AfD: Kollege Schweickert, Sie machen sich hier wirklich gut im Parlament. Was halten Sie davon, wenn wir jetzt zusammen mit der CDU Sie als Ministerpräsidenten vorschlagen und Herrn Kretschmann endlich ablösen?

(Heiterkeit bei Abgeordneten der AfD – Zuruf von der AfD: Jawohl!)

Würden Sie dem zustimmen?

(Abg. Sabine Wölfle SPD: Ist das hier ein Kindergarten, oder was? Ein Kindergarten ist das!)

Abg. Dr. Erik Schweickert FDP/DVP: Herr Räßple, mit Ihnen und der AfD werde ich und wird die FDP sicherlich nichts Gemeinsames machen; um das mal ganz klar festzuhalten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Vereinzelt Beifall bei der CDU)

Wie Sie in geheimen Abstimmungen wählen, wie Sie abstimmen und wann Sie klatschen, ist Ihre Sache. Am Anfang habe ich mich gefragt: Wenn die AfD klatscht, wenn du was sagst, musst du dir dann Gedanken machen?

(Zurufe von der AfD)

Sie können tun und lassen, was Sie wollen: Sie werden uns Liberale nicht vom richtigen Kurs abbringen. Wir stehen zu unseren Positionen.

(Lachen des Abg. Anton Baron AfD – Abg. Anton Baron AfD: Da, wo der Wind weht!)

Aber eines kann ich Ihnen sagen: Wenn es in einem Parlament Rechte gibt wie Höcke, die ich als Nazis bezeichnen würde, und Linke, die mit Mauerschützen und Sonstigen gemeinsame Sache machen

(Abg. Nicolas Fink SPD: Vorsicht!)

– nicht ihr –, dann ist es das gute Recht, dass ein Kandidat der Mitte sagt: Ich schaue im dritten Wahlgang nicht nur zu und sage Nein.

Und damit zurück zu Ihrer Frage, Herr Räßple: Nein, so etwas werden wir nicht machen.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen, der CDU und der SPD – Zuruf des Abg. Anton Baron AfD)

Jetzt ist meine Redezeit zu Ende. Aber meinen Schlusssatz möchte ich noch sagen: Die FDP/DVP wird dem Gesetz zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes selbstverständlich zustimmen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Bernd Gögel AfD: Nehmen Sie die Wahl an? – Abg. Anton Baron AfD: Herr Schweickert, haben Sie es sich wenigstens überlegt?)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Fiechtner, das Redepult für Sie.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Wer spricht jetzt? – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] begibt sich zum Redepult. – Abg. Joachim Kößler CDU: Ah! – Abg. Dr. Heinrich Fiechtner [fraktionslos] legt ein Fähnchen mit dem Union Jack am Redepult ab. – Abg. Bernd Gögel AfD: Aber nicht singen! Heinrich, bitte nicht singen! – Gegenruf des Abg. Anton Baron AfD: Ja, bitte nicht singen!)

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen, sehr geehrte Herren, Sonstige A bis Z! – Ach, Frau Razavi ist gar nicht da.

Bevor ich zum Brexit spreche – vielleicht gelingt es der Präsidentin, mir gleich wieder einen Ordnungsruf zu erteilen –, möchte ich meine Freude kundtun, dass der Führer der freien Welt, Präsident Donald Trump, heute vor dem US-Senat freigesprochen wird. Die Demokraten, das US-Pendant zu den „Spezialdemokraten“ und den giftig unreif grünen Tomaten hier, die, wie sich in Ohweiohwei herausgestellt hat, zu dumm zum Rechnen sind, haben ein haltloses und rechtswidriges Verfahren klar verloren und ein Eigentor geschossen. Damit bleiben die USA ein Hort der Freiheit, genauso wie unsere britischen Freunde, die ihre Freiheit wiedergewonnen haben.

Was haben die deutschen Medien, allen voran die GEZ-Kasper, nicht herumgejammert, die Briten als Krypto-Nazis dargestellt und die Wähler als alte weiße, unzurechnungsfähige Männer verunglimpft.

(Beifall des Abg. Stefan Räßple AfD)

(Dr. Heinrich Fiechtner)

Brexit-Gegner, sentimentale EU-Fanatiker und minderjährige „Pulse of Europe“-Aktivisten bekamen stundenlang Sendezeit, um auch dem letzten deutschen Michel vorzugaukeln, Großbritannien wolle den Brexit eigentlich gar nicht. Dass sämtliche Wahlen seit dem Referendum zugunsten der Brexiteers ausgegangen waren und in der Nacht auf den 1. Februar Zehntausende auf den Straßen den Independance Day ausgiebig feierten, interessierte unsere Medien da freilich nicht.

Die Videos davon waren im Netz schnell verbreitet. In den deutschen Nachrichten konnte man vergeblich danach suchen. Man stelle sich nur vor, das wäre eine Demo gegen rechts gewesen.

(Lachen bei der AfD)

Für viele ist der Brexit Grund und Anlass, die EU zu reformieren. Für mich ist er nach vier Jahren entsetzlicher Fake News ein weiterer Grund, ARD, ZDF und alle darin befindlichen Submedien zugunsten eines wirklich freien und neutralen Rundfunks abzuschaffen.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Die britische Wirtschaft floriert, das Pfund steht so gut da wie lange nicht. Ich wünsche mir, wie bereits erwähnt, sehnlichst den Ausstieg Württembergs ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Neun Sekunden, Herr Abg. Dr. Fiechtner.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... aus der zentralistischen EU.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Neun Sekunden sind jetzt nur noch übrig.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): Unsere Wirtschaft ist mit Daimler und Bosch stärker als viele andere Länder der Welt – das schwäbische Volk, sparsam, tapfer und klug genug für eine eigenständige Ablösung vom Brüsseler Bürokratiemonster.

Hans-Hermann Hoppe, ...

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt sind die neun Sekunden überzogen. Hören Sie bitte auf.

Abg. Dr. Heinrich Fiechtner (fraktionslos): ... einer der freiesten Geister unserer Zeit, sagte sehr richtig:

(Lebhafte Zurufe von den Grünen)

Lieber tausend Liechtensteins als eine EU. „Rule Britannia! Britannia rule the waves!

(Der Redner schwenkt das Fähnchen mit dem Union Jack.)

Britons never ever, ever will be slaves!“

(Beifall bei Abgeordneten der AfD – Zurufe von der SPD, u. a.: Ein Kasperletheater!)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Gedeon, bitte schön.

Abg. Dr. Wolfgang Gedeon (fraktionslos): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zum Feiern ist mir nicht zumute. Ich feiere erst, wenn wir den „Dexit“ geschafft haben.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Als Erstes sollten wir uns einmal überlegen: Wir haben jetzt eine EU, in der kein Mensch mehr Englisch spricht – nur ein paar Iren, ein paar Schotten. Aber Englisch ist noch immer die Hauptsprache. Als Erstes fordere ich, dass Deutsch jetzt gleichwertige Sprache zu Französisch wird und dass Englisch zweite oder dritte Wahl wird. Das wäre die erste Konsequenz.

Frau Saebel, Sie haben so schöne Worte gefunden, aber sie passen wirklich nicht zu diesem Anlass. „Ein helles Licht strahlt“ – und was da sonst noch alles gefallen ist, fantastisch.

Ich lese Ihnen einmal vor, was Jean-Claude Juncker über die Methode der EU gesagt hat.

Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.

Meine Damen und Herren, diese hinterhältige Methode ist die Methodik der EU.

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Das ist nicht zum Feiern, das ist eine Verhöhnung. Das ist nicht Versöhnung, sondern Verhöhnung des Publikums, vor allem Verhöhnung der Deutschen.

Schauen Sie sich jetzt einmal an, was die Folgen des Brexits sind. Schon jetzt ist in England feststellbar: Die Löhne steigen an, und die Arbeitslosenzahlen werden geringer. Wissen Sie, was die größte Angst in Brüssel ist? Dass es mit den Briten aufwärtsgeht. Denn – oh weh, oh weh! – was sagen wir dann?

Also, meine Damen und Herren: Wir müssen den Tatsachen ganz nüchtern ins Auge sehen. Wenn das die beste Idee ist, die wir je hatten, dann können wir wirklich einpacken.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Jetzt hat die Regierung das Wort, und ich darf Herrn Minister Wolf ans Redepult bitten.

(Abg. Jonas Weber SPD: Endlich eine vernünftige Rede! Das ist gut!)

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich räume ein: Es ist immer ein bisschen schwierig, in der Abfolge der vorausgegangenen Debattenbeiträge nochmals einen Schlusspunkt zu setzen, der der Thematik wirklich angemessen ist.

Ich will das trotzdem versuchen, auch mit Blick auf die Zuhörerinnen und Zuhörer, die nach wie vor hier sind. Wir wollen als Parlament schon den Eindruck vermitteln, dass wir uns

(Minister Guido Wolf)

in einer so historischen Entwicklung auch wirklich ernsthaft mit der Zukunft Europas auseinandersetzen.

(Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Seit 1. Februar ist es traurige --

(Zuruf des Abg. Stefan Räßle AfD)

– Haben Sie eigentlich schon einmal über einen „Räpplexit“ nachgedacht?

(Heiterkeit – Beifall bei den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP/DVP)

Dieser Idee könnte ich durchaus etwas Positives abgewinnen.

Seit 1. Februar ist es traurige Realität: Das Vereinigte Königreich gehört nicht mehr zur Europäischen Union. Ich halte den Brexit weiter – wie viele in diesem Haus – für einen historischen Fehler.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

Und trotzdem müssen wir jetzt nach vorn blicken. Das machen wir ganz praktisch mit der heutigen zweiten Lesung des Gesetzes zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes.

Das machen wir aber auch ansonsten. Mein Haus und ich haben den Landtag während des gesamten Austrittsprozesses umfassend über die Brexit-Folgenabschätzung der Landesregierung informiert. Ich will die heutige Debatte nutzen, auch unsere künftige Linie ganz transparent zu machen.

Ab März sollen die Verhandlungen zum künftigen Verhältnis zwischen der EU und den Briten beginnen. Es werden schwierige Verhandlungen in einem äußerst kurzen Zeitraum. Wir hätten uns gewünscht, dass wir mehr Zeit zur Verfügung haben. Boris Johnson hat in dieser Woche verkündet, dass Großbritannien ein umfassendes Freihandelsabkommen nach dem kanadischen Vorbild – Kollege Schweickert hat darauf hingewiesen – CETA anstrebt. EU-Chefverhandler Michel Barnier hat am Montag demgegenüber den Kommissionsvorschlag für das neue Verhandlungsmandat des Rates vorgestellt. Ziel der Europäischen Union ist ein umfassendes und ausgewogenes Assoziierungsabkommen. Die Zusammenarbeit soll sich u. a. auf die Strafverfolgung und Strafjustiz, die Außenpolitik, die Sicherheit und die Verteidigung erstrecken.

Bei den Handelsbeziehungen lautet das europäische Angebot an Großbritannien kurz gesagt: null Zölle und null Quoten auf Waren,

(Zuruf von der AfD: Geht doch!)

die Großbritannien in den EU-Binnenmarkt liefert.

Doch das soll es nicht umsonst geben. Barnier hat klare Bedingungen aufgestellt:

Erstens: gleiche Wettbewerbsbedingungen, Wettbewerbsbedingungen, die sicherstellen, dass die künftige Beziehung auf offenem und fairem Wettbewerb basiert. Auch Sozial-, Steuer- und Umweltstandards der EU dürfen nicht unterlaufen werden.

Zweitens: eine Einigung – auch das ist heute mehrfach angeklungen – über die Fischereirechte; das klingt für uns im Südwesten einfacher, als es ist.

Drittens braucht es Klarheit in der Frage, ob Großbritannien die EU-Gerichtsbarkeit anerkennt.

(Zuruf von der AfD: Bloß nicht!)

Das würde vieles erleichtern und Rechtssicherheit für Menschen wie Unternehmen schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welchen Weg die Verhandlungen zwischen London und Brüssel auch immer einschlagen, die deutschen Länder werden die Brexit-Verhandlungen vor allem über den Bundesrat eng begleiten. Denn die Länder sind auch betroffen. Deshalb müssen sie an diesen Verhandlungen auch beteiligt werden.

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage aus der AfD zu?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Bitte schön.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Herzlichen Dank, Herr Minister, für das Zulassen der Frage.

Sie sagten klar, dass Großbritannien die EU-Gerichtsbarkeit auch für sich anerkennen soll. Ist das nicht eine Perversion von einem freien Land, dass in Brüssel die Illusion herrscht, dass sich ein Volk, das sich quasi endlich in Freiheit entlassen hat, weiterhin irgendeiner Gerichtsbarkeit

(Unruhe)

eines anderen Staatenkonglomerats unterwirft?

(Beifall des Abg. Stefan Räßle AfD)

Ist das nicht irgendwie eine Illusion? Wenn die EU das fordert, ist das nicht quasi präventiv gegen einen möglichen erfolgreichen Ausgang?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Herr Dr. Merz, Großbritannien kann sich in dieser Frage souverän entscheiden.

(Abg. Joachim Kößler CDU: Genau!)

Aber wer künftig mit der Europäischen Union in bestimmten Fragen zusammenarbeiten möchte, wer künftig auch von Vorteilen dieser Europäischen Union profitieren möchte, der muss eben auch bereit sein, ein gewisses Reglement zu respektieren. Rosinenpickerei wird es nicht geben.

(Beifall bei den Grünen, der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Herr Abg. Dr. Merz möchte noch eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Bitte schön.

Abg. Dr. Heiner Merz AfD: Das ist einsichtig, was Sie sagen; klar. Das ist die Position der EU. Aber wieso soll das nur eine Lex Großbritannien sein? Wir haben Freihandelsabkom-

(Dr. Heiner Merz)

men der EU mit Norwegen, mit der Schweiz, mit Kanada, mit zig anderen Ländern, und da ist diese Klausel, dass sich diese Länder einer EU-Gerichtsbarkeit unterwerfen sollen, nicht enthalten. Wieso gerade jetzt mit Großbritannien? Ist das nicht, wie ich gesagt habe, absoluter Backstop, was die EU macht, dass es nicht so kommen kann?

Minister der Justiz und für Europa Guido Wolf: Ich möchte wiederholen: Ich halte es für nachvollziehbar und richtig und ich unterstütze diese Position von Barnier, dass wir jetzt natürlich nach vorn schauen, dass wir natürlich über künftige Handelsbeziehungen diskutieren. Aber diese Verhandlungen werden sehr genau und aufmerksam beobachtet. Wir dürfen deswegen im Verhältnis zu Großbritannien jetzt nicht andere Rahmenbedingungen schaffen als mit anderen europäischen Ländern. Deswegen ist das, was ich genannt habe, für mich das Mindestmaß dessen, was Großbritannien akzeptieren muss, um in solche künftigen Handelsbeziehungen eintreten zu können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD)

Im EU-Ausschuss des Bundesrats stimmen wir gerade einen Antrag ab, der die Länderinteressen zum künftigen Verhältnis zusammenfasst. Das heißt, wir Baden-Württemberger wollen hier auch eine aktive Rolle spielen und sind in alter Tradition aktiv dabei.

Während die Verhandlungen laufen, wird sich für die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für die Wirtschaft zunächst gefühlt nicht viel ändern. Anders wird es Ende des Jahres zum 31. Dezember. Dann wird sich vermutlich sehr vieles ändern, vor allem falls bis dahin kein Assoziierungsabkommen vereinbart werden konnte. Noch ist wegen des äußerst knappen Zeitrahmens die Gefahr eines unregelmäßigen Verhältnisses nach Silvester 2020 nicht gebannt. Das sollten wir nicht ausblenden. Die Kürze der Zeit birgt hier erhebliche Risiken, was dieses künftige Abkommen und was das Gelingen angeht. Aber ein solches Szenario kann man dann am besten als No-Trade-Deal-Verhältnis bezeichnen. Es könnte aber auch über den Handel hinaus weitere Bereiche betreffen.

Nach Auffassung der Landesregierung ist es deswegen wichtig, dass sich alle Betroffenen weiter auf den möglichen Worst Case vorbereiten. Die EU und die Bundesregierung haben eine umfangreiche Notfallgesetzgebung erlassen, um sich auf ein unregelmäßiges Verhältnis vorzubereiten. Wir müssen uns jetzt gewissermaßen in Parallelüberlegungen auf diesen Tag X vorbereiten.

Auch die Landesregierung hat sich vorbereitet. Dazu zählt das Brexit-Übergangsgesetz, dessen Änderung heute Gegenstand dieser zweiten Lesung ist. Die Änderung schafft Rechtssicherheit sowie Rechtsklarheit für Bürgerinnen und Bürger. Die heutige Debatte zeigt: Baden-Württemberg hat großes Interesse an vertrauensvollen Beziehungen und einem engen Austausch mit Großbritannien, insbesondere bei der Innen- und Sicherheitspolitik sowie mit Blick auf die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen und Fragen der Wissenschaftspolitik. Wir sollten niemals den Blick für die Fragen der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit Großbritannien verlieren. Die Handelsbeziehungen sind wichtig, aber die Kooperationen im Bereich Wissenschaft und Hochschule gerade mit Großbritannien sind in gleicher Weise von großer Bedeutung.

Der Dialog mit Wirtschaft und Verbänden gehört für uns dazu. Kollege Schweickert, Kollegin Hoffmeister-Kraut hat erst zu Beginn der Woche wieder mit den Spitzen der baden-württembergischen Kammern und Wirtschaftsverbände gesprochen. Wir sind hier und insbesondere auch das Wirtschaftsministerium ist hier in einem ständigen Dialog, um immer rechtzeitig auf die neuen Entwicklungen vorbereitet zu sein.

(Beifall des Abg. Karl Zimmermann CDU)

In diesem Kreis ist die Sorge vor einem Scheitern der Verhandlungen groß, ebenso die Sorge vor künftigen Handelshemmnissen und neuen Zollschränken.

Klar ist aber auch: Das Vereinigte Königreich kann nicht weiter alle Privilegien – Herr Dr. Merz, das ist der Punkt, über den ich auch infolge Ihrer Frage mehrfach gesprochen habe – eines EU-Mitglieds genießen. Das Verhältnis von morgen wird weniger eng sein als das Verhältnis von gestern.

Die EU zu verlassen hat Konsequenzen; darin sind sich alle 27 Mitgliedsstaaten einig. Diese Einigkeit gilt es zu bewahren – in Sachen Brexit und weit darüber hinaus.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der CDU sowie Abgeordneten der SPD – Vereinzelt Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz: Gibt es noch Wortmeldungen, meine Damen und Herren? – Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf Drucksache 16/7511. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Europa und Internationales, Drucksache 16/7612. Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes BW

mit den Nummern 1 und 2. Ich schlage Ihnen vor, dass ich Artikel 1 insgesamt zur Abstimmung stelle. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 1 ist einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 2

Inkrafttreten, Bekanntmachung

Wer Artikel 2 zustimmt

(Abg. Martin Hahn GRÜNE erhebt sich von seinem Platz.)

– nehmen Sie bitte Platz während der Abstimmung; danke –, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Artikel 2 ist einstimmig zugestimmt.

(Stellv. Präsidentin Sabine Kurtz)

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 5. Februar 2020 das folgende Gesetz beschlossen“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur Änderung des Brexit-Übergangsgesetzes BW“. – Sie stimmen der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke schön. Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dem Gesetz ist einstimmig zugestimmt.

Punkt 6 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Wir sind am Ende der Tagesordnung angekommen. Die Punkte 7 und 8 der Tagesordnung wurden, wie bereits mitgeteilt, vertagt.

Wir treffen uns morgen, 6. Februar 2020, um 9:30 Uhr wieder.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 17:32 Uhr